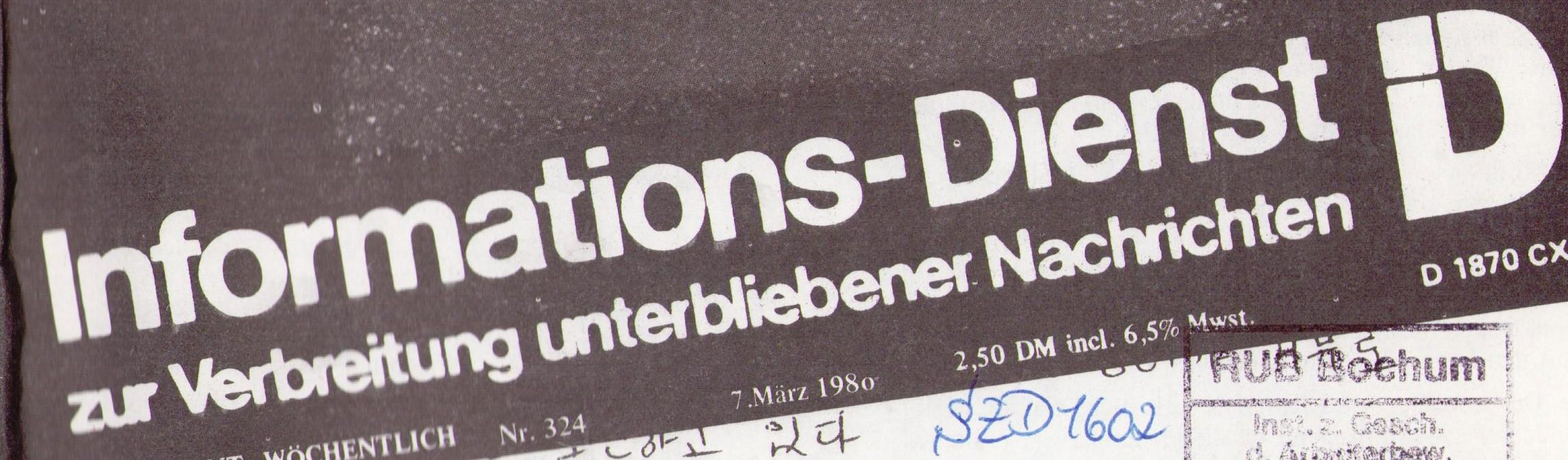


Informations-Dienst zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten

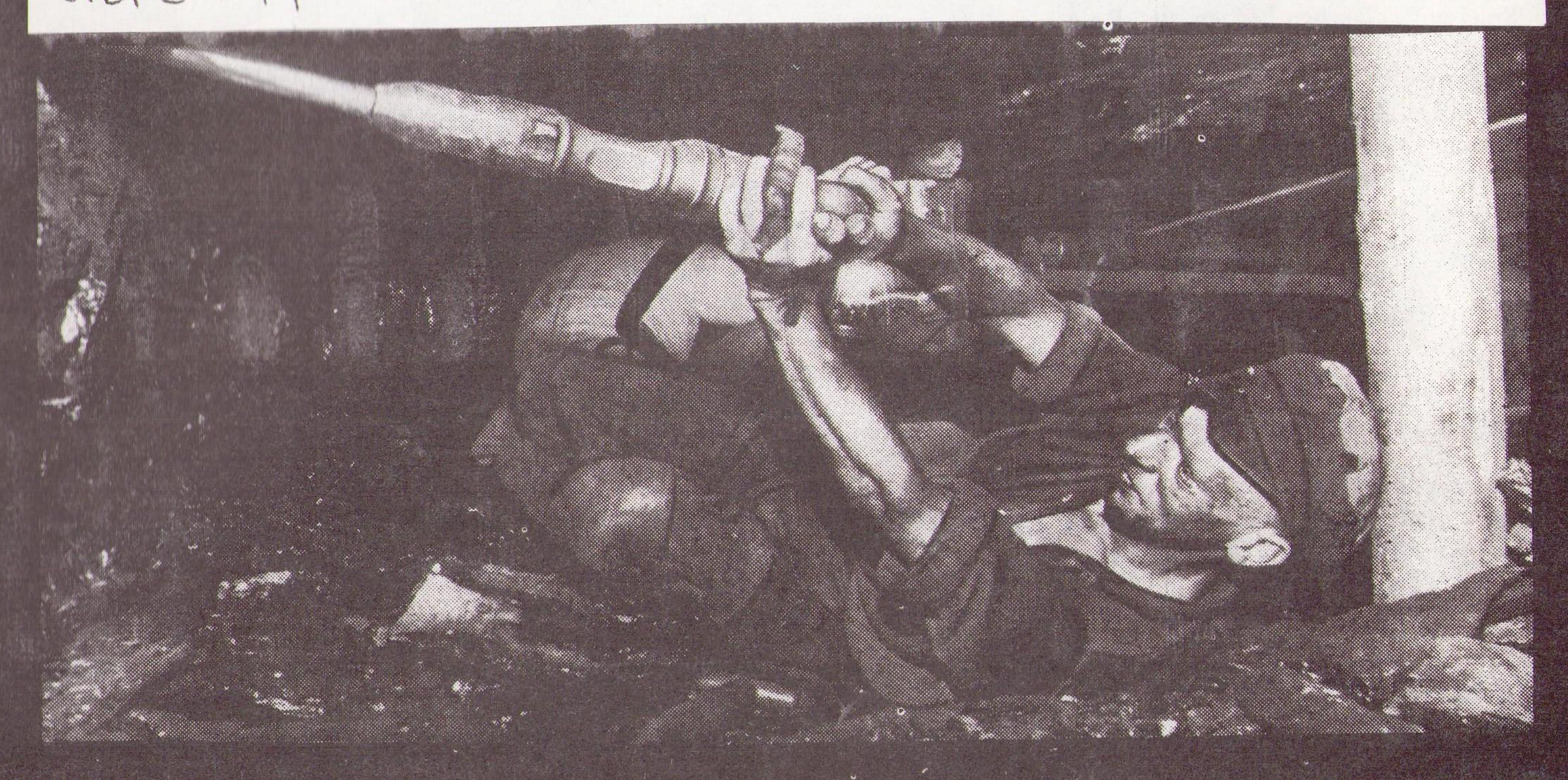
ID
D 1870 CX
2,50 DM incl. 6,5% Mwst.
7.März 1980
ERSCHEINT WÖCHENTLICH Nr. 324

…하고 있다
세독 한국근로인은 EG (유럽공동체) 나라에 속하지 않는 탓으로
모국에 있는 어린이 보육비 해택을 [illegible] 받지못하고 있다
그렇다고 한국에있는 가족을
이외도 여러가지 사회적보장을
노동할수있는 권리마저 외국
이리하여 노동계약이 끝난후
부딪히게 된다
이러한 외국근로인의 현실에 대해 강연, 토론회가 있다

Ein Koreaner: "Wie ich das empfinde"

Wir koreanischen Bergarbeiter sind keine Deutsche, keine Europäer, keine Privilegierte.
Bis heute haben wir geschwiegen.
Aber von heute ab brechen wir endlich unser schandhaftes Schweigen der Vergangenheit. Unser Schweigen hat zu lange gedauert. Deswegen soll unser Wort bis zum Himmel klingen.

(Koreanische Bergarbeiter in der BRD, Seite 3)



HEIMATBEILAGE SPORT

Diesen Artikel hat der Dieter für das Bremer Info unbändiger Chaoten (oder wie das sonst noch heißt) geschrieben. Um den potentiell bundesliga-uninteressierten Lesern einen Einblick in die tollkühnen Abenteuer des SV Werder zu geben, meint er. Ballwechsel. Wir übernehmen:

DAS KNALLHARTE MANAGMENT BEI WERDER

„In drei Jahren europäische Spitzenklasse", so formulierte Werders Manager und Ex-Stammspieler Rudi Assauer das sportliche Ziel der Fußballbundesliga-Mannschaft aus der Bremer Hansestadt. Was geschah?

Rudi (Assauer) schwirrte über Europas Fußballzentren und suchte einen Spitzen-Fußballspieler, der die Werder-Mannschaft nach vorne reißen sollte. So absolvierte dann auch Tsch-Bum-Kun, koreanischer Nationalspieler und Beckenbauer Asiens, unter den wachsam kritischen Augen von Trainer Wolfgang Weber und Rudi ein Probetraining mit den betriebseigenen Bundesligakickern.

Der Koreaner wurde zwar für „gar nicht mal so schlecht", aber unpassend für die Mannschaft abgeurteilt, überdies wäre er auch zu teuer, obwohl Werder einen ausreichenden Etat zur Verfügung hatte.

Nun denn, Bum-Kun-Tscha avancierte bei Eintracht Frankfurt zum besten Linksaußen der Bundesliga, war Spieler des Monats und gilt als bester Spielereinkauf des Jahres. Jetzt gab es zwar die ersten Spötter, aber Rudis souverän lockrer Optimismus hegte keinen Zweifel an seiner Kompetenz.

Nun beäugte man einen isländischen Nationalspieler, der allerdings aufgrund konditioneller Mängel beim zweiten Probetraining zusammenbrach. Rudi mag eingeworfen haben: „Er weiß zwar nicht, auf welches Tor er schießen muß, aber er ist billig." Trotzdem konnte sich Rudis Erfahrung und Weitschau diesmal nicht durchsetzen.

Nach dieser ungünstigen Erfahrung langte er über den Kanal und zog den englischen Nationalspieler Dave Watson an Land. Der war zwar verhältnismäßig billig (400.000 DM), sah aber schon nach seinem zweiten Spiel auf deutschem Boden die „Rote Karte" (bei einem umstrittenen Foul) und wurde für neun Wochen - neben einer empfindlichen Geldstrafe - vom Spielfeld verbannt. Nachdem die Sperrfrist abgelaufen war, verletzte sich Watson und fiel abermals aus. Als der spielunfähige Watson Geburtstag hatte, und zudem seine Eltern aus England angereist waren, erhielt er trotzdem die Order, mit der Mannschaft zu einem Bundesliga-Duell nach Süddeutschland zu reisen.

Das konnte Watson nicht einsehen. Er blien einfach zuhause, der Schurke - und erhielt eine disziplinarische Strafe über 5.000 DM. Schließlich sah er alles nicht mehr so recht ein und fuhr kopfschüttelnd nach England zurück, um bei einer dortigen Erstliga-Mannschaft bester Spieler zu werden.

Rudi lächelte seine Spötter immer noch selbstsicher an und wirkte lockerer denn je. Bei seinen (bereits erwähnten) Erkundungen erinnerte er sich eines jungen österreichischen Nationalspielers namens Steinkogler. Verbindungen wurden geknüpft, der junge Stürmer kam für 800.000 Mark an die Weser. Was passierte, kann man sich inzwischen denken: Steinkogler verletzte sich beim Training und fällt vorerst aus.

Beim letzten Heimspiel der Werderaner Mannschaft gegen Bundesliga-Aufsteiger 1860 München sollte der Mittelplatz in der Tabelle gefestigt werden. Werder schoß auch vier Tore, die Bayern aber sechs. Statt der erstrebten „europäischen Spitzenklasse" hat man nun konkrete Abstiegssorgen. Werders Nationaltorhüter Dieter Burdenski (Freunde und Fans nennen ihn Budde) in einem Interview mit den „Bremer Nachrichten": „Es ist eine Minute vor 12, alle Lampen stehen auf Rot."

Ein neuer Einkauf ist vorerst nicht in Sicht. Ich aber kann nicht schweigen! Ich werde dem Werder-Vorstand einen Vorschlag unterbreiten. Ich werde folgendes schreiben:

Schafft euch einen erfahrenen Spieler an. Aber nur für die Ersatzbank, denn die Verletzungsgefahr ist zu groß. Ich dachte an Walter Scheel, der als ruhender Pol wirken könnte. Oder an Martin Kiefert, dem die bekannte Spezialitätenkette („Bratwurt Frikadellen satt, die Schlemmerplatte für Zwei") in Bremen gehört. Er würde sicher zu jedem Spiel einen Sack belegter Brötchen organisieren. Das könnte den Frust beseitigen.

Letzte Nachricht:

Trainer Weber wurde als Schuldiger enttarnt und rausgeschmissen. Rudi übernahm selbst die Trainerfunktion und verlor mit seinen Fußballstars gegen Borussia Dortmund 5:0. Wer jetzt noch an Rudi Assauers Qualitäten zweifelt, hat wirklich keine Ahnung vom Fußballgeschäft.

„So ist die harte Fußballbranche. Entscheidungen werden getroffen, Konsequenzen werden gezogen. Werders Managment ist ohne Zweifel knallhart!"

Dieter, king of taxi

Und dazu noch die zu Herzen gehende Versicherung der Info-Redaktion: „Nach eingehender Prüfung des Sachverhalts mußten wir feststellen, daß alles in dieser Reportage Behauptete der Wahrheit entspricht, und nichts als der Wahrheit."







Zu diesem Bild schrieb die FAZ: Jubeln darf er, Lachen soll ja gesund sein, aber sonst muß der neue Bremer Trainer Fritz Langner (Mitte) sich doch sehr zurückhalten. Nicht allein, weil dies der Arzt sagt, sondern weil Manager Rudi Assauer (links) großen Wert darauf legt, das Sagen und damit den SV Werder im Griff zu haben. Reden könne „der Rudi" halt besser, meint Langner.

Umweltschutz-Lexikon erschienen

Das „Aktualitätslexikon Umweltschutz - eine Zeitschriftenbibliographie" ist nach dreijähriger Arbeit erschienen. Viele wichtige Zeitschriften von Januar 1977 - Dezember 1979 wurden nach Umwelt-Stichworten durchgesehen und im Lexikon veröffentlicht. Auflage: nur 100 Stück! und kostet DM 4,— + 1,— Porto
Zu bestellen bei: Franziska Lutz-Clar. 6233 Kelkheim, Weberstr. 7
auf Postscheckkonto FFM 3577 76 - 609
Kennwort „ALULU"

HANDBUCH FÜR PRESSERECHT

Die Junge Presse Nordrhein-Westfalen (JPNW) veröffentlichte ihr Handbuch zum Presserecht in NRW für Schülerzeitungsredakteure. In dieser Broschüre sind alle rechtlichen Grundlagen und Gesetze erläutert. Wichtige Fragen zur Herausgabe einer Schülerzeitung und deren Vertrieb werden anhand der Allgemeinen Schulordnung und des Landespressegesetzes beantwortet.

Das Handbuch des Presserechts ist für 1,50 DM in Briefmarken zu beziehen beim JPNW-Landesvorstand, c/o Birgit Roolf, Einsteinstr. 15, 4040 Neuss 1

GÜNTER LENTES SUCHT BRIEFKONTAKTE

Amsterdam, 25.Februar

Aus dem Knast in Amsterdam schreibt uns Günter Lentes:

„Ich sitze hier seit Juli '79 in Haft, und bin zu 12 Monaten verurteilt worden. Gegen das Urteil legte ich Berufung ein und heute war der Berufungstermin vor dem Gerichtshof. Der Staatsanwalt beantragte eine Freiheitsstrafe von 18 Monaten, also 6 Monaten mehr. Die Urteilsverkündung ist am 10.3.80. Der Grund für den Antrag einer Straferhöhung ist in der manipulierten Mitteilung der BRD-Staatsmacht (Telex des BKA) zu sehen. . .

Nun sieht die Situation für mich so aus: ich habe im Moment so gut wie keine Kontakte zur Außenwelt und kann daher auch nichts gegen die Willkür hier machen. Einen Anwalt kann ich nicht beauftragen, weil ich im Moment pleite bin.

Auch die Situation hier ist beschissen. Ich bin hier, obwohl ich mit allen Leuten auf der Abteilung zusammenkomme, isoliert. Hier sieht es so aus, daß eine Station mit 24 Leuten besetzt ist, und diese wieder in zwei Abteilung mit je 12 Leuten unterteilt ist. Von diesen 12 Leuten sind 9 Surimaner (ehemals Niederländisch-Guyana) und die sprechen Surimane und die restlichen bzw. auch die Surimaner sind Heroin-Freaks."

Günter Lentes sucht Leute, die ihm in den Knast schreiben. Seine Adresse:

H.J.E. Wenkebachweg 48, Huis van Bewaring De Weg, NL - 1096 AN Amsterdam.

KOREANISCHE BERGARBEITER IN DER BRD :

"...Behandelt wie Menschen 3. Klasse..."

Koreanische Bergarbeiter in der BRD :

"... Behandelt wie rechtlose Menschen 3. Klasse..."

ESSEN 4. März SEit 1965 arbeiten südkoreanische Bergarbeiter im "Wirtschaftswunderland" Bundesrepublik. Sie machen die Arbeit "vor Ort", die am schlechtesten bezahlt wird und wo sich kaum noch ein Deutscher findet, diese "Drecksarbeit" zu machen. Durch ständigen Austausch waren immer höchstens 2000 koreanische Bergarbeiter in der Bundesrepublik. Zur Zeit arbeiten ca. 800 Südkoreaner im "Pütt". Jetzt geht es darum, daß ALLE koreanischen Bergarbeiter bis November 1980 nach Südkorea zurückkehren müßen. Den bitteren Kelch der Ausweisung müßen gerade die trinken, die in der Vergangenheit immer "Gehorsam, Geduldsam und bei Schereien geschwiegen haben". Die koreanischen Bergarbeiter haben in der Vergangenheit niemals solidarisch gegen Mißstände protestiert.

Anwerbung

Das Leben in Südkorea ist gekennzeichnet von hoher Arbeitslosigkeit (nach Schätzungen beträgt sie mindestens 15 – 20 %, bei hoher Dunkelziffer) und politischer Unterdrückung. Daher sind die Arbeitsplätze in der BRD bei den Koreanern sehr gefragt. Um überhaupt ins Ruhrgebiet zu gelangen, zahlen sie des öfteren Bestechungsgelder. Fragen über den Inhalt des Arbeitsvertrages stellen sie deshalb gar nicht mehr. Der koreanische Bergarbeiter und der deutsche Arbeitgeber (Ruhrkohle AG) erhalten je eine Ausfertigung des unterzeichneten Vertrages. Die Ausfertigung der in deutscher und koreanischer Sprache gehaltenen Vordrucke übernimmt die koreanische Regierung. In der letzten Zeile des in koreanisch geschriebenen Vertrages steht: "Rechtsgültigkeit besitzt nur der in deutscher Sprache gedruckte Vertrag".
Die Verträge sind auf drei Jahre beschränkt. Dazu der Bochumer Rechtsanwalt Welkoborsky, der Koreaner vor Arbeitsgerichten vertrat: "Dieser auf höchstens drei Jahre befristete Arbeitsvertrag mit Probezeit balanciert hart an der Grenze der Sittenwidrigkeit".

Arbeitsbedingungen

Offiziell bestehen für koreanische



Bergarbeiter die gleichen Verdienstmöglichkeiten wie für ihre deutschen Kollegen. Doch in der Wirklichkeit ist dies graue Theorie.

So müssen ecklinghausen alle Koreaner im and-Abbau" (das heißt, daß der Kohleabbau mit fast gar keinen Maschinen vonstatten geht) arbeiten. Der ARbeitsvertrag schreibt vor, daß es ein Wechsel des Arbeitsplatzes nicht gibt. So gibt es keine Möglichkeiten, an einen anderen Arbeitsplatz mit besseren Arbeitsbedingungen zu gehen.
Der Schichtlohn beträgt meist nur 35 DM.
Da es die Möglichkeit, mehr Geld zu verdienen nicht gibt, bemühen sich viele Koreaner, während ihres dreijährigen Aufenthaltes, möglichst viele Überstunden zu kloppen.

Ein Zusatz im Arbeitsvertrag erstickt jeden Widerstand per Vertrag. Denn: "Kündigung des Arbeitsverhältnisses aus personen- und verhaltensbedingten Gründen ist möglich".
Durch die vertragliche Einschränkung: Nur Arbeit im Untertagebetrieb und nur Arbeit in einer bestimmten Zeche, hat eine Kündigung harte Folgen.

Im Rahmen der erteilten Aufenthaltsgenehmigung (zuerst 1 Jahr, dann 2 Jahre) kann der koreanische Bergarbeiter zwar Arbeitslosengeld beziehen (obwohl eine Reihe von Schwierigkeiten auf ihn zukommen. Verlust des Zechenzimmers, lange Bearbeitungszeiten des Arbeitslosenantrags), die Möglichkeit eine andere Stelle in einem anderen Betrieb anzunehmen, hat er jedoch nicht.

Geht ein koreanischer Bergarbeiter vors Arbeitsgericht, dann kann ihn das den Arbeitsplatz kosten, zumindest erregt es die Aufmerksamkeit der koreanischen Botschaft. Die koreanischen Bergarbeiter haben große Angst vor den Folgen, die nach der Rückkehr in die Heimat für sie oder jetzt schon für die in Südkorea zurückgebliebenen Familienmitglieder haben kann.

Das diese Furcht nicht unbegründet ist, zeigte sich 1967, als 17 in der Bundesrepublik lebende Südkoreaner vom südkoreanischen Geheimdienst nach Südkorea entführt wurde . Alles unter dem Deckmäntelchen der "Spionage für Kommunistische Staaten".
Der damalige Geheimdienstchef Kim: "Wissen Sie, was einer der Koreaner in Deutschland getan hat, ein Bergmann namens Jin Taek Kim? Am 19. Juni wurde er von Pjöngjang (Nordkorea) aus über Ost-Berlin instruiert, daß er sich absetzen solle, da CIA-Agenten aus Südkorea alle fraglichen Leute schnappen würde. (...)" Aus "Der Spiegel", Nr. 36/1967

Die Rolle der Dolmetscher

Viele koreanische Dolmetscher sind von der Ruhrkohle AG als Verbindungsleute angestellt. Koreanische Bergarbeiter haben die Erfahrung gemacht, daß die Dolmetscher die Interessen der koreanischen Botschaft oder des Arbeitgebers wahrnehmen, oder in die eigene Tasche wirtschaften. Es fehlt jegliches Vertrauen in diese Landsleute. Ständig fühlen sich die Bergarbeiter vom Dolmetscher beobachtet. Auch Krankheiten sind schon von den Dol-

metschern kontrolliert worden. Das wichtigste Hindernis, die Sprachschwierigkeiten und den Kontaktmangel nach außen zu überwinden, ist also der Dolmetscher selbst. Beispiel für die Praktiken der Dolmetscher ist ein Vorfall in REcklinghausen. Zwei koreanische Dolmetscher haben 24 Landsleute mit Krediten übers Ohr gehauen. 70.000 DM wurde als Kredite vermittelt bei Zinsforderungen, die doppelt so wie die "banküblichen" waren. Da viele Koreaner schon im Heimatland Schulden machen, um den Job überhaupt antreten zu können, stehen viele in der Bundesrepublik vor einem noch grösseren Haufen Schulden. Oft behaupten die Dolmetscher, daß koreanischen Bergarbeiter bei der Bank (zur Tilgung ihrer Schulden) keine Kredite mehr erhalten, "kreditunwürdig". Geld für die Schuldenzurückzahlung geben dann nur noch die koreanischen "Kredithaie".

Wohnen: oder wie lebt man zu dritt in einem 16 qm kleinen Zimmer?

Die meisten koreanischen Bergarbeiter leben in einem Zechenwohnheim. Bis vor einem Jahr gab es noch keine Möglichkeit, dort auszuziehen. Bei unterschiedlicher Schichtarbeit dieser Zimmerkollegen (drei Männer in einem Raum), kann kein Mensch ruhig schlafen. Das Zimmer im Zechenheim kostet pro Person 80 bis 130 DM, die Heizkohle, die jedem Bergmann pro Jahr zusteht (1,5 to), wird den koreanischen Bergleuten, die in den Zechenwohnheimen wohnen, vorenthalten.

Es ist verboten (z.B. in Kamp-Lintfort und in Dinslaken), in den Wohnheimen eigenes koreanisches Essen zu kochen. Die Koreaner müssen in der Kantine essen. Die Umstellung der Ernährung, auf deutsche Kost fällt ihnen sehr schwer. Deshalb kochen und essen sie heimlich. Zahlen müssen sie dann doppelt. Der Koreaner zahlt dem Arbeitgeber allein für Zimmer und Essen monatlich 450 DM, für ein Zimmer mit drei Personen bekommt dieser also im Monat 1350 DM.

In Recklinghausen gibt es nur eine alte Dusche für 100 Leute, nur zwei Toiletten für jedes Geschoß (20 Leute) und kein heißes Wasser. Als stehen jeden Morgen vor der Frühschicht Schlangen vor der Toilette.

Und bei Krankheit?

Durch die schwere Arbeit "vor Ort" werden die Koreaner häufig krank. Hinzu kommen: Zukunftsangst, Ernährungsschwierigkeiten, Trennung von der gewohnten Umgebung und von der Familie. Da die Koreaner in Gruppenakkord arbeiten, sind beim Krankheitsfall auch alle übrigen Kollegen mit betroffen. Bei Häufigkeit von Krankmeldung wird oft dies als Kündigungsgrund genommen. Außerdem kommt es vor, daß Koreaner arbeiten gehen, obwohl sie krank sind, aus Furcht vor möglichen Folgen.



Mit der Sozial-medizinischen Dienststelle, die u.a. Gutachten für Rentenanträge aus Gesundheitsgründen ausstellt, hat schon mancher koreanischer Bergarbeiter seine eigenen Erfahrungen gemacht.
Es ist bewiesen, daß diese Stelle Arbeitsunfähigkeit für den Untertagebetrieb bei einem angeblichen Zwölffinger-Darmgeschwür bescheinigt hat. Dies geschah ohne konkrete Untersuchung des Betroffenen. Ein anderer Facharzt stellte fest, daß ein solches Geschwür nicht vorliegt.
Nach seinen Auskünften handelt es sich bei solchen Erkrankungen im übrigen um Folgen von Schichtarbeit.
Jedem deutschen Bergmann, der durch Invalidität seinen Beruf nicht mehr ausüben kann, stehen eine ganze Reihe von Umschulungs- und Rehabilitationsmaßnahmen offen.

Nicht so beim koreanischen Bergmann! Kaum, daß er 10000, 20000 oder 50000 DM Entschädigungssumme bekommen hat, schickt man ihn zurück nach Korea.

Die Zeit danach

Wenn alle koreanischen Bergarbeiter November 1980 ausgewiesen worden sind, werden wohl andere Arbeitsemigranten ihren Platz einnehmen. In Gelsenkirchen auf der Schachtanlage "Ewalt" werden Koreaner durch Türken ersetzt. Auch sollen in Zukunft Bergarbeiter aus Belgien und Irland im Ruhrgebiet arbeiten.
Grund für die Abschiebung aller Koreaner könnte das häufige Kranksein der koreanischen Bergarbeiter sein. "(...) Einige KOreaner sind offensichtlich das hohe deutsche Arbeitstempo nicht gewohnt und feiern häufig krank. Einige Schichtergebnisse liegen — so Betriebsdirektor Pohl — unter dem Durchschnitt, (...). WAZ vom 15.8.79.

Um auf diese Mißstände aufmerksam zu machen, hat eine Gruppe Koreanischer Bergarbeiter zusammen mit der Christlichen Arbeiterjugend (CAJ) eine Unterschriftenaktion begonnen. Die Forderungen:

Sofortige Aufhebung der 3-Jahres-Beschränkung sowie anderer unmenschlischen Regelungen in den Arbeitsverträgen und Garantie für menschiiche weitere Beschäftigung in der Bundesrepublik Deutschland.

Gleiche Behandlung bei der Verlängerung der Arbeits- und Aufenthaltsgenehmigungen wie bei anderen ausländischen Arbeitern aus Nicht-EG-Ländern (Türkei, Jugoslawien usw.)

Garantie der Chancengleichheit für eine qualifizierte berufliche und technische Ausbildung.

Gleiche soziale und arbeitsrechtliche Behandlung wie bei allen anderen Bergarbeitern und eine Regelung für eine angemessene Abfindung im Falle einer schweren Krankheit oder Invalidität.

Kontakt: Koreanische Bergarbeiter-Gruppe für Menschenrecht in der Bundesrepublik Deutschland
Park, Sae-Hwan, Hüttmannstr. 52, 4300 Essen, Tel. 0201/ 62 10 65

Kneipenbesetzung:

EINE DREIHUNDERT JAHRE ALTE KNEIPE



Foto: Moskito

Hanau-Mittelbuchen
4. März

In Hanau-Mittelbuchen (Hessen) steht ein ca. 300 Jahre altes Gasthaus, die „Krone". Das Grundstück umfaßt Kneipe, Wohnräume, Scheune, Apfelweinkelterei sowie eine Gartenkneipe. Nach Feierabend wurde dieses Gasthaus als Dorfüblicher Treff genutzt.

Nachdem mehrmals der Besitzer gewechselt hatte, wurde der ehemalige SPD-Landrat Woythal stolzer Besitzer der „Krone". Die Absicht des Ankaufs war die „Krone" abzureißen und an deren Stelle einen Supermarkt hinzuklotzen. Um dieses zu verhindern haben Anfang Februar ca. 100 Leute die „Krone" besetzt.

Ein wenig Einblick in den alltäglichen Besetzeralltag gibt folgender Bericht, den wir von den Kneipenbesetzern erhalten haben:

Am Freitag, den 1.2.80 trafen sich gegen 15 Uhr ca. 100 Leute in Hanau, um geschlossen in die „Krone" zu fahren und diese zu besetzen. Dadurch bekamen auch unerfahrene Besetzer ein Gefühl der Sicherheit. Zum anderen wußte keiner, wie sich die Polizei verhalten wird. Die PKW's wurden daher zerstreut geparkt. Für 16 Uhr war die Besetzung geplant und nichts konnte unsere Absicht aufhalten. An Ort und Stelle waren wir ca. 100 - 200 Leute, was sich am Abend noch erhöhte.

Da die Türen alle offenstanden, ging der Zutritt in das Gebäude ziemlich schnell und reibungslos über die Bühne. Die „Krone" war leergeräumt und da kein Mobiliar mehr da war, klärten wir erstmal technische Dinge ab. Strom, Möbel, Öfen und sonstiges mußte beschafft bzw. wieder in Gang gesetzt werden. Hierbei gab es auch keine großen Schwierigkeiten, denn es befanden sich eine Menge ‚Handwerker' unter uns. In den Wohnräumen, richteten wir uns häuslich ein und ca. 40 Personen fanden Platz, um in der „Krone" wohnen zu können. Die restlichen Leute wurden in einen großen Kollegraum untergebracht. Der ehemalige Schankraum wurde als Aufenthaltsraum eingerichtet und der große Saal wurde abgetrennt in Schank und Veranstaltungsraum. Somit war gewährleistet, daß der „Betrieb" der ‚Krone' als Kneipe und Veranstaltungsort wieder laufen konnte.

Am Abend wurde von allen Beteiligten ein Plenum angesetzt, in dem alles weitere diskutiert wurde. Es entstanden folgende Arbeitsgruppen: Werkgruppe, Pressegruppe, Küchengruppe, Programmgruppe und Heizgruppe. Die Schwerpunkte lagen in der Presse-, Programm- und Werkgruppe, die damit beschäftigt sind, die Öffentlichkeit herzustellen und das Gebäude wieder in Stand zu setzen.

Im Laufe der ersten Woche wurden Unmengen von Möbeln organisiert, die den Innenräumen wieder eine nette Atmosphäre gaben. Die Außenfassade der „Krone" wurde neu gestrichen und in den Nebenräumen wurde eine Holzwerkstatt eingerichtet. Diese Arbeiten machten vorwiegend Lehrlinge. Somit erreichten wir eine positive Resonanz bei der Mittelbuchener Bevölkerung. Wir versuchen ständig, die Bevölkerung wieder in die „Krone" zu holen. Die Mittelbuchener hatten eine Zeit lang das Gefühl, als ob sie von uns aus der „Krone" verdrängt wurden. Die Vereine versuchen wieder mit der Stadt Hanau zu reden und eine Abrißgenehmigung zu verhindern.

Die Bürgerversammlung

Für Mittwoch, den 6.2.80 war eine Bürgerversammlung geplant, die auch stattfand. Eingeladen wurden Vertreter der Stadt und der Parteien und nicht zu vergessen, auch Woythal und sein Rechtsanwalt. Gekommen sind nur die Mittelbuchener Vertreter der Grünen, Jusos, GEW und der Rechtsanwalt von Woythal. Baudezernent Groß lehnte es ab mit der Begründung: „In ein besetztes Haus gehe ich nicht". Woythal mit dem Argument, in mein eigenes Haus lasse ich mich nicht einladen, außerdem verhandelt er nicht mit Rechtsbrechern! Der Rest entschuldigte sich mit der Begründung, man habe keine Zeit. Zur Bürgerversammlung kamen noch der Hessische Rundfunk und die Presse. Rechtanwalt Kruse (Woythal) ging vorrangig auf rechtliche Fragen ein. Nachdem dies jeder wußte, ging er bald darauf. Er übermittelte uns noch das Angebot seines Mandanten, bis Samstag, dem 9.2., 15 Uhr das Haus zu verlassen und bis Montag, den 11.2., 12 Uhr mit Woythal ins Gespräch zu kommen, um über die Möglichkeit in der „neu" errichtenden „Krone" ein in Selbstverwaltung geführtes Zentrum zu reden. Doch beide Angebote wurden von uns abgelehnt, denn wir wollen den Erhalt der „Krone". in seiner jetzigen Form, und keine Selbstverwaltung eines 20 qm kleinen Zimmers.

Wie geht es weiter?

Unsere Zielsetzung ist in erster Linie der Erhalt des Gebäudes und die Errichtung ein in Selbstverwaltung geführten Zentrums.
Nun ist dies zwar in der Theorie einfach gesagt, doch in der Praxis sieht das Ganze etwas anders aus. Durch die Besetzung fallen viele Dinge an, die viel Zeit in Anspruch nehmen.

Zur Zeit schlafen und wohnen 40 Leute in der „Krone". Dies ist eine körperliche Belastung für die Leute, weil nämlich parallel der Kneipen- und Veranstaltungsbetrieb weiter geht. Es bleibt kaum Zeit, sich inhaltlich zu unterhalten. Wir konnten nur in großen Zügen unsere Vorstellungen eines Zentrums diskutieren.
Alle Dinge werden im Plenum diskutiert und beschlossen, trotzdem wird die anfallende Arbeit nur von einem kleinen Teil der Leute getragen. Dies wird heute Abend auf'm Plenum diskutiert. Also Leute, wenn ihr was genaueres wissen wollt, dann kommt doch mal vorbei.

Zur Finanzierung kann man sagen, daß wir alles über Getränke und Spenden finanzieren. Es wurde ein Rechtshilfefond eingerichtet, der für eventuelle Prozeßkosten da ist, dieser läuft unter dem Namen „Rechtshilfefond Krone" bei der Stadtsparkasse Hanau, Kto.Nr.: 114007271, Blz, 50650023.

Von den Hausbesetzern aus der Löwenstr. haben wir folgenden Bericht bekommen.

Zur Situation im besetzten Haus, Löwenstr. 36

Offenbach
4. März

Uns ist zu Ohren gekommen, daß für den Monat März in Offenbach ein Polizeieinsatz geplant ist, mit dem wir aus unserem Haus rausgeschmissen werden sollen. Vorausgegangen sind verschiedene kleinere Begehungen unseres Hauses durch die Kriminalpolizei oder ihre Abgesandten: sogenannte Hausdurchsuchungen, oder auch die persönliche Zustellung von Vorladungen durch die Bullen. Dabei sollten wahrscheinlich die örtlichen Bedingungen für die Räumung nochmal festgestellt werden.

Um nochmal den ganzen Ablauf der Hausbesetzung bis jetzt zu skizzieren:

Wir haben das Haus besetzt, weils kaum noch möglich ist, für Wohngemeinschaften Wohnungen zu mieten - wir lassen uns aber nicht vorschreiben, ob und wie wir in Gruppen zusammenleben.

Wir haben zunächst mit einer sofortigen Räumung gerechnet, aber die Gegenseite — Hauseigentümer und Stadt — haben darauf gesetzt, uns ohne öffentliches Aufsehen aus dem Haus wieder rauszukriegen. Es ist nämlich die schlimmste Niederlage und am meisten demoralisierend für eine Gruppe, wenn sie sich von selbst auflöst, wenn die Leute sich gegenseitig fertigmachen.

Die HERREN haben gedacht, bei einem so zusammengewürfelten Haufen, wie wir es waren, sei es für sie möglich, unsere Auflösung zu erreichen, zumal auch die äußeren Bedingungen für uns ziemlich schlecht waren:

Ein riesiges, kaltes, sehr schlecht isoliertes Haus — kein Strom, Wasser sollten wir auch nicht haben, und das ganze im Winter. Dann am Anfang war der Terror durch beauftragte Provokateure: unsere Autos wurden demoliert, einer von uns durch Steinwürfe am Kopf verletzt, einmal wurden wir aus einem Auto heraus beschossen.
Die Staatsanwaltschaft hat alle von uns angestrengten Ermittlungsverfahren wegen mangelndem öffentlichen Interesse an der Verfolgung solcher Taten eingestellt.

Durch diesen Terror sollte eine Normalisierung des Lebens im Haus und damit die Stabilisierung der Gruppe verhindert werden.

Durch die Aktualität der Hausbesetzung gab es am Anfang einige Meldungen in der Presse, die nach und nach in ihrer Qualität und Zahl abnahmen, wie wir es ja von der Presse gewohnt sind.
Seither werden wir von allen offiziellen Medien totgeschwiegen. Das hat den Zweck, uns zu isolieren — niemand soll sich mit uns auseinandersetzen und solidarisieren können.

Offensichtlich ist dies an dem Punkt geworden, wo der Direktor einer Schule seinen Schülern verbot, mit uns Kontakt aufzunehmen und über die Eltern den Druck auf die Schüler noch verstärkte.

Dies alles konnte nicht verhindern, daß sich in dem zusammengewürfelten Haufen vom Anfang ein Gruppenprozeß entwickelt hat. Wir sind zu einer Gruppe geworden.
Am Anfang stand natürlich im Mittelpunkt, den täglichen Ablauf im Haus zu organisieren, — da gabs dann so Probleme zu lösen: Wie, daß nur Frauen kochen und waschen, oder daß nur Männer holzhacken und elektrische Anlagen installieren. Es war — wenns auch besser hätte sein können — ein wechselseitiges Lernen, ein dauernder Prozeß wechselseitiger Kritik, mit vielen ausflipps, aber wir haben auch ein Gefühl zueinander entwickelt.

Kontakt nach „draußen"

In dieser Phase haben wir uns am meisten auf uns selbst konzentriert. Wir haben dabei die Erfahrung gemacht, daß eine Gruppe, die sich nur auf sich selbst konzentriert und keinen Zusammenhang nach Außen hat, sich auf Dauer selbst zerstört. Deshalb — und weil wir auch wieder die Kraft dazu haben, sind wir wieder mehr nach Außen getreten. Wir wollen auch nicht nur zusammen wohnen, sondern haben noch andere Sachen im Kopf.

Zum einen setzen wir uns ein für die Erhaltung der „Fabrik". In der alten schlesinger Fabrik in Offenbach befinden sich zahlreiche Gruppen und Initiativen, z.B. Holzwerkstätten, Autowerkstätten, eine Theatergruppe, der Kolbenfresser, (Treffpunkt für Offenbacher Jugendliche und Raum für verschiedene Veranstaltungen) und vieles mehr.
Die „Fabrik" soll auch abgerissen werden, an ihrer Stelle soll ein PARKHAUS und ein Einkaufszentrum errichtet werden. Die Initiativen sollen keine Ersatzräume bekommen, in denen sie zusammenbleiben können.

Ein anderer Punkt — einige von uns machen Knastarbeit. Genauwo wie wir hier draußen für menschenwürdige Lebensbedingungen kämpfen, unterstützen wir die Gefangenen in ihrem Kampf für Menschenrechte und gegen die Isolation im Knast.

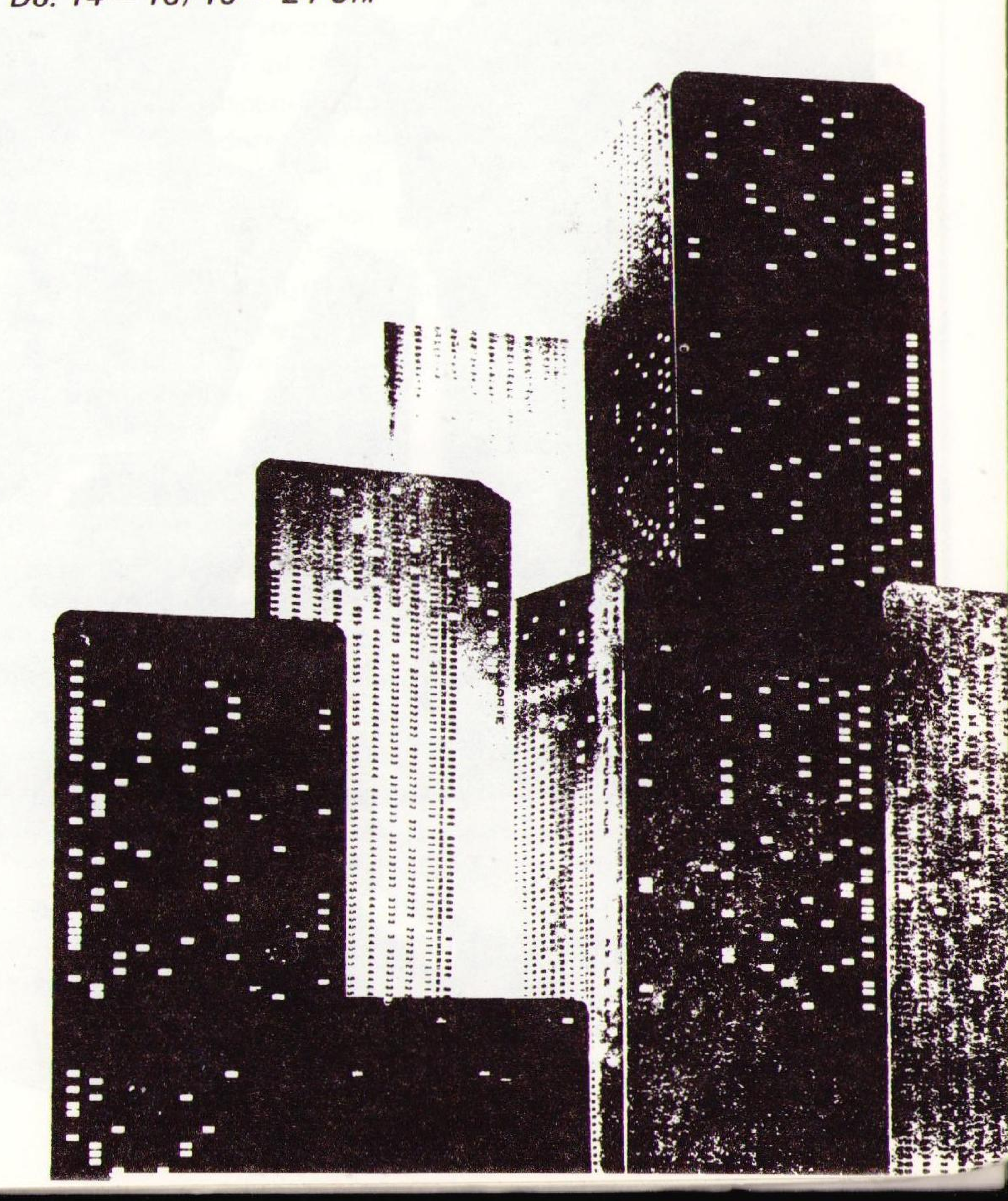
In dieser Situation, in der wir merken, daß wir zusammen mehr schaffen und vorwärts kommen, sollen wir aus unserem Haus rausgeschmissen werden.

Wir lassen uns das Menschenrecht auf selbstbestimmtes Zusammenleben in Gruppen nicht nehmen ! !

Bernd und Bertha Setzer

Veranstaltungen der Löwenstr. 36 in Offenbach über das Haus und den Kampf gegen die Räumung, am Donnerstag, den 14.3.80, 20 Uhr

Öffnungszeiten Cafe Löwenstr.
Mo. 14 – 18/19 – 24 Uhr
Mi. 14 – 18 Uhr
Do. 14 – 18/19 – 24 Uhr



Materialien für Jugendzentren

Suhlendorf
4. März

Für selbstverwaltete Jugendzentren und JZ-Initiativen wurden Materialien für den praktischen Gebrauch in Jugendzentren zusammengestellt:

Selbstverwaltung in Jugendzentren
(Anspruch der SV, Wirklichkeit, Erfahrungen, Einschätzungen, Selbstorganisationsmodelle)
Kontakt: Jugendhausclub Degerloch, e.V. Obere Weinsteige, 7 Stuttgart 70

Rechtliches
(Trägerschaft, e.V., Gemeinnützigkeit, Satzungen, Nutzungsverträge, Versicherungs- und Steuerfragen, GEMA usw.)
Kontakt: Verband saarländischer Jugendzentren in Selbstverwaltung – VSJS, Feldmannstraße 92, 66 Saarbrücken.

Literatur über Jugendzentren
(Bücher, Artikel, Dokumentationen, Diplomarbeiten, kurz alles, was je von und über JZ geschrieben wurde)
Kontakt: Dieter Koschek, Freihofstr. 11, 8990 Lindau/Bodensee

Filmarbeit in Jugendzentren
(Filme von und über Jugendzentren, JZ-Filmprogramme, Verleihe, technische Hilfe)
Kontakt: Thomas Scheuer, Brombergstr. 24, 78 Freibrug (0761/709193)



Musik – "zwischen Disco und Dis-Dur"
(JZ-Lieder, Gruppenadressen, Selbermachen von Liedern und Instrumenten, Musiktheater und Revuen, GEMA-Erfahrungen, Einsatz von Tonband und Kassette im JZ, praktische Tips zur Organisation von Konzerten, FEstivals usw.)
Kontakt: Wolfgang Hering, Poststr. 54, 65 Mainz 21

Video-Arbeit
(Adressen von Video-Gruppen, Zusammenarbeit, Liste von Videofilmen über JZs, technische Tips)
Kontakt: Anette Leyk, Dieburger Str. 83, 6101 Roßdorf-Darmstadt

Foto-Arbeit "subjektiv durch's Objektiv"
(Fotografie als subjektives und politisches Medium im JZ, Dokumentationen, Ausstellungen, Technisches, Herstellung und Einsatz von Ton-Dia-Serien)
Kontakt: Martina Winkel, Alicenstr. 39 61 Darmstadt

Öffentlichkeitsarbeit
(Aktionsformen, Informationsvermittlung nach innen und außen, Berichte von spektakulären Aktionen, Druck, Plakatherstellung, usw.)
Kontakt: Tiedeke Heilmann, Uelzener Str.10 3111 Suhlendorf (05820/638)

Noch zwei kurze Terminankündigungen in diesem Zusammenhang: Das nächste JZ-Bundestreffen findet vom 18. bis 20. April bei Bielefeld statt. Das Redaktionskollektiv für die Selbsthilfe-Materialien trifft sich wieder am 30. Mai bis 1. Juni im selbstverwalteten JZ in Waldkirch bei Freiburg. Informationen und Anmeldung für beide Treffen beim alten Tiedeke (Adresse siehe oben).

Redaktionsschluß JZ-Wandzeitung

Die nächste bundesweite Jugendzentrumswandzeitung wird in den kommenden Tagen in Baden-Württemberg produziert. Jugendzentren, die noch Beiträge für die Wandzeitung haben, mögen diese sofort schicken an: Thomas Scheuer, Brombergstr. 24, 78 Freiburg, Tel.: 0761/709193.

Jugendzentrum-Landestreffen in Baden-Württemberg

Waldkirch.
4. März

Im Jugendzentrum Waldkirch (15 km nördl. von Freiburg) treffen sich am kommenden Wochenende vom 7. bis 9. März die Regionalzusammenschlüsse der selbstverwalteten Jugendzentren in Baden-Württemberg zu einem Landestreffen. Es beginnt am Freitag um 20.00 Uhr mit einer Veranstaltung mit Filmen und Berichten aus verschiedenen Jugendzentren. Am Samstag findet ebenfalls um 20.00 Uhr eine öffentliche Veranstaltung im Rahmen des Landestreffens zum Thema "S' isch was los in der Region" mit Walter Mossmann u.a. statt.

BEDROHLICHER GESUNDHEITSZUSTAND VON GERD ALBARTUS

Köln, 4.3.80

Im letzten ID brachten wir eine kurze Notiz über den Gesundheitszustand von Gerd Albartus. Mittlerweile ist was genaueres bekannt.

Das Gerd/Enno-Komitee schreibt:

Der Anstaltsarzt hält eine Untersuchung nicht für nötig ...

Gerd Albartus ist seit dem 5.Januar 77 in Haft, seit dem September 79 in Strafhaft in Köln-Ossendorf. Gerd ist zu 4 1/2 Jahren Knast verurteilt wegen Mitgliedschaft in einer Revolutionären Zelle im Zusammenhang mit einem Brandanschlag gegen den Entebbe-Film.

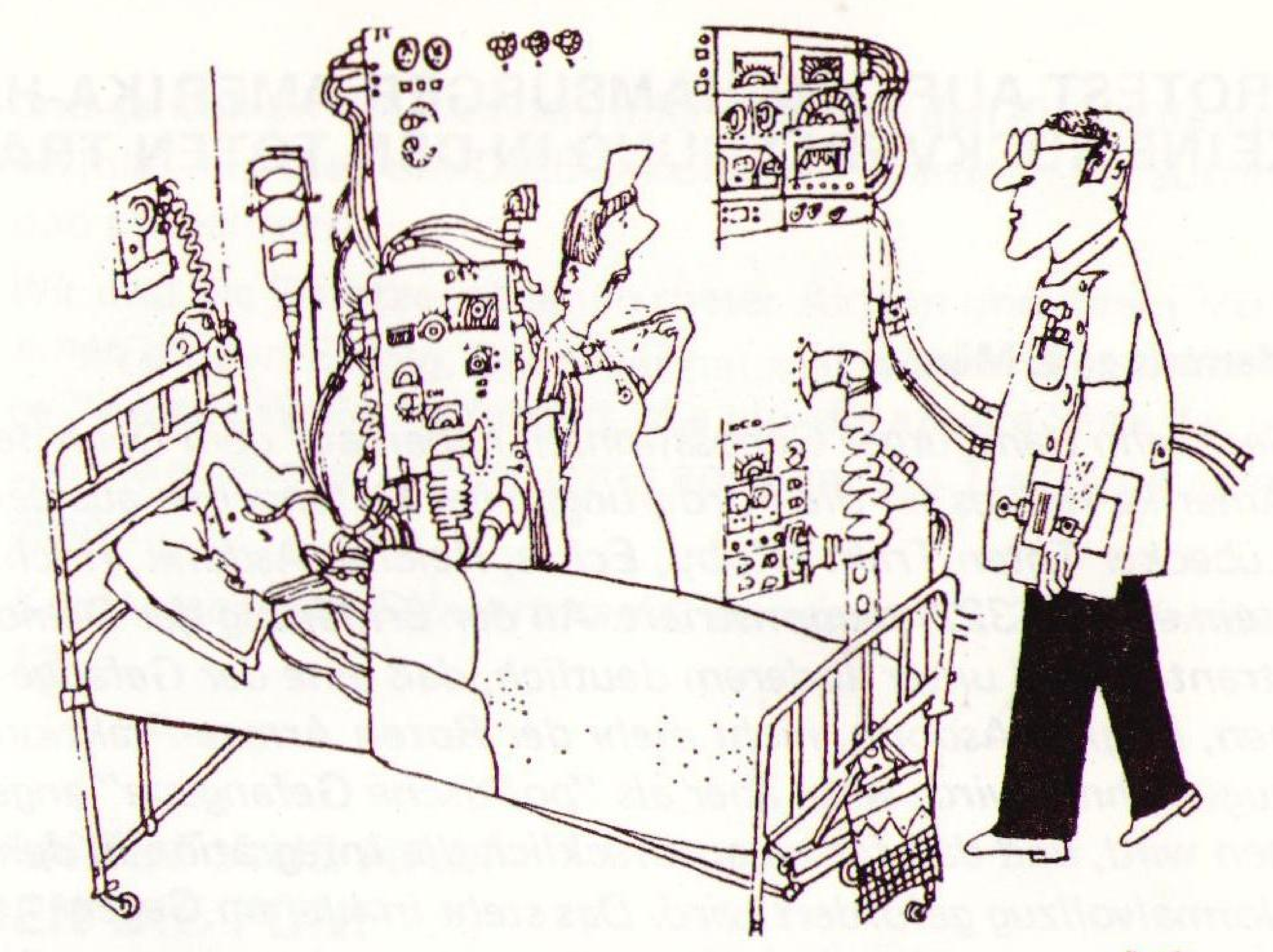
Im August 78 wurde die Hinzuziehung einer von Gerd geforderten Ärztin genehmigt. Die damaligen Beschwerden waren andere, doch wird Gerd seitdem medizinisch zumindest von außen begleitet. Die Ärztin hat schon im August 78 einen Untersuchungsplan aufgestellt, der jedoch, wie sie ein Jahr später feststellte, kaum umgesetzt wurde und der mittlerweile immer dringlicher wird.

Im Juli, August und September 79 traten bei Gerd Blut im Urin, Schmerzen beim Pissen und dann im September auch eine schlimme Nierenkolik auf. Nach dem letzten gescheiterten Versuch der Ärztin, die notwendigen Untersuchungen bei Gerd durchzusetzen, schreibt die Ärztin in einem Brief an die Rechtsanwälte von Gerd, daß sie vor ihrem ärztlichen Gewissen ein weiteres Abwarten nicht mehr akzeptieren kann und deshalb bittet, die Behandlung mit juristischen Mitteln durchzusetzen. In dem Brief schildert sie nochmals die Symptomatik und die Reihe der Verdachtsdiagnosen, die hinter den Symptomen Blut im Urin, Schmerzen beim Pissen, Eiweiß im Urin, Koliken, hoher Blutdruck, Gewichtsverlust usw. stehen. Die inzwischen dazu aufgetretenen Herzrhythmusstörungen verschlechtern weiter den Gesundheitszustand von Gerd. Zu den möglichen Krankheiten, die hinter diesen Symptomen stehen, gehören: schwere entzündliche Erkrankung des Nierengewebes, ein Prozeß in den Nierengefäßen, Nierensteine, eine Nierentuberkulose, sowie ein Tumor. Zu der Nierentuberkulose ist zu sagen, daß die Ärztin seit über einem Jahr daraufhingewiesen hat, daß bei Gerd, der vor mehr als 10 Jahren eine schwere Lungentuberkulose durchmachte, immer an ein weiteres Auftreten dieser Erkrankung in einem anderen Organ, bevorzugt eben auch die Niere, zu denken ist. Vor allem unter den Haftbedingungen und der sicherlich nicht vorzüglichen Ernährung, die wir mal gelinde gesagt, medizinisch als Streß bezeichnen wollen, ist an ein erneutes Auftreten der Tbc immer zu denken.

Doch was passierte: Im Januar 80, nach mehreren Briefen der Ärztin und nach zwei Anträgen der Anwälte, erklärt der Anstaltsarzt, daß er eine Röntgenuntersuchung der Niere für momentan nicht notwendig hält.

Knast-Röntgenuntersuchung ist nicht fachgerecht !

Mitte Februar setzt bei Gerd eine neue Kolik ein, die sehr schlimm ist und tagelang mit Krämpfen und Schmerzen, begleitet von Herzbeschwerden, anhält. In dieser Situation stimmt Gerd einer Röntgenuntersuchung zu, obwohl die Ärztin aus guten Gründen die Untersuchung in einer entsprechenden Fachabteilung gefordert hat. Zum einen weil die Strahlenbelastung bei einer Rö-Untersuchung relativ hoch ist, so daß jede überflüssige Aufnahme vermieden werden sollte, zum anderen weil bei Gerd eine leichte Schilddrüsenvergrößerung vorliegt, die bei jeder Rö-Untersuchung, die mit einem jodhaltigen Mittel durchgeführt wird — so auch bei Nieren — zu Komplikationen führen kann.



„Na, Schwester, wie geht's unserer Maschine heute?"

Gerd wird zur Rö-Untersuchung gefesselt und in einer sehr kleinen Kabine eines Polizeiwagens nach Bochum transportiert. In dieser Situation, wo er sich kaum bewegen konnte, nehmen die Schmerzen zu, die Fahrer des Wagens verweigern ihm die Schmerzmittel, die der Sani extra für die Fahrt mitgegeben hat. Wie befürchtet wurde, wie wir von Gerd wissen, zumindest eine Aufnahme doppelt gemacht, weil das erste Bild nicht entsprechende Qualität hatte. Gerd berichtete, daß er nach der Rö-Untersuchung zwei Tage einen rechteckigen „Sonnenbrand" auf dem Bauch hatte, der nach dem Röntgen entstanden war. Wir müssen befürchten, daß die Röntgenaufnahme nicht fachgerecht durchgeführt worden ist. Ob dieser Schaden durch ein Gerät oder unsachgemäße Bedienung des Geräts entstanden ist, bleibt einer weiteren Untersuchung vorbehalten, die die Verletzung klärt.

Die Röntgenuntersuchung in Bochum ergab, daß sich eine Niere nicht mit Kontrastmitteln darstellen ließ, was Mediziner als „stumme" Niere bezeichnen. Eine „stumme" Niere kann sehr viele Ursachen haben, sie kann bei allen von der Ärztin als möglich erachteten Erkrankungen auftreten. Für den Anstaltsarzt hat sich durch die Aufnahme die Diagnose eines Nierensteins erhärtet. Und sollte sich die Niere bei der nächsten, von ihm vorgeschlagenen Rö-Untersuchung wiederdarstellen, ist der Fall für ihn erledigt, dabei ließ sich für den Arzt auf dem Röntgen-Bild kein Stein ausmachen. Für uns sind damit alle anderen möglichen Erkrankungen überhaupt nicht ausgeschlossen. Wir sind der Meinung, daß Gerds Nierenbeschwerden jetzt endlich fachärztlich geklärt werden müssen, und daß er diese Untersuchungen in einer Fachklinik durchführen können muß. Wir sind der Meinung, daß Gerd sich in Zukunft nicht mehr in der Anstalt untersuchen und röntgen lassen darf, da nicht auszuschließen ist, daß er dabei weiteren Schaden nimmt.

Leute, schreibt dem Anstaltsarzt:
Dr. Seiffen, JVA, Rochusstr. 350, 5 Köln 30,
dem Vollstreckungskammervorsitzenden:
Strafvollstreckungskammer beim Landgericht, Appellhofplatz, 5 Köln,
dem Oberlandesgericht, das den 2/3 Antrag entscheidet: OLG, Cecilienallee 3, 4.Strafsenat, 4 Düsseldorf,
dem Enno, der mit Gerd gemeinsam abgeurteilt wurde und deren Briefkontakt seit Monaten unterbrochen ist:
Enno Schwall, JVA, Rochusstr. 350, 5 Köln 30.
Fordert eine fachärztliche Untersuchung und die Freilassung von Gerd!
Kontakt: Gisela Frederking (Rechtsanwältin), Goethestr. 114, 4300 Essen.

Mittlerweile haben 30 Gefangene der JVA Köln die Forderung nach sofortiger Freilassung von Gerd unterschrieben.

PROTEST AUF DEM HAMBURGER AMERIKA-HAUS: KEINE RÜCKVERLEGUNG IN DEN TOTEN TRAKT !

Hamburg, 4. März

Sechzehn Hamburger Genoss(inn)en haben auf dem Dach des Amerika-Hauses für die Forderungen der Gefangenen aus dem Lübecker Toten Trakt (Kuby, Eckes, Reiche, Asdonk, Hochstein – s. ID 322) demonstriert. An der Erklärung der Demonstranten wird unter anderem deutlich, daß eine der Gefangenen, Brigitte Asdonk, nicht mehr der Roten Armee-Fraktion zugerechnet wird, wohl aber als "politische Gefangene" angesehen wird, und daß für sie ausdrücklich die Integration in den Normalvollzug gefordert wird. Das steht in klarem Gegensatz zu den scharfen Angriffen, die noch vor kurzem von einigen Gefangenen aus der RAF (ID 298) gegen alle die gerichtet wurden, die eine Integration "politischer" Gefangener in den Normalvollzug erreichen wollten.
Hier ist der Bericht der Unterstützungsgruppe der Aktion:

Mitbestimmung über die Farben im Trakt ?

Das Dach des Amerika-Hauses in Hamburg ist seit heute 15.30 Uhr besetzt. Wir verlangen die Wiedergabe der folgenden Erklärung ungekürzt und unverfälscht in der " Rundschau am Abend" des Norddeutschen Rundfunks, Zweites Programm.

" Diese Aktion ist Ausdruck unserer Solidarität mit den Gefangenen aus der Stadtguerilla, die in der Bundesrepublik Deutschland seit zehn Jahren mit all ihren Mitteln gegen ihre Vernichtung kämpfen. Gegen ihre Vernichtung als politische Gefangene, als Kämpfer gegen Imperialismus und Faschismus.

Seit jetzt vier Wochen sind die gefangenen Frauen aus der Roten Armee-Fraktion Christine Kuby, Christa Eckes, Inga Hochstein, Annerose Reiche und die politische Gefangene Brigitte Asdonk im Hamburger Untersuchungsgefängnis, nachdem sich alle fünf die Verlegung aus dem Toten Trakt in Lübeck durch einen Hunger-und Durststreik erkämpft hatten. Die Forderung der Frauen aus der RAF ist ihre Zusammenlegung zu größeren Gruppen, insbesondere mit anderen Gefangenen aus der RAF, die total isoliert sind: Irmgard Möller in Stammheim, Angelika Speitel und Hanna Krabbe in Köln-Ossendorf, Ali Jansen in Werl, Knut Folkerts, Rolf Heißler und Bernd Rösner in Straubing. Brigitte Asdonk fordert ihre Integration in den Normalvollzug in Frankfurt-Preungesheim.

In diesen vier Wochen beschränkten sich die Verhandlungsangebote des Kieler Justizministeriums, vertreten durch Begemann und Lunau, in Abstimmung mit den Bundesbehörden, Bundeskriminalamt und Bundesanwaltschaft, auf Fragen wie: In welchen Farben wollen Sie die Wände des Trakts gestrichen haben ? Statt die Forderungen der Gefangenen zu erfüllen, werden ihnen Angebote zur Mitbestimmung an der eigenen Vernichtung gemacht.

Der Kampf der Gefangenen um die Erfüllung ihrer Forderungen hat besonders in den letzten Wochen in der Öffentlichkeit Unterstützung gefunden. So sah sich Bundesinnenminister Baum in der Öffentlichkeit gezwungen, die Trakte als "auf die Dauer unmenschlich ?" zu bezeichnen. Das hindert ihn aber nicht daran, das Traktprogramm in allen Bundesländern beschleunigt weiterzuführen. Gleichzeitig läßt er seinen Parteifreund Meyer (Justizsenator in Westberlin) behaupten, die Trakte seien eine "Liberalisierung der Haftbedingungen". Zur Zeit sitzen in den Trakten noch hauptsächlich Gefangene aus den bewaffnet kämpfenden Widerstandsgruppen Rote Armee-Fraktion und Bewegung Zweiter Juni. Das sind für uns die Gefangenen, deren ununterbrochener Kampf den Siegeswillen und die Siegesmöglichkeit revolutionärer Politik aufzeigen. Sie sind Beispiel, deshalb sollen sie "getilgt" werden (Bundeskanzler Schmidt). Erst wenn sie abschwören und sich zur Zusammenarbeit mit dem Staat bereit erklären, verzichtet der Apparat auf die Vernichtungshaft. (...)

Kriegsvorbereitungen gegen die arabische Revolution

Der Vernichtung von Widerstand hier entspricht die Kriegshetze und Kriegsvorbereitung in den letzten Monaten. Nur wenn der Widerstand im Innern getilgt ist, können die Interventionen gegen die Dritte Welt, insbesondere gegen die arabische Revolution, reibungslos durchgeführt werden. Seit einem Jahr sind im Naturschutzgebiet Garlstedter Heide 2.000 U.-S.-Soldaten stationiert, insgesamt sollen allein in Norddeutschland 30.000 Elitesoldaten als Eingreiftruppe stationiert werden. Diese sollen ihre Basen hier dann als Sprungsbrett für den Einsatz im Nahen Osten nutzen. In die gleiche Richtung geht der forcierte Bau von NATO-Flugplätzen in Ramstein, bei Wiesbaden, und in Schwabenhausen, für die Luftsondereinheiten gedacht. Der Name der Garlstedter Brigade, "Hell on Wheels" (Hölle auf Rädern), spricht für sich. (...) Arbeitsteilig muß Westdeutschland die südosteuropäische Flanke der NATO 'stabilisieren', Für die Menschen in der Türkei heißt das: Kriegsrecht, das mit deutschem Geld und deutschen Panzern durchgepeitscht wird. Die Kriegsvorbereitung gegen die Dritte Welt ist einer der Gründe für den Versuch, den Widerstand im Innern zu zerschlagen.

Unsere Aktion heute ist ein Beitrag zum Kampf gegen den Vernichtungsvollzug im Toten Trakt, wie die Demonstration von über 1.500 Genossen am 23. Februar in Hamburg. Über diese Demonstration und ihre Inhalte wurde eine Nachrichtensperre verhängt. Diese Nachrichtensperre muß durchbrochen werden. Wir fordern deshalb vor allem die linke Öffentlichkeit auf, unsere Erklärung zu verbreiten und jetzt die Forderungen der politischen Gefangenen zu unterstützen und durchzusetzen.

Für die Gefangenen aus der RAF: Zusammenlegung zu größeren Gruppen von Gefangenen aus der RAF und anderen sozialrevolutionären Gruppen, insbesondere mit Gefangenen, die bisher völlig isoliert wurden, aber nicht unter den gleichen Bedingungen wie im Toten Trakt in Lübeck.– Für Brigitte Asdonk: Integration in den Normalvollzug in Frankfurt-Preungesheim.

Solidarität mit den bewaffnet kämpfenden antiimperialistischen Widerstandsgruppen in Westdeutschland und Westeuropa !
Solidarität mit dem Befreiungskampf des türkischen Volkes !
Solidarität mit den Botschaftsbesetzern von Teheran und dem Movimiento 19 in Bogota ! Yankees out !"

Anrufer aus Frankfurt: Ein Grußwort an den afghanischen Widerstand wär' auch nicht schlecht gewesen !
Hamburger Genosse: Ja, dazu gibt's aber keine Stellungnahme. Da kann ich nichts zu sagen.

Die Aktion: Immerhin ein Rundfunkbericht

Diese Aktion unterstützte den Kampf der fünf Frauen aus der RAF, indem sie sich an ihrem Ziel, dem Kampf gegen den U.S.-Imperiamlismus (Amerika-haus) orientierte... Über die Forderungen der fünf Frauen wird in Kürze entschieden. (...) Trotz der Mobilisierung einer breiten nationalen und internationalen Öffentlichkeit scheinen die Verhandlungen mit den Justizministern der Länder über die Forderung nach Zusammenlegung mit weiteren Gefangenen bzw. Brigittes Forderung nach Intergration in den Normalvollzug negativ zu enden. Schlimmstenfalls Rückverlegung in den Lübecker Trakt ohne Vergrößerung der Gruppe (...)

Die Forderung der Besetzer, ihre Erklärung ungekürzt und unverfälscht in der "Rundschau am Abend" zu senden, wurde teilweise und nur unter dem Druck, den eine angedrohte Polizeiaktion gegen die Besetzer darstellte, erfüllt. Gleich zu Beginn der Sendung wurden Gründe und Verlauf der Besetzung in Form eines kurzen Berichts, allerdings nur als Kommentar, dargestellt. Das war in Anbetracht der Umstände wohl ein akzeptierbares Ergebnis, zumal sich sehr viel Presse einfand und auch sehr viele von uns hinzukamen. Die ganze Zeit über hingen an der Front des Amerika-Hauses große Transparente wie " Solidarität mit der RAF", "Freiheit für alle Gefangenen", "Solidarität mit

den Botschaftsbesetzern von Teheran und Bogota", und die Besetzer verlasen vom Dach aus per Megaphon mehrfach ihre Erklärung.

Eine Hundertschaft Polizei umstellte das Gebäude, aber es gelang uns,...einen Waffenstillstand bis zum Zeitpunkt der inzwischen zugesicherten Rundfunksendung zu erreichen. Die Einsatzleitung sagte zu, daß sie "nur" die Personalien der Besetzer feststellen will, sofern diese nach der Sendung die Besetzung aufgeben (...) Die Polizei hielt sich im großen und ganzen an die Zusagen, allerdings wurden die Leute noch verfolgt, die die vom Dach geworfenen Transparente auffingen und mitnahmen.

Wir und die Besetzer sahen in dieser Aktion und ihrem Verlauf einen großen Erfolg. Der Staat hat mal wieder seine derzeitige "weiche Welle" offenbart, die nur die andere Seite der gleichen Medaille ist, zu der unter anderem das Traktprogramm gehört.

Kontaktadresse: Schwarzmarkt, Bundesstr. 9, 2000 Hamburg 13.

EIN TAG SPÄTER, 5. MÄRZ – ANRUF AUS HAMBURG: HEUTE MITTAG WURDEN DIE FÜNF FRAUEN IN DEN TOTEN TRAKT LÜBECK ZURÜCKVERLEGT !

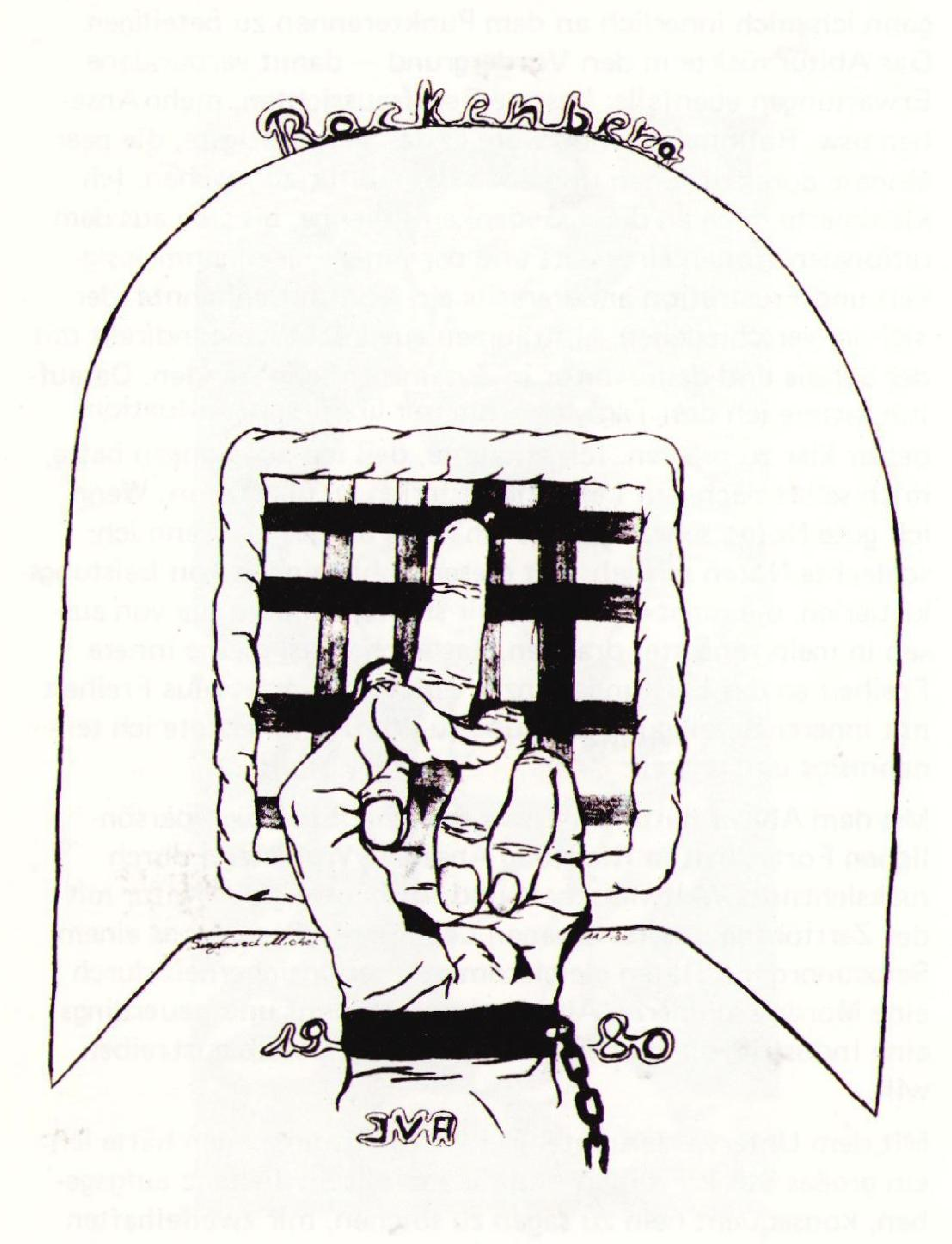
HUNGERSTREIK JUGENDLICHER GEFANGENER ABGEBROCHEN

Wiesbaden, 4.3.80

Am Montag, den 25.2., traten ca. 60 Jugendliche im Knast Wiesbaden in einen Hungerstreik (s. ID 323). Mit dieser Protestaktion wollten sie eine Verbesserung ihrer Haftbedingungen erreichen.

Nach sechs Tagen Hungerstreik brachen die Häftlinge ihre Aktion am Sonntag ab. Im nächsten ID werden wir versuchen, den genauen Ablauf des Hungerstreiks zu beschreiben.

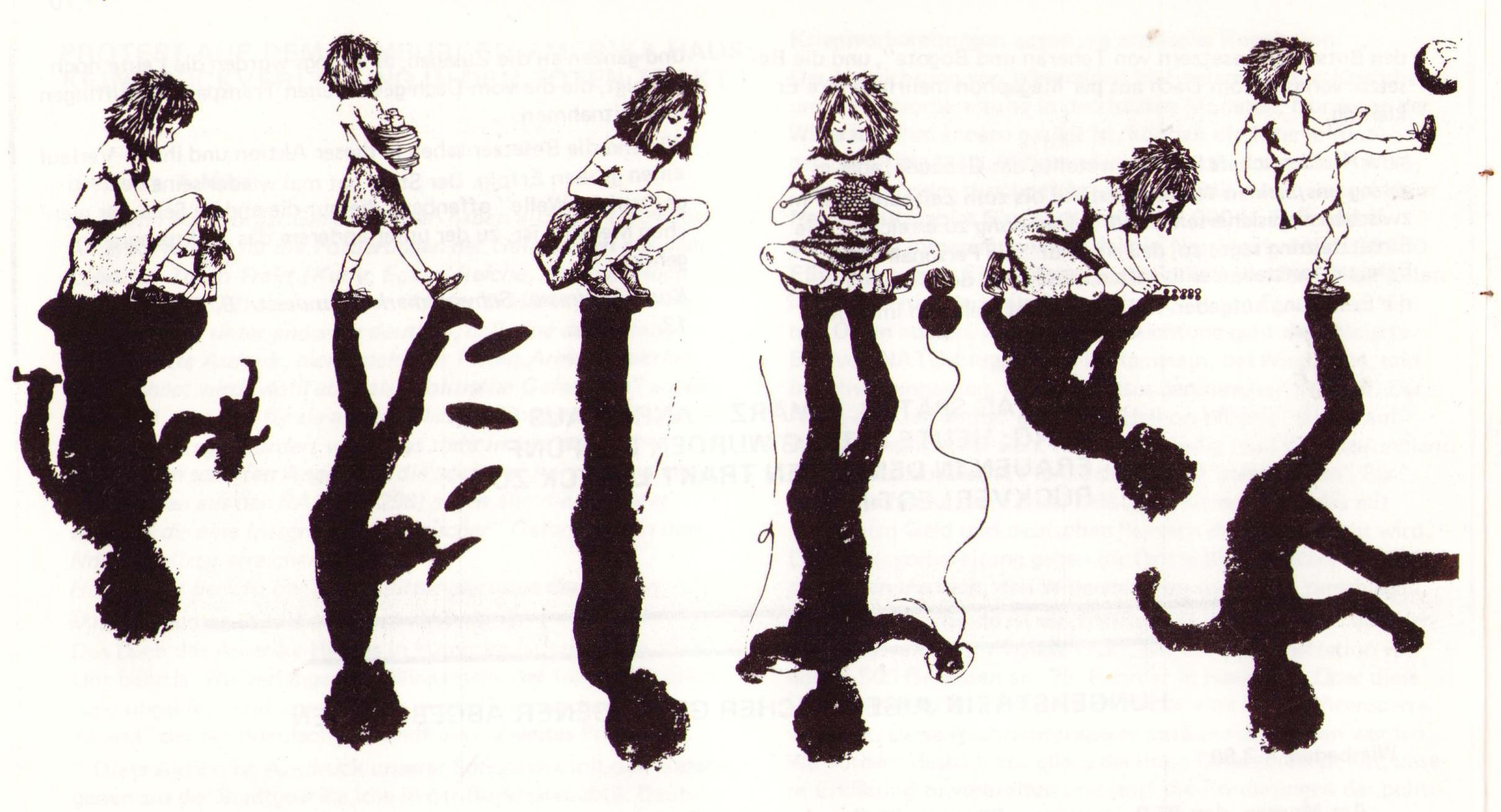
Zwischenzeitlich haben sich mehrere Professoren, Pädagogen usw. in einem „Offenen Brief" mit den Forderungen der jugendlichen Häftlinge solidarisch erklärt.



Von einem Gefangenen des Jugendknastes in Rockenberg aus dem Elefangenklo Nr. 61, Zeitung für Giessen und Umgebung

Eindrücke vom Knast

Sexuell geschändet
Beschissene Langeweile
Der ewige Zwang, hier drin zu sein
Der Zwang, auf der Nadel zu sein,
Das einzige Mittel, alles zu vergessen
Abgefuckte Schließer!!
Zu wenig gute Badschebim + (Musik)
Zu wenig Freizeit–
nur 1 1/2 Std. zum TV, Kicker, Quatsch machen
"Quälen, Unterdrücken, Tätowieren, Fixen, Haschen"
Selbstgemachter Alkohol *Viffi genannt
1x Eimer Wasser, Brot* Lebensgefahr
***Methyl 50 % trotzdem –**
alle stürzen sich drauf
ewiger Mangel, Tabak, Blättchen
Schnitzel, Pizza, Obst
Mangel auch an Parfüm
an Luft, um frei zu atmen
Mangel an Sozialarbeiterdienst.



Abitur – Nein, danke !

ODER: GEDANKEN ZUR ENTSCHEIDUNG, DAS ABITUR NICHT ZU MACHEN

Diese skizzenhafte Darstellung soll ein Denkanstoß für alle sein, die noch fähig sind, ihre Situation in der Abiturprüfung zu reflektieren.
Ausgehend von meiner persönlichen Situation möchte ich auf allgemeine Zustände hinweisen.

Nach zweijähriger Schulpause trat ich 1978 in die 12. Klasse des Karl-Maybach-Gymnasiums in Friedrichshafen ein, in der Absicht, die Fachhochschulreife zu erlangen. In der Zwischenzeit habe ich unter anderem ein Jahr im pädagogischen Bereich eines anthroposophischen Heimes für behinderte Kinder gearbeitet und dadurch eine ziemliche Distanz zur Schule gewonnen. Aus dieser Distanz heraus erschien mir die Schule in einem anderen Licht als den anderen Schülern. Ich hatte mich im wesentlichen losgelöst vom Leistungsdenken und vom Punkterennen, also nicht die Erwartungen seitens der Lehrer oder Eltern, gute Noten zu schreiben, waren der Antrieb meines Lernens, sondern allein mein freier Wille.
Eben dadurch fühlte ich mich frei, daß ich jenseits von solchen Erwartungen arbeiten konnte – aus dieser Freiheit heraus gelang es mir auch tatsächlich, im Gegensatz zu früher, gute Leistungen zu erbringen und mich darüberhinaus intensiv mit anderen Wissensgebieten zu beschäftigen. Mein Interesse an der Schule war ein inhaltliches, das sich eben nicht an Leistungen orientierte.

Ich bemerkte bald, daß es meinen Mitschülern anders ging. Die meisten orientierten sich mehr oder weniger ohne eigentliches Interesse an dem Stoff, der für die Klassenarbeiten wichtig war; über den Schulstoff hinausgehendes Interesse war mit ein paar wenigen Ausnahmen kaum zu spüren, und wenn einmal doch Interesse vorhanden war, so mußte dies meist im Hinblick auf die vollgestopften Lehrpläne vom Lehrer abgewürgt werden. Nach und nach begann ich , unter der Kopflastigkeit und Interesselosigkeit an der Schule zu leiden. Vor allem ab dem 13. Schuljahr machten mir diese Frustrationen zu schaffen, mein inhaltliches Interesse erlosch unter diesen Bedingungen nach und nach. Damit war auch mein eigentlicher Antrieb fürs Lernen abgestorben.

Ich begann genauso wie die anderen Schüler über die langweilige Schule zu stöhnen; alles, was mit der Schule zu tun hatte, wurde mir lästig. Es zeigte sich bei mir eine Wandlung an. Anstatt aus wirklichem Interesse für die Schule zu arbeiten, begann ich mich innerlich an dem Punkterennen zu beteiligen. Das Abitur rückte in den Vordergrund – damit verbundene Erwartungen ebenfalls: bessere Berufsaussichten, mehr Ansehen usw. Rational gesehen wäre es das Vernünftigste, die paar Monate durchzuziehen und eben das Abitur zu machen. Ich klammerte mich an diese Gedanken so lange, bis sich aus dem rationalen Wollen einerseits und der inneren Teilnahmslosigkeit und Frustration andererseits ein Konflikt anbahnte, der sich in verschiedenen Alpträumen ausdrückte, die indirekt mit der Schule und dem Abitur in Zusammenhang standen. Daraufhin fastete ich drei Tage lang, um mir über meine Situation besser klar zu werden. Ich erkannte, daß ich angefangen hatte, mich selbst nach den Leistungskriterien zu beurteilen: Wenn ich gute Noten schrieb,fühlte ich mich besser, als wenn ich schlechte Noten schrieb. Mit dieser Abhängigkeit von Leistungskritierien, die nicht ich selbst mir stellte, sondern die von aussen in mein Innerstes drangen, hatte ich quasi meine innere Freiheit an das Leistungsprinzip verkauft. Anstatt aus Freiheit mit innerer Beteiligung Leistung zu erbringen, leistete ich teilnahmslos und unfrei.

Mit dem Abitur hätte ich etwas erreicht: Ein Stück persönlichen Fortschritt in Richtung Ansehen, Wohlstand durch rücksichtslose Weltwirtschaft und Ausbeutung der Natur mit der Zerstörung unserer eigenen Lebensgrundlagen, was einem Selbstmord auf Raten gleichkommt; Pseudosicherheit durch eine Mordmaschinerie, Abscheckung genannt und neuerdings eine Industrie, die den Teufel mit dem Belzebub austreiben will.

Mit dem Unterwerfen unter die Abitursbedingungen hätte ich ein großes Stück Freiheit und die moralische Instanz aufgegeben, konsequent nein zu sagen zu solchen, mir zweifelhaften Werten. An mir selbst erlebte ich, wie ich unter den Bedingungen des Abiturs zu einem Spiegelbild von dem zu werden drohte, was viele Menschen unserer Gesellschaft heute leider verkörpern.

Aus Brüderlichkeit wird Egoismus, innere Freiheit wird durch äußere Sicherheit, natürliches Selbstwertgefühl durch Wohlstand ersetzt.

Natürlich kann jetzt eingewendet werden: Du kannst dich mit Abitur doch besser einsetzen eben für Brüderlichkeit, Freiheit, Gerechtigkeit! Eben dies wage ich für mich zu bezweifeln. Es ist sicherlich denkbar, daß ich unter Umständen in eine Situation komme, in der ich das Abitur brauchen könnte. Doch ich weiß mit Sicherheit, daß ich mich ohne Auseinandersetzung und mit Abitur in eine Richtung entwickelt hätte, die meinem innersten Wesenskern nicht vereinbar ist.

Mit der Entscheidung, das Abitur nicht zu machen, habe ich ein Stück persönliche Freiheit wiedergewonnen. Diese Freiheit umzusetzen in aktive Substanz für eine menschlichere Zukunft ist mein nächstes Bestreben. Ich weiß, daß diese Substanz heute laufend erkämpft werden muß – auf dem zwangvollen Weg durch unsere Institutionen genauso wie auf dem Weg der alternativen Bewegung. Ich habe mich für den zweiten dieser Wege entschieden.

Jochen Dill, am 1.2.80, Meistershofenerstr. 11, 7990 Friedrichshafen, mit Hauptwohnsitz: Nelkenweg 9, 7987 Weingarten.

Nachsatz: Als mir mein Physiklehrer vorrechnete, daß ich das Abitur auch dann bekäme, wenn ich mich nicht auf die Prüfung vorbereiten würde, war dies kein Argument gegen meine Entscheidung.

(aus Motzer Nr. 65)





Das freie Schweben des Knaben (1683)

Lernbehinderung
„Diese Schülerin tut nichts zur Zeit. Sie ist verliebt." Erklärte mir die Lehrerin dieser Schülerin, die während der Klassenarbeit wohl weit weg war – bei ihm in der Mathematikstunde oder noch weiter – aber sicher nicht bei Kommaregeln und deutscher Rechtschreibung, und sie schrieb dieser Schülerin eine fünf minus unter die Klassenarbeit.
Aufgrund der erreichten Fehlerzahl im Vergleich zu den anderen faulen und verliebten, schlauen und schüchternen, durchschnittlichen und normalen Schülern und Schülerinnen war die Arbeit dieses Mädchens nur eine fünf minus wert.
Die Lehrerin ist verheiratet und vielleicht noch verliebt, und sie ist seit fünfzehn Jahren im Schuldienst und korrigiert Arbeiten von verliebten und ungeliebten und anderen Jungen und Mädchen.
Und wenn diese Lehrerin eines Tages einmal richtig verliebt sein wird
– das kann ihr ja passieren –
und an nichts anderes denken kann,
wird sie an einem Vormittag in allen Klassen unangekündigt Übungsarbeiten schreiben lassen.
Dann werden einige
zum Fenster hinausschauen
und den ziehenden Vögeln nachsehen,
und ein paar andere werden
mit dem Kopf auf dem Armen liegend
den fallenden Blättern draußen nachsehen,
und der Rest wird angestrengt schreiben
um keine fünf zu bekommen.

Schulgedichte von PATRICK BRAUNS

(aus: Neue Seeblätter Nr. 19)

MÜLL–"ABLAGERUNG" IN HANNOVER

Hannover
4. März

Wie man/frau über den Zusammenhang zwischen Energieverschwendung, den Ausbau von AKW's sowie der ungesicherten Atommüllagerung eine Öffentlichkeit herstellen kann, zeigt der Bericht einer Initiative aus Hannover:

„Laßt uns Unmengen energieverschwendenden Einwegmüll vor Dyckerhoff & Widmann zwischenlagern!" – Unter diesem Motto trafen sich ca. 400 Menschen mit Transparenten, guter Laune und einer Menge Einwegmüll am Lister Platz.

Kurz nach 11. Uhr tauchte ein Streifenwagen auf und die Bullen fragten nach dem Grund der Versammlung. Nach einer kurzen Erklärung unsererseits machten uns die Bullen den Vorschlag, der (unangemeldeten) Demonstration vorauszufahren, um einen „reibungslosen Ablauf zu garantieren". Wir hatten nichts dagegen.

Um halb zwölf setzte sich der Zug in Bewegung. Durch das Poltern der mitgeführten Atommüllfässer und (vereinzelt aufkommende) Sprechchöre machten wir die reichlich anwesenden Passanten auf unser Vorhaben aufmerksam. Über Megafon wurde die Aktion erläutert. Die Fa. Dyckerhoff & Widmann ist zuständig für die Betonarbeiten am AKW Grohnde und in Gorleben, also voll im AKW- und „Entsorgungs"-Geschäft. Für das AKW Grohnde wurde bereits ein Kompaktlager beantragt. Es wurde auf die massiven Gefahren, die von den Kompaktlagern ausgehen, aufmerksam gemacht. Wir gingen zu Dyckerhoff & Widmann, weil diese Firma ein Glied im Atomgeschäft ist, die uns AKW's vor die Nase setzen, um die scheinbar notwendige Energie für eine umweltfeindliche Konsum- und Einweggesellschaft zu erzeugen. Die Abfallprodukte sollen unter erheblichen Gefahren für unsere Umwelt und unsere Gesundheit end- bzw. zwischengelagert werden.

Am Rande der Demo wurden Plakate geklebt, Parolen gesprüht und Flugblätter verteilt, die die Aktion erläutern sollten.

In der Karmarschstr. hielten wir vor dem unscheinbaren Büro der Atomfirma. Nun flogen die Einwegmülltüten und die Atommüllfässer vor das Gittertor der Firma. Nach einem etwas müden Marsch durch die Innenstadt, herrschte nun eine ziemlich ausgelassene Stimmung unter den Demonstranten. Einige Leute garnierten den stinkenden Müllhaufen und den Eingang mit Farbeiern. Um den Haufen herum wurde „Wer Atommüll sät, wird unseren Müll ernten" gemalt.
Viele Passanten blieben stehen, um diesem Happening zuzuschauen. Die meisten fanden es ziemlich dreist, daß wir unter den Augen der Ordnungshüter hier ungestraft unseren Müll endlagern durften. Einige meinten aber auch, daß weniger Einwegmüll und Umweltdreck produziert werden sollte, womit die Industrie ihre AKW's legitimieren.
Nach dem Müllabladen ging die Demonstration zum Raschplatzpavillon. Zurück blieben eine Menge Passanten, die über dies Aktion lebhaft diskutierten und ein sehr fototrächtiger Müllhaufen, der erst am Nachmittag von der Müllabfuhr beseitigt wurde und bis dahin von der Polizei bewacht wurde, wahrscheinlich damit nicht noch die Nachbarn ihren Müll hier endlagern.

Einige Menschen diskutierten später im Raschplatzpavillon noch über die anstehende Demonstration in Brokdorf, die im Frühjahr unter dem Motto „Der Bauzaun muß weg!" stattfinden soll.

Kontakt: Lindener Unabhängigen-Initiative c/o Dieckbornstr. 44, 3000 Hannover-Linden

Treffen gegen geplante Wiederaufbereitungsanlage

Kassel
4. März

Am 25.2. hat die Deutsche Gesellschaft zur Wiederaufbereitung von Kernbrennstoffen den Antrag für den Bau einer Wiederaufbereitungsanlage beim hessischen Wirtschaftsministerium gestellt. Das Anti-Atom-Büro in Kassel schreibt dazu:

Wir sind der Auffassung, daß es an der Zeit ist, durch ein gemeinsames Vorgehen aller hessischer Vereinigungen gegen Atomanlagen in der Öffentlichkeit klare Positionen zu beziehen und entsprechende Aktionen vorzubereiten. Wir rufen daher zu einer kooperativen Zusammenarbeit aller hessischen Gruppen auf. Auf einem ersten Treffen wollen wir die Möglichkeiten eines gemeinsamen Vorgehens besprechen. Es ist nicht beabsichtigt, eine neue Organisation mit einem „Wasserkopf" zu bilden. Aus organisatorischen Gründen bitten wir um Entsendung von maximal zwei Delegierten pro Gruppe. Delegierte aus Nachbarländern, die ebenfalls von der hessischen Atomplanung betroffen sind sowie des Bundesverbands Bürgerinitiativen Umweltschutz sind ebenfalls eingeladen. Wir halten die Teilnahme aller Gruppen für äußerst wichtig. Voranmeldungen sind erwünscht an:

Anti-Atom-Büro, Emmerichstr. 20 a, 3500 Kassel, Tel.: 0561/75307

Das Treffen findet am Samstag, den 15. März, um 13 Uhr statt. Voraussichtliches Ende gegen 17 Uhr. Tagungsort: Dorfgemeinschaftshaus Wabern, Ortsteil Uttershausen

ÖKOLOGISCHE GEGENVERANSTALTUNG IN PARIS

Köln, 5. März 1980

Vom 7. bis zum 16.März findet in Paris ein Treffen aller „ökologischen Teilbewegungen", wie AKW-Gruppen, Frauengruppen, Freie Radios, Gruppen für sanfte Technologie und viele andere statt, genannt Terre Nouvelle.

Dieses Treffen ist eine Gegenveranstaltung zur jährlich in Paris stattfindenden „Marjolaine", der ersten französischen „ökologischen" Messe. Die „Marjolaine" ist über die Zeit völlig kommerzialisiert worden. Deshalb kam die Frauengruppe „Paris Action Femmes" auf die Idee, eine Gegenveranstaltung zu organisieren. Nach Meinung der neuen ID-Frankreich-Korrespondentin gelang es noch, sehr kurzfristig und in einem großen Durcheinander, das Treffen auf die Beine zu stellen. Das Treffen ist nichts zum Konsumieren!

Kontakt: Organisationsgruppe Terre Nouvelle 80, 163 Rue de Chevaleret, 75013 Paris, Tel.: 00331/ 583 45 45.

STROBO-ARCHIV für Rechtsanwälte

Strobo-Leute aus Dortmund wollen das Strobo-Anwaltsmaterial koordinieren. Sie wünschen sich deshalb, daß alle Anwälte, die juristisches Material darüber haben, je ein Exemplar nach Dortmund schicken. Dort soll es ausgewertet werden. Alles wichtige Material soll dann an die angeschlossenen Rechtsanwaltsadressen verschickt werden.

Koordinationsadresse: Theo Hengesbach, Weisbachstr. 21, 4600 Dortmund 1.

ATOMKRAFT? NEIN DANKE

gegen ein weiteres AKW in Obrigheim!

DEMONSTRATION am 8.MÄRZ in Mosbach

(aus: Stuttgarter Blättle)

Da das Öl nicht mehr ausreicht, die Steigerung des Energieverbrauchs zu garantieren, wollen die Energieversorgungsunternehmen immer stärker auf Atomstrom umsteigen. Auch Ministerpräsident Späth ist mit auf der Suche nach Standorten für AKWs und will diese forciert bauen lassen.

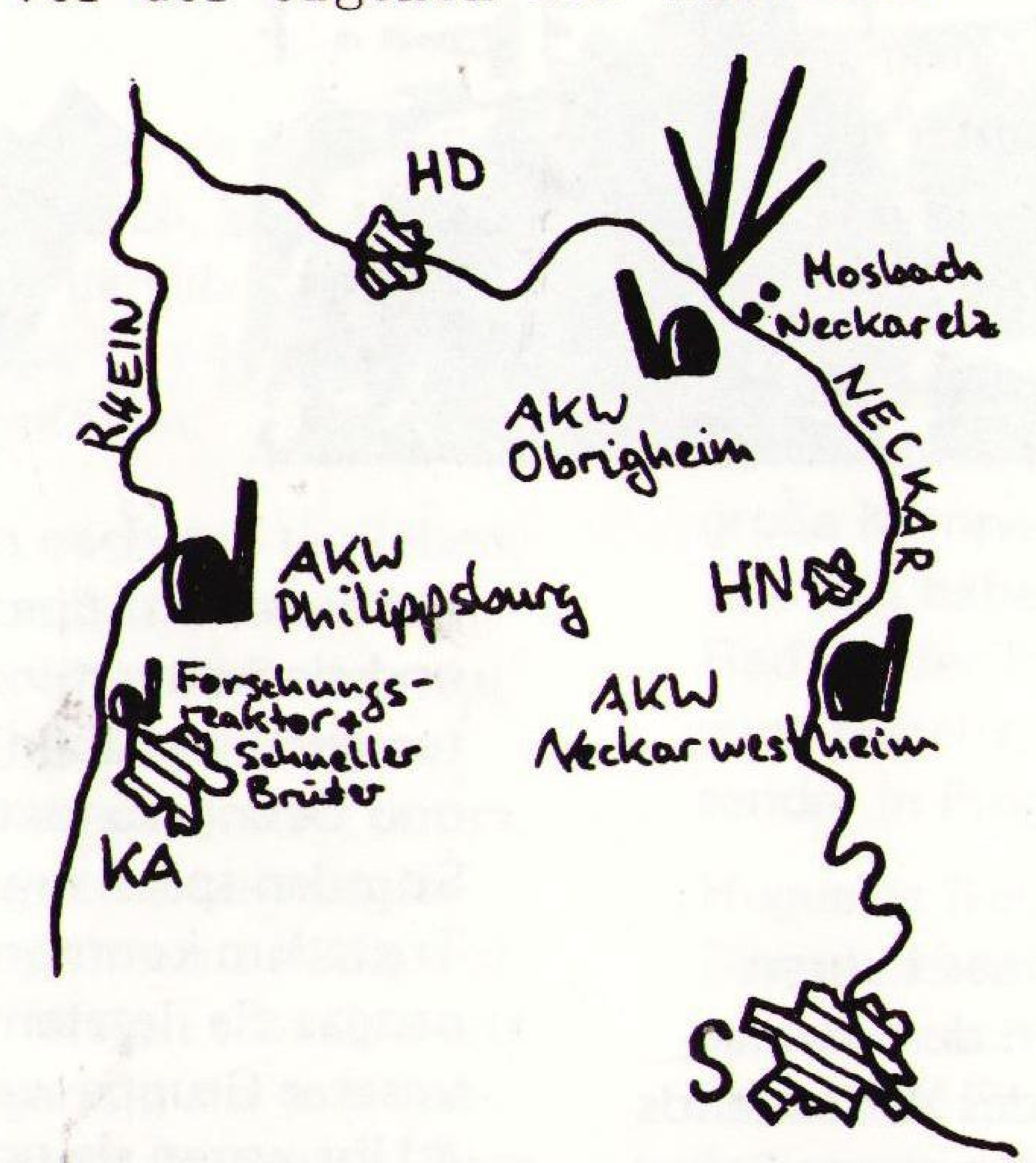
Da in Wyhl wohl kaum gebaut werden kann und die Neckarwestheimer schon von ihrem ersten Block die Nase voll haben, kommt Obrigheim als geeigneter, ruhiger Standort in Frage. Dort steht nämlich schon ein Druckwasserreaktor mit 345 MW und strahlt seit 12 Jahren vor sich hin - doch Gemeinderat und Bürgermeister sind ganz begeistert von dieser schönen Einnahmequelle. Von Regierungsseite wird kaum über Obrigheim gesprochen, aber wir kennen ja diese Taktik zu Genüge: erst ablenken - und dann zuschlagen.

Wenn wir keinen massiven Widerstand leisten, sind die Vorraussetzungen für einen weiteren AKW-Block (möglicherweise auch 2 Stück!) von 1200 MW Leistung (Typ "Biblis") recht günstig:
- Bereits vor längerer Zeit hat das Badenwerk über eine Tochtergesellschaft 60 ha Land aufgekauft - genug für zwei AKWs
- die KWO-Leitung hat im vergangenen Jahr mehrere Kommunalpolitiker des Kreises Mosbach zu einer kostenlosen "Informationsreise" nach USA und Kanada eingeladen
- die Gemeinderäte und der Bürgermeister von Obrigheim haben dem Bau eines weiteren AKW bereits zugestimmt !
- Die Herren der Geschäftsleitung des KWO, Dr. Schenk und Dangelmaier informierten den Gemeinderat am 14.12.79: "...die Initiativen zur Verwirklichung des Projekts (KWO II) laufen. Bei eindeutigerer politischer Haltung wäre die Angelegenheit bereits entschieden."



Durch Versprechungen und Absichtserklärungen wird der Gemeinde das AKW noch schmackhafter gemacht:
- die Gewerbesteuereinnahmen steigen rapide
- KWO II "gäbe Möglichkeiten in Hinblick auf ein beheiztes Freibad"
- es wird davon geredet, "die Einwohner im Umfeld von Kernkraftwerken durch verbilligte Stromtarife unmittelbar zu beteiligen" (eine neue Art von Risikoprämie ?)

Für all die vielen, die zwar Brokdorf, Grohnde und Wyhl kennen, aber nicht wissen, wie es vor der eigenen Tür aussieht:



Alle "Entscheidungsträger" wollen also Obrigheim zum großen AKW-Park ausbauen ! Sie verschließen ihre Augen vor den vielen Störfällen, die sich im AKW Obrigheim (KWO I) schon ereignet haben Bis 1977 ereigneten sich in KWO I 29 Störfälle, darunter 7 schwere zum Beispiel:

1969: Erhöhte Radioaktivität im Abwasser, wahrscheinlich durch Xenon (die Betreiber waren der Auffassung, radioaktives Xenon könne man in beliebiger Höhe einleiten!)

1970: Schwierigkeiten bei der Einhaltung der zulässigen Abgaben

1976: Primärkühlmittelverlust durch undichte Schweißnähte, gasförmige Aktivitätsfreisetzung; 25 Personen werden mit 9,8 rem !! belastet

1977: Reaktorabschaltung infolge zunehmender Leckage eines Dampferzeugers, 50 Std. lang wurden radioaktive Spaltprodukte ins Kühlwasser abgegeben (und gelangten von da selbstverständlich in den Neckar)

Durch Falschinformation wurde die Gefahr durch diese Freisetzung von Radioaktivität heruntergespielt. Entgegen der offiziellen Zahl von 1 mrem als <u>zusätzliche</u> Belastung durch AKWs (natürliche Strahlung ca. 100 mrem/Jahr) wurden in Obrigheim folgende Werte durch die Landesanstalt für Umweltschutz Ba.-Wü. gemessen:

Jahr	Werte	Einheit
1971	40 - 60	mrem
1972	80 - 140	mrem
1973	220 - 250	mrem !!
1974	50 - 70	mrem
1975	40 - 50	mrem

in etwa 2 km Entfernung vom AKW und wie gesagt als zusätzliche Strahlenbelastung

Die AGÜ Heidelberg veröffentlichte diese Zahlen 1976 in einer ausführlichen Studie - seitdem sind keine Daten mehr an die Öffentlichkeit gelangt (man kann sich ja denken, warum!)

Untersuchungen über die Anreicherung radioaktiver Spaltprodukte wurden beim KWO gemacht, aber bald eingestellt, da außergewöhnlich starke Anreicherungen festgestellt wurden. Als Beispiel für derartige Anreicherungen die Ergebnisse aus dem Columbia-River in USA:
Im Vergleich zum Flußwasser betrug die radioaktive Belastung bei

Plankton	das	2000fache
Flußenten	das	40000fache
Flußfischen	das	150000fache
im Eigelb der Vögel	das	1,5Miofache

Ähnlich dürfte es sich in Obrigheim verhalten. Aber diese Vernebelungstaktik ist üblich.

Aktuelle Vernebelung: Neckarwestheim. Der Reaktor stand ein halbes Jahr still, wegen Revisionsarbeiten. Die Revisionsberichte liegen beim Wirtschaftsministerium und sind geheim - man darf nicht einmal wie bisher Einblick nehmen. Durchgesickert ist nur: der Druckbehälter soll wesentlich gefährlichere Haarrisse aufweisen als Fessenheim. Die Protokolle müssen veröffentlicht werden! Hoffentlich können wir bald mehr berichten.
Es ist äußerst wichtig - auch und gerade für den Widerstand vor Ort - daß möglichst viele mit nach Mosbach fahren.
Wer Zeit und Geld hatte, nach Bonn zu fahren, der sollte auch in der Lage sein, mit uns nach Mosbach zu fahren!!

Nach Bonn sind aus dem Stuttgarter Raum 2000 mitgefahren - WIR RECHNEN MIT EUCH !!! !

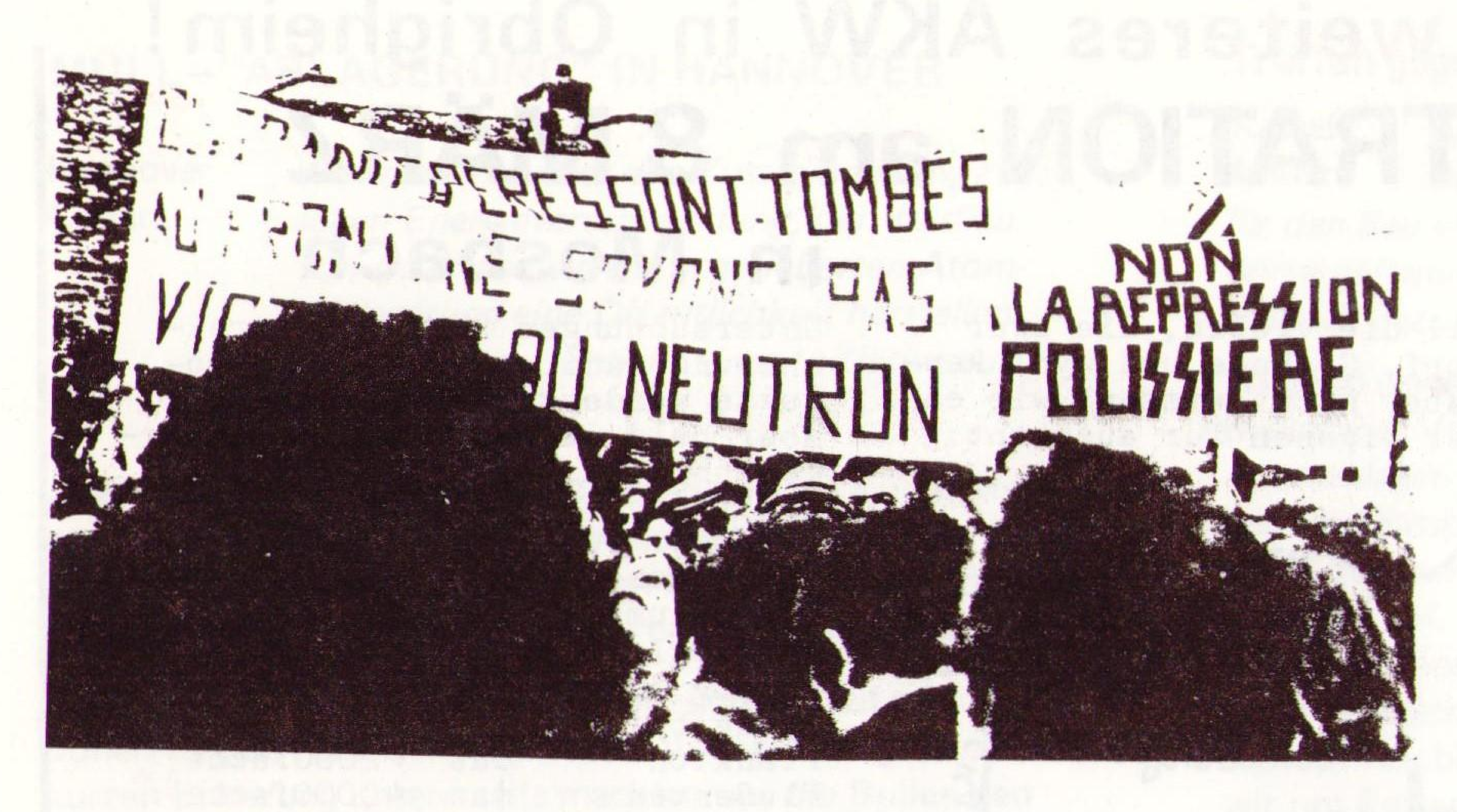
Do. 6.3., 19h30
"ZUM ERFOLG VERDAMMT"
Film über die Wiederaufarbeitungsanlage in La Hague
Jugendhaus Mitte, Hohe Str. 9

Wir fahren <u>mit dem Zug</u> bis Neckarelz zum Treffpunkt
Abfahrt : 11 Uhr 47, Gleis 8 Hbf.
Kosten : DM 12.— zurück 19h46
Vorverkauf (bis 4.3.!!):
Umweltzentrum, Rotebühlstr. 84/1, Tel. 613332; SZ Neckarstr. 178, Tel. 264345, Forum 3, Niedlich, Immergrün, digger's garden, 3. Welt-Laden, Kunterbunt, Jugendhäuser Rohr, Degerloch, Feuerbach

<u>wer selber fahren will</u>: bis Neckarelz, dort Treffpunkt "Superdepot" um 13³⁰h das ist hoffentlich ausgeschildert

<u>für eifrige Radler</u>: bis Mosbach sind es etwa 80 km. Wir haben uns daher überlegt, bis HN mit dem Zug zu fahren, ab: 8⁴³h Hbf. Meldet Euch im Umweltzentrum, wenn Ihr mit wollt! Treff in Obrigheim 13³⁰h

GEWALTFREIE BÜRGERINITIATIVE STGT. - für Umweltschutz, gegen Atomenergie
BUND für Umwelt und Naturschutz Stgt.





NUKLEEL ? NANN TRUGAREZ

Plogoff/Bretagne
Jan./Feb. '80

Im ID Nr. 308 veröffentlichten wir den Brief eines Lehrers aus der Bretagne, der über die Pläne aus Paris, in der Bretagne ein AKW zu errichten und über den Beginn des Widerstands unter der Bevölkerung dagegen, berichtete. Der geplante Standort des AKWs, (Plogoff am Cap Finistere) liegt für die Atombetreiber sehr verkehrs- bzw. katastrophengünstig: bei einem atomaren Unfall kann das verseuchte Gebiet schnell dicht gemacht werden. Nach Norden und Südwesten bildet eine Steinküste ein natürliches Hindernis, im Landesinnern kann das Gebiet strategisch einfach abgesperrt werden. Wir berichteten auch, daß BI's zu einer Aktionsgemeinschaft zusammengeschlossen haben.

Die zur Enteignung in Aussicht genommenen Flächen wurden in Parzellen von je 100 Quadratmetern aufgeteilt und von den Mitgliedern zu Eigentum erworben, um eventuelle Enteignungsverfahren zu erschweren. Auf diesem Gelände wird seit über einem Jahr Schafzucht betrieben. Es wurden Schafsställe errichtet, in denen sich die AKW-Gegner versammeln können.

Schon vor der eigentlichen Eskalation der Ereignisse in Plogoff griff die Staatsgewalt zu einer Provokation: Am 17. Januar wurden in Quimper zwei sogenannte Rädelsführer verurteilt, wegen der illegalen Errichtung der Schafsställe. Wir geben hier eine kurze Chronologie der Ereignisse in Plogoff in den letzten vier Wochen. Die Informationen stammen aus den 'Liberations' vom letzten Monat. Ein Teil der Informationen bekamen wir außerdem von dem bretonischen Lehrer Roger Tanneau.

Chronologie der Ereignisse:

Am 30. Januar fängt der Krieg im Cap an. Nur mit Gewalt können die Präfektur von Finistere und EDF (franz. Elektrizitätsgesellschaft) ihr Feststellungsverfahren, genannt „Untersuchung des öffentlichen Nutzens" des geplanten AKWs in Plogoff beginnen. Mittwoch abend ist Plogoff quasi vom Rest der Welt abgeschlossen. Ab 19 Uhr werden alle Zufahrtswege von den Bewohnern kontrolliert.

Roger schreibt uns dazu:

Am 31. Januar begann in Plogoff, Goulien, Cleden, die „Enquete d'utilité Publique", ein Trugbild der Demokratie. Auf den drei Straßen, die nach Plogoff führen, hatten die Leute von Plogoff, Seeleute, Handwerker, Bauern, drei Barrikaden errichtet. Diese Barrikaden waren mit Reifen (Hunderte von Reifen waren da), alten Mähdreschern, allerlei Maschinen, Eggen gebaut worden. Die ganze Nacht haben wir auf die „Gardes Mobiles" gewartet. Um 4 Uhr sind sie an der Bucht „des Trepassés" mit 24 LKWs angekommen, 14 LKWs folgten der ersten Gruppe. Wir waren ungefähr 200 Demonstranten und sie waren mindestens 600. Sobald wir die ersten Soldaten gesehen haben, haben wir ein riesiges Feuer mit Benzin und Öl angezündet. Geduldig haben wir bis 7 gewartet. Drei Stunden später waren die Flammen noch ziemlich hoch. Trotzdem konnten sie über die Barrikade gehen, und mit Tränengas die letzten Demonstranten auseinandersprengen. In unserer Gruppe waren Frauen, die über 70 Jahre alt waren; um 4 Uhr waren sie noch dabei. Die meisten Leute dachten an die Nazi-Zeiten. Ein Seemann sagte: „Als ich zum ersten Mal einen Soldaten in Plogoff sah, war ich noch sehr jung; es war ein Deutscher und er gab mir eine Tafel Schokolade; heutzutage sind die franz. Truppen bei uns und ein Soldat hat mir den Kanonenlauf seines Gewehrs auf den Bauch gedrückt." Andere sagten: „Wir sind keine Franzosen mehr. Im Jahre 1941, 42, 43 haben wir für unsere Freiheit gekämpft. Wir waren die ersten in Frankreich, - jetzt wird unser Land von Franzosen besetzt."

Um 8 Uhr waren wir alle (800 KK-Gegner) auf der Straße vor dem Rathaus. Der Wind blies sehr stark (1oo km/St.) und es regnete. Wir haben eine Truppe von 800 Soldaten gesehen, vorne fuhren 2 Panzer. Wir sind keine Helden, und als sie die erste rote Rakete geworfen haben, sind wir wie Ratten auf den Hof des Rathauses gelaufen. Ohne Grund haben sie blind geschossen. Sie haben auch Tränengasgranaten mit ihrem Gewehr geschossen. Drei Personen wurden verletzt. Den ganzen Tag



blieben die Leute von der Gegend vor den „Gardes Mobiles" — haßerfüllt und verachtungsvoll singen wir Lieder wie „le chant des partisans" (Lied der Partisanen), „le deserteur" — Wir versuchen auch zu sprechen; die Soldaten dürfen nicht antworten; ihr Chef sagte: „Sie sind keine Männer, sondern Soldaten" — Als er gefragt wurde: „Was denken sie über das französische Atomprogramm", antwortete er: „Je m'en fous". (interessiert mich nicht)

Hier endet Rogers bericht. Die folgenden Informationen entnahmen wir der Liberation.

Sonntag, 3. Februar. Seit 14 Uhr strömen tausende Atomkraftgegner durch Plogoff, wo sie Jean Marie Kerlo'ch, Bürgermeister der Stadt eingeladen hat. Insgesamt werden über 20.000 Demonstranten gezählt. (Roger spricht sogar von 40.000). Es kommt zu keinen nennenswerten Zwischenfällen.

Freitag nacht - 8. Februar. Einige Stunden nach den täglichen Zusammenstößen zwischen den Leuten von Plogoff und der Polizei hört man eine überraschende Nachricht: 16 Polizisten seien verletzt worden, einer habe sogar ein Bein gebrochen. Kurz darauf, gegen 23 Uhr drehen die Bullen regelrecht durch. Mit Tränengas- und Offensivgranaten dringt eine Lastwagenkolonne in Plog.ff ein. Zwi Autos kommen ihnen zufällig entgegen. Von hinten lassen sie auf den einen Wagen eine Granate los, sie zielen auf den Fahrer. Danach steigen sie aus und feuern noch mal eine Tränengasgranate ins Innere des Autos. Dem Fahrer des R 5, der überhaupt nichts mit den vorangegangenen Ereignissen zu tun hatte, gelingt es, vollständig geblendet, seinen Wagen zu verlassen und sich im Gebüsch zu verstecken. Solche Manöver wiederholen sich diese Nacht. Kurz darauf erfahren die Insassen eines R 12 ein ähnliches Kriegsspiel.

Am Samstag morgen besetzen Lastwagen, wie täglich, den Platz Sainte-Yves in Plogoff Unter den Gendarmen sind auch die „Verwundeten" des Vorabends: einer hat einen winzigen Verband am Finger, bei dem gebrochenen Bein handelt es sich wohl auch nur um eine Zerrung. Ein höherer Offizier betont, die Zusammenstöße wären nicht schlimmer gewesen als gewöhnlich, „jetzt haben wir die Hände frei, ihr werdet sehen, das wird euch warm machen!". Die Demonstranten sind heute zahlreicher als die letzten Tage, Männer und Frauen, jung und alt. Plogoff steht vereint gegen die Polizeibesetzung.

Vergessen sind die Streitigkeiten zwischen den Dörfern, die Familienzwiste. Entweder ziehen die Bullen ab, die nächtlichen Übergriffe hören auf, oder alles wird explodieren.

Samstag, 9. Februar. Seit 17 Uhr halten etwa 50 AKW-Gegner die Kirche von Pont-Croix besetzt. Sie fordern das sofortige Ende der Polizeiprovokationen auf dem Cap.

In der folgenden Woche werden die Polizeieinheiten verstärkt. Man kann wirklich von einer Armee sprechen, hier herrscht Belagerungszustand.

Wochenende 16./17.2. Die Zusammenstöße sind noch heftiger geworden. Es sind Schulferien, Plogoff hat die Unterstützung von Schülern und Studenten der Gegend bekommen, die die AKW-Gegner unterstützen wollen. Die lokalen AKW-Kommitees beschließen, zusammen mit dem regionalen Kommitee eine große Kampagne in der ganzen Bretagne durchzuführen. Im Rathaus haben Techniker der ‚Nationalen Federation Freier Radios' der Plogoffer Bevölkerung Sendeanlagen zur Verfügung gestellt, seit Samstag morgen gibt es jetzt einen Piratensender in Plogoff.

Huguette Bouchardeau, Sekretärin der PSU, wird Samstag vom Bürgermeister und den Kommitees empfangen. Sie zeigt sich sehr überracht: „Als ich von dem Kommittee empfangen wurde, waren das Frauen mit ihren Kinern. Das ist hier eine neue Stufe des antinuklearen Kampfes. Diese Frauen haben wirklich nichts zu tun mit Berufsrevolutionären, die von einem AKW zum anderen ziehen. Gerade, wenn man die allgemeine Apathie in unserem Land sieht und die Resignation der Linken, müssen diese Kämpfe hier unterstützt werden."

Dienstag, 19.2. Karnevalstag in Plogoff. Verkleidete und maskierte Kinder ziehen von Haus zu Haus um Süßigkeiten und Kuchen zu kriegen. Hinter den Masken lebende Farben, verrücktes und glückliches Lachen, die Kinder von Plogoff haben ihre Freude nicht verloren. Am Nachmittag entwickelt sich der Karneval zu einem antinuklearen Umzug. Als Priester oder Matrosen gekleidete Demonstranten tragen ein PappAKW auf ihren Schultern, singen bekannte bretonische Volkslieder mit aktuellen Texten. ‚Heiliges Neutron, wir beten dich an.' Gegen 16 Uhr, als die tägliche Verstärkung der Gendarmerie einfährt, stecken die Demonstranten das Pappmodell an. Nach





17 Uhr kommt es wieder zu den täglichen Kämpfen zwischen Gendarmen und Demonstranten. Die Stimmung ist besonders angeheizt, da die Bullen jetzt immer mehr Verhaftungen vornehmen. Am Vortag ist ein 16jähriger Jugendlicher, der eine Steinschleuder bei sich hatte, festgenommen worden, er muß sich jetzt alle zwei Tage bei der Gendamerie melden. 10 seiner Freunde, die während seiner Verhörung beim Jugendrichter draußen auf ihn warteten, wurden ebenfalls vorübergehend festgenommen. Und eine weitere Festnahme, die besonders die Gemüter erregt: Cellt Ansquerm, Gefängniswärter im Ruhestand, 60 Jahre alt, hatte sich hinter einem Haus versteckt, hatte die Gendarmen nicht rechtzeitig kommen sehen und wurde unter Knüppelhieben und Fußtritten mitgenommen. Eine Frau drückt ihre Solidarität mit Ansquer so aus: „Sie sehen, er ist wie wir alle. Er ist Beamter gewesen, er ist gegen das AKW. Bei mir zuhause ist es genauso. Mein Mann ist Soldat, und ich kann Ihnen sagen, durch die täglichen Provokationen werden wir alle Antimilitaristen, selbst die Militärs."

Wochenende 23./24. Februar. Die militärische Besetzung wird weiter verstärkt. Ein Fallschirmjägerschwadron aus Mont-de Marsan wird eingefahren. Sie ziehen ein, ausgerüstet mit Gasmasken, singen Kriegslieder.

Und ein anderes Ereignis hat zu großer Empörung geführt: die Tochter eines der Führer der Sozialistischen Partei in Rennes (Bretagne) ist von der Polizei brutal mißhandelt worden. Marie-Laurence Philiponeau, Lehrerin wurde festgenommen, beim Verhör gegen eine Wandgeschleudert, wurde gezwungen, sich bei der erkennungsdienstlichen Behandlung niederzuknien, obwohl sie eine Erkrankung an der Wirbelsäule hat., wird an den Haaren gezogen. Als sie auf dem Hof des Kommissariats ohnmächtig wird, dauert es eine halbe Stunde, bis sie schließlich ins Krankenhaus gebracht wird.

Mittwoch, 27.2. Mehr als 100 Bewohner Plogoffs wohnen dem Prozeß gegen Clet Ansquer (s.o.) bei. Vor dem Gerichtssaal demonstrieren 3000 Menschen. Daß er ein oder zwei Steine geworfen hat, gibt Ansquer sofort zu, „eine Schleuder habe ich jedoch nicht bei mir gehabt. Es ist allerdings wahr, daß ich beinahe jeden Tag mitdemonstriert habe, ich sage NEIN zum Atom."

Freitag, 29.2. Polizeieinheiten verübten am Abend einen Überraschungsangriff auf ca. 400 Demonstranten, dabei geschützt von den berüchtigten Parachutisten (den Fallschirmjägern aus Mont-de-Marsan). In einer unbeschreiblichen Panik schlagen die Paras auf alles los, was sich bewegt. 13 Demonstranten werden festgenommen, 8 davon bleiben in Haft, bis sie am nächsten Donnerstag in Quimper abgeurteilt werden sollen. In der ganzen Nacht auf Samstag kommt es zu Kämpfen mit den Bullen, die jetzt immer in Zusammenspiel mit den Paras auftreten. In der Nacht werden gewaltige Barrikaden gebaut.

Freitag abend hatte Plogoff alle Bürgermeister in der Finistre aufgefordert, zu reagieren, Demonstrationen und Kundgebungen werden in der ganzen Region erwartet. Für den 15. März ist eine große Unterstützungsdemonstration in Paris geplant.

Auch heute ist ein Ende der Eskalation nicht abzusehen. Es gibt Pläne, auf den Bauplatz einen gewaltigen Schafsstall aufzubauen, ähnlich wie die Bauern von Larzac in ihrem Kampf gegen das Militärkamp. Auch wird an einem alternativen Energieplan für die Bretagne gearbeitet, der beweisen soll, daß die Bretagne im 21. Jahrhundert weder Erdöl noch Atomkraft nötig haben wird.

Roger und seine Familie möchten alle Leser des IDs um Hilfe für den verzweifelten Kampf der Bretonen bitten. Schreibt Briefe, schickt Telegramme oder ähnliches auch auf Deutsch. Das gilt auch für Gruppen, die an einer internationalen Zusammenarbeit mit den bretonischen AKW-Gegnern interessiert sind.

Schickt alles an: **Annemarie und Roger Tanneau**
Chemien de Kerrien
F 29144 PFLOZEVET/FINISTRE



GRUND ZUM FEIERN?

Ein Jahr islamische Revolution

FRANKFURT 26. Februar *Persische Tageszeitungen, die Zeitschriften „Rundschreiben der Deutsch-Iranischen Handelskammer" und „Handelspartner Iran" waren die Quellen zu folgendem Artikel, der sich mit den Schwierigkeiten beschäftigt, eine an iranischen Bedürfnissen orientierte Produktion aufzubauen.*
Vor allem die Rolle der deutschen Industrie, ihre Investitions- und Technologiepolitik und ihre dominierenden Kapitalbeteiligungen in der chemischen Industrie werden beschrieben:
Nicht schlechter als die in Verruf geratenen Amerikaner können die Deutschen Pillen einführen, im Iran verpacken, den Profit mitnehmen, das Ganze als Transfer hochwertiger Technologie bezeichnen und Bani-Sadr als Kooperation verkaufen. Aus dessen Feder stammt dann noch eine (vorläufige) Aufstellung des Vermögens, das der Schah eingesackt hat.



(von links nach rechts: Bani-Sadr, Ahmad Khomeiny (Sohn vom Imam), PLO-Chef Arafat, Ayatollah Khalkhali, nach eigenem Urteil der "Eichmann Irans". Offensichtlich fühlt sich Arafat in dieser islamischen Gesellschaft sehr wohl.)

Der Jahrestag der islamischen Revolution ist, nüchtern betrachtet, eher eine Siegesfeier für den Islam, als für eine Revolution. Die islamische Bewegung hat nicht als einzige und auch nicht von Anfang an den Schah samt den übrigen „zwölf großen Familien" aus dem Land geworfen, die Früchte dieser islamischen Revolution aber fallen in den Rockschoß der Mullahs.

Versuche, eine nationale Produktion zu beginnen

Am Jahrestag kann man weniger auf das bisher Erreichte zurückblikken, stattdessen kann man, wie man das auch bisher getan hat, den Imam oder Programme bejubeln, die zum Teil ebenfalls ihren Jahrestag begehen. In der Automobilindustrie hat man die Absicht, nur noch im Iran hergestellte Wagen zu verkaufen. Der Import ausländischer Fabrikate, der im April letzten Jahres gestoppt wurde, war zuletzt im Jahre 78 auf 36 000 PKWs gestiegen. Der Revolutionsrat entschied in einer Sitzung Ende Januar, daß nur noch zwei Fabrikate gebaut werden sollen, die Fabrikate der Firma "Iran National", die von Mercedes und Chrysler abhängig ist, und die Fabrikate der Firma "Sipa" (Renault, Citroen). Da in den letzten Monaten der Lieferstrom für Ersatzteile unterbrochen wurde, mußte bei beiden Firmen die Produktion erheblich gedrosselt werden, zum Teil wurden auch Arbeiter entlassen.

Als Reaktion darauf wurde ein Programm erstellt, das die Selbstversorgung für die benötigten Teile vorsieht, wie zum Beispiel die Herstellung der Chassis, Karosserien, Gußwaren und Reifen. Außerdem sollen nur noch benzinsparende, billige und haltbare Autos hergestellt werden. Man ist bemüht, aus einer Montageindustrie eine Fabrikationsindustrie zu machen. Dieselben Probleme gibt es bei der von der Regierung übernommenen "Iran National". Auch dort soll die Vielfalt der Wagentypen auf wenige eingeschränkt werden. Bevorzugt wird der Paykan, das Nationalauto Irans, eine Variabte des Hillman Hunter von Chrysler. Noch im April mußte mit Chrysler ein Liefervertrag für Ersatzteile über 260 Millionen US $ abgeschlossen werden, aber nachdem es zu Streiks in England kam, wurden die Montageteile knapp.

Die Wirtschaft liegt nach wie vor danieder, Fachleute fehlen und es werden Experten gesucht, die die nationalisierten Betriebe leiten. In der chemischen Industrie beispielsweise fehlen 63 % des Managements. Engpässe bei Weizen, Reis, Fleisch, Zucker, Pflanzenölen, Zement und Eisen, eine Inflationsrate von 40 %, steigende Arbeitslosigkeit, Arbeitsausfälle und Streiks sollen vom neuen Präsidenten bekämpft werden.

Auf der anderen Seite läßt Bani-Sadr keinen Zweifel, daß bei seinem

– anführen, welches zeigt, daß zwischen ihrem Import als Großpackungen und ihrer Auslieferung als Kleinpackungen an den Verbraucher von der Iranchemie Profite allein durch Umschachteln gemacht werden. Auf der anderen Seite besteht eine formale Zweisamkeit (Bayer-Pharma-Iran und Bayer-Iranchemie), die im Grunde keine ist, aber für Bayer einen zweiten Vorzug hat: die Preise für pharmazeutische Artikel sind durch die Überwachungsstelle des Handelsministeriums festgelegt, der Importeur und Großhändler bekommt 13 % und für den Vertrieb noch einmal 10 %.

3. Abgesehen von Aspirin, das ein Fünftel und Metastoxin, das die Hälfte des Handelspreises in der BRD kostet, und deren Preise im Iran relativ konstant geblieben sind, hat die Bayer die Preise für Insektizide und Pestizide wesentlich erhöht, was besonders die iranischen Bauern zu spüren bekommen. In den letzten zwei Jahren hat Bayer die Preise für diese Produkte zwischen 50 und 150 % angehoben.

4. In den beiden Gesellschaften arbeiten 30 deutsche "Experten". Um besten Kontakt zur Muttergesellschaft zu gewährleisten und dafür zu sorgen, daß der Geldstrom aus dem Iran abfließt, braucht man nicht unbedingt technische Spitzenexperten. So gibt es bei den Deutschen bei Bayer nur drei Leute mit Doktorgraden und einen Doktor des Rechts, der die Interessen der Gesellschaft sichern soll. Die anderen Deutschen haben lediglich Marketing-Trainings absolviert und somit eine Qualifikation, mit der man auch Iraner finden kann.

Während unsere Ausgebildeten hier und im Ausland arbeitslos sind, während eine Frau mit fünfjähriger Berufserfahrung und sechs Kindern 25.000 Rial (ca. DM 500) verdient, ist die Anwesenheit von ausländischen Angestellten, für die man auch im Iran Ersatz finden kann, und die Tatsache, daß man denen extravagante Löhne zahlt, weit außerhalb der sozialen Gerechtigkeit und des nationalen Interesses.

5. Gegenwärtig arbeiten Bayer-Pharma-Iran und Bayer-Iran-Chemie entgegen den iranischen Bestimmungen. Nach dem Gesetz sollen mehr als die Hälfte der Geschäftsanteile von Iranern gehalten werden. In Wirklichkeit ist es aber so:

a) Bayer—Iranchemie (nach der Generalversammlung vom 15.4.78):
1. Mrs. Pari Alamir, eine Frau deutscher Herkunft, die nicht im Iran lebt, und deren Anteile vom Aufsichtsratsvorsitzenden der Bayer Gesellschaften im Iran, Herrn Erich Rolf Röntgen, gehalten werden.
(E.R. Röntgen ist außerdem noch Präsident der Deutsch-Iranischen Handelskammer in Teheran und Präsident der Deutsch-Iranischen Gesellschaft in Teheran; Präsident der deutschen Sektion: Kai-Uwe von Hassel, vormals CDU-Ministerpräsident). 160 Aktien, klassifiziert als Vorzugsaktien: 5
2. Bayer-AG (Muttergesellschaft) 837 Aktien
3. Ingo Bulkan, Repräsentant von Röntgen, 1 Aktie

b) Bayer-Pharma-Iran:
1. Bank Et ebarat Iran, 700 Aktien (40 % Auslandsbeteiligung durch Credit Lyonais, BNP, Banque de l'indochine, Credit Industriel et Commercial)
2. Middle East Bank: 600 Aktien (35 % The British Bank of the Middle East).
3. Iran-Holland Bank: 599 Aktien (35 % Allgemene Bank Nederlande)
4. Bayer AG: 6.098 Aktien
5. Aligholi Ardalan: 1 Aktie
6. Erich Rolf Röntgen: 1 Aktie"

Bani-Sadrs Plan, die gesamte Industrie auf eine neue nationale Basis zu stellen, wird sicherlich nicht von der US-Industrie ausgeführt werden. Vielmehr richtet sich Bani-Sadr an Europa, Japan und einzelne osteuropäische Länder (Bulgarien, Rumänien, Jugoslawien).

Im Oktober letzten Jahres fanden in Teheran Vorbereitungsgespräche über eine engere Kooperation zwischen der EG und dem Iran auf den Sektoren Handel, Energie, Industrie und Wirtschaft, Technik und Landwirtschaft statt. Ein neues Handelsabkommen wird vorbereitet. Derzeitig sind die Deutschen schon wieder an der Arbeit. Korff und Lurgi sind gebeten worden, die Arbeiten am Hüttenkomplex Ahwaz wieder aufzunehmen, Thyssen baut eine Raffinerie bei Isfahan für 1,1, Mrd. US $, Krupp verdrängt den amerikanischen Kupferkonzern Anaconda bei dem Bau einer Kupferraffinerie für 135 Mio US $ und last not least, SiSi Fruchtsäfte, Heidelberg, wird die (islamische) Produktion im Iran beginnen.

Wirtschaftsprogramm politische Freiheiten nicht allzu groß geschrieben werden können. Autonomieforderungen lehnt er nach wie vor ab, weshalb der religiöse Kurdenführer Scheich Ezzedin Hosseini ihm sofort nach seiner Wahl mitteilen ließ: "Es wäre besser gewesen, hätten wir etwas freundlichere Worte vom Präsidenten gehört, anstatt Drohungen mit Waffen oder andere scharfen Bemerkungen. Wir erwarten, daß die Probleme des kurdischen Volkes friedlich gelöst werden, um unsere Rechte von der islamischen Republik zu bekommen und um autonom zu leben".

Bani-Sadr, der vor seiner Wahl zum Präsidenten unter anderem die Oberaufsicht über die Banken führte, konnte nicht nur dadurch sämtliche Kontenbewegungen der Schahfamilie zurückverfolgen, er errechnete eine Familienschulc von 300 Mrd. Rials (s. Kasten), sondern er plante auch eine Zusammenlegung der verstaatlichten Banken. So faßte er zehn Banken, bei denen auch eine Auslandsbeteiligung betroffen wurde, zur "Mellat Bank" und weitere zehn Banken zur "Handelsbank" zusammen.

„Die Zentralbank fordert 300 Mrd. Rials (ca. 10 Mrd. DM) von Mohammed Reza Pahlavi, Sohn des Reza Khan, früherer Schah von Iran:

1. *Die Veruntreuung von Geldern durch die Gründung der Etisaz Baugesellschaft. . . . . .10 Mrd. Rials*
2. *Die Veruntreuung durch die Gründung der Iran Duct Gesellschaft . . . . .300 Mrd. Rials*
3. *Die Veruntreuung durch die Gründung der Fars-Khuzestan Zement Co. . . . . 300 Mrd. Rials*
4. *Die Veruntreuung durch die Gründung der Iran Chassi und Karosserie Fabrik . . . . 90 Mrd. Rials*
5. *Die Veruntreuung durch die Gründung der Sipourex Fabrik . . . . 22 Mrd. Rial*
6. *Die Veruntreuung von Krediten in Höhe von 7.832 Mrd. Rial durch die Pahlavi-Familie, die sie von Banken des Landes ohne Sicherheiten erhalten haben.*
7. *Die Veruntreuung von Krediten durch Gesellschaften, die mit der dreckigen Pahlavifamilie zusammenhingen, 66. 955 Mio Rial.*
8. *Die persönlichen Schulden des Verräters Schah auf seinen eigenen Konten bei der Omran-Bank, 3.350 758 Rial.*
9. *Die Schulden des Verräters Schah bei den Buchhaltern des Hofes, 8. 342 279 140 Rial.*
10. *Der Verkauf von illegal erworbenem Land an Bauern (Reza Khan hatte gewaltsam viele Ländereien an sich gerissen und seinem Sohn vermacht, der damit unter anderem die weiße Revolution veranstaltete), viele Mrd. Rials.*
11. *Veruntreuung des Budgets der Regierung durch die illegale Gründung der "Kish-Island Entwicklungsorganisation". (Die Insel sollte zu einer Musterinsel ausgebaut werden, tatsächlich hat es aber nur zu einem Vergnügungszentrum auf Kosten der Inselbewohner gereicht, die von der Insel vertrieben wurden), 12 Mrd. Rial!"*

(aus Ettela'at vom 24.1.80)

Bani-Sadr entwickelte Leitlinien für eine islamisch ausgelegte Preis- und Profitpolitik. So sollen die Produzenten ihre Preise festsetzen und dem Handelsministerium gegenüber alle Kosten, die in die Produktion einfließen, sowie einen vertretbaren Profitanteil angeben. Betrug wird nach islamischen Recht bestraft. In den Betrieben, deren Produktion gegenüber dem Vorjahr gestiegen ist, sollen die Arbeiter 10 % mehr Belegschaftsaktien erwerben können. Die Arbeiter sollen auch künftig über den tatsächlich erwirtschafteten Profit genau informiert werden.

Nachdem auch die Versicherungen (davon war auch die Allianz betroffen) und alle Industriezweige, die Metalle für Schiffbau, die Flugzeug- und Automobilindustrie erzeugen, sowie 80 % der Großindustrien verstaatlicht wurden, deren Besitzer aufgrund "illegaler Beziehungen zum vorherigen Regime ungeheure Reichtümer ansammeln konnten", wurden auch alle ausländischen Anteile im Bergbau, der Aufbereitung von Erzen sowie der Lebensmittelindustrie nationalisiert. Insgesamt waren davon 51 Industrielle und Fabrikbesitzer betroffen. Betroffen wurden auch 21 nicht-iranische Firmen, die über Gemeinschaftsunternehmungen mit den Verstaatlichten verbunden waren, darunter auch Höchst, Toshiba, DuPont, General Motors, BF Goodrich und Saipa (Renault).
Nicht betroffen: die Firma Bayer.

Die Deutschen

Die Zeitung "Islamische Revolution", die von Bani-Sadr und vom Zentralbankgouverneur Nobari herausgegeben wird, veröffentlichte im letzten November einen Artikel mit dem Titel: "Die deutsche Bayer kontrolliert weiterhin die pharmazeutische Lebensader des Landes".

„. . . Worum es uns geht, ist nicht, eine einzelne Gesellschaft anzugreifen, sondern die Methoden zu zeigen, wie Multis im Iran operieren. ... Uns geht es nicht um die Schliessung von Fabriken. Das heutige und das künftige Iran wird es nötig haben, entwickelte Technologien zu lernen.

. . . Was uns interessiert, ist, welche Art von Beziehung errichtet werden muß, frei von Dominierung und Ausbeutung, damit von der Wahl von Technologien, die importiert werden über das Management der Gesellschaft bis hin zum Anteil des Profits alles unter Kontrolle des Irans und der Iraner ist.

Zu Bayer:
1. Vom Standpunkt des revolutionären Irans ist die Bayer-Pharma keine produktive Einheit. Die eigentliche Aufgabe der Gesellschaft liegt darin, Rohmaterialien aus der BRD zu importieren, um sie im Iran zu verarbeiten, genau wie es auch General Motors, Chrysler und andere Multis im Iran machen. So sind von je 10 Rials der Kosten eines Bayerprodukts 6 bis 9 Rials für den Import der Rohmaterialien aufzuwenden, die der übergeordneten Bayer in der BRD zufallen. Dies schafft Arbeitsplätze für deren Arbeiter und Angestellte und der Mehrwert fließt in die Taschen der deutschen Anteilseigner und Kapitalisten. Das, was mit dem Produkt im Iran gemacht wird, damit es gebrauchsfertig wird, ist der simpelste Teil der Produktion. Deshalb ist das, was Bayer "Kooperation im Transfer neuer Kenntnisse aus dem internationalen Markt für die Angestellten der Gesellschaft und für die Verbraucher" nennt, Unsinn. Weshalb kann eine so großzügige Gesellschaft wie die Bayer in einem Land, das z.B. nicht einmal die eigene Nachfrage nach destilliertem Wasser befriedigen kann, nicht diese wohl einfachste Art von Technologie im großen Maßstab im Iran entwickeln? . . .
2. Bayer-Iranchemie ist eine Zwischenfirma der Bayer-Pharma und vom Ausland abhängig. Bayer-Iranchemie ist der Importeur der Rohstoffe und vertreibt die fertigen Produkte. Man kann als Beispiel Pestizide — Tamaron, Gozayton, Lombi und Bayegon

Ich habe abgetrieben – Ein Bericht aus Rumänien

‚kannst du denn nicht aufpassen?'

VORBEMERKUNG

Ich berichte über meine Erfahrungen mit der "Abtreibungspolitik" in Rumänien, nicht, weil es sich um außerordentliche, sondern umgekehrt um "ganz normale", typische Erfahrungen handelt, die sehr viele Frauen in Rumänien gemacht haben. Die Häufigkeit (ich habe zwischen meinem 18. und 23. Lebensjahr fünfmal abgetrieben) und die Schwierigkeiten bei der Suche eines Arztes, bei der Geldbeschaffung, bei der Überwindung der Ängste und Gefahren; alles das ist für die rumänische Frau in der Stadt – auf dem Lande ist die Situation noch viel schwieriger – "normal". Ich hatte beispielsweise eine Freundin, die bis zum 25. Lebensjahr zwölfmal abgetrieben hatte.

Trotzdem muß ich an das "Typische" meiner Erfahrungen eine einschränkende Bemerkung anfügen: Wenn ich aus allen Experimenten (besonders nach der fünften Abtreibung) heil und frei herausgekommen bin, und das relativ leicht, dann ist das auf eine gewisse privilegierte Lage zurückzuführen. Meine Eltern, meine Familie, waren schon vor dem Krieg Untergrundkämpfer und haben nach dem Krieg relativ hohe Posten innegehabt. Dadurch hatten sie, auch nachdem die hohen Posten längst weg waren (sie haben sie mit den "Säuberungen" von 1952 verloren), manche Sonderrechte, wie z.B. der Zugang zur Poliklinik und dem Krankenhaus für hohe Parteifunktionäre; sowie fast alle ihre alten Beziehungen aufrechterhalten können, in deren "Genuß" auch wir, ihre Kinder, kamen.

DIE ERSTE ABTREIBUNG

Im Sommer 66 war ich zum erstenmal schwanger; ich hatte nicht aufgepaßt. Wir hatten damals in Rumänien (und das gilt bis heute) nur die einfachsten Verhütungsmittel: Präservative, das Zählen der Tage, Temperaturmessen, die Einführung von Zitronensaft oder Essig in die Scheide nach dem Akt oder gar einfach der Koitus interruptus. Ich hatte an einem verbotenen Tag "gesündigt" – und aus, ich war schwanger.

Meine erste Abtreibungserfahrung unterschied sich grundsätzlich von den folgenden: Sie fand vor der Verabschiedung des neuen "Abtreibungsgesetzes" statt. Ich bin ganz einfach ins Krankenhaus gegangen – meine Mutter hatte vorher mit der Ärztin gesprochen. – Und ich habe mir für 30 Lei die Abtreibung machen lassen (Ausschabung); das Durchschnittseinkommen betrug damals etwa 1500 Lei monatlich. Man gab mir eine Spritze für die Vollnarkose, und als ich wieder wach war, war die Welt in Ordnung.

Das Gesetz mit dem Verbot der Abtreibung trat noch im gleichen Jahr, im Herbst 66, in Kraft. Als einzige Indikation – neben der Schwangerschaft als Folge einer Vergewaltigung – wurden medizinische Bedenken gegen eine Schwangerschaft zugelassen. Nach einer Modifizierung der gesetzlichen Bestimmungen im Jahr 1968 können heute Frauen, die bereits 4 Kinder haben oder die über 45 Jahre alt sind, außer den bereits genannten Gründen eine Abtreibung beantragen. Entschieden wird über jeden Fall in einer besonderen Schwangerschaftskommission.

Die Verabschiedung des Gesetzes wurde von Kontroll- und Reglementierungsmaßnahmen begleitet, die besonders in den ersten Monaten sehr streng gehandhabt wurden. Das Schlimmste war – und das ist auch heute noch so –, daß es keine Pille oder andere moderne und sicheren Verhütungsmittel gab; in den ersten Monaten konnte man sogar sehr schwer Präservative finden. Die Einfuhr von Pillen wurde verboten, die Grenzbeamten durchsuchten in jener Zeit die Reisenden, die aus dem Ausland kamen, nach Pillen, wie wir es beim Drogenschmuggel gewohnt sind. Man ging sogar so weit, daß die Frauen, die ins Ausland reisen wollten, einer gynäkologischen Untersuchung unterzogen wurden, und wenn sie schwanger weggefahren waren, dann wurden sie bei der Rückkehr wieder kontrolliert, um einer möglichen Abtreibung im Ausland, die auch strafbar war, vorzubeugen. Oder beispielsweise wurde die obligatorische Gesundheitsuntersuchung zum Beginn jedes Schul- und Hochschuljahres um eine gynäkologische Untersuchung erweitert, um jede schwangere Schülerin und Studentin zu registrieren. (Dabei erinnere ich mich, daß eine Schülerin aus meinem Gymnasium mit der Begründung exmatrikuliert wurde, sie hätte abgetrieben – und das zu einer Zeit, in der die Abtreibung noch legal war!)

Jede schwangere Frau sollte erwischt werden, es durfte keine Abtreibung "außerhalb des Gesetzes" geschehen. Es war eine richtige Einschüchterungskampagne.

Es ist klar, daß für eine "junge, gesunde Studentin in gesicherter sozialer Lage", wie ich es damals war, eine legale Zulassung zu einer Abteibung nicht in Frage kommen konnte. Die Parole hieß also: Aufpassen! Doch einmal mußte es passieren ...

DIE ZWEITE ABTREIBUNG

Im Frühjahr 1969 war ich schwanger. Bei dieser Gelegenheit lernte ich die verschiedensten Methoden, das «Ding» ohne Abtreibung loszuwerden: schwer heben, sehr heiss baden (so heiss, dass das Herz die Hitze nicht aushält; man darf sich also nicht ins Bad legen. sondern nur setzen): so heiss, dass man es normalerweise gar nicht ertragen kann, d.h. man muss sich vorher richtig betrinken! (Eine 17-jährige Bekannte von mir trank einen halben Liter Wodka auf einmal und musste mit einer Alkoholvergiftung in ein Krankenhaus gebracht werden.)

Es gab auch schrecklichere Versuche, die nicht selten tragisch endeten: eine junge Frau in der Nähe von Bukarest hatte versucht, mit dem Staubsauger eine primitive «Absaugmethode» anzuwenden — sie ist an inneren Blutungen gestorben. Eine andere starb in dem Krankenhaus, in dem ich später lag, an einer Infektion, die sie sich bei dem Versuch zuzog, mit einer Stecknadel die Blutung zu provozieren.

Die heissen Bäder, der notgedrungene Wodka, das Heben von Schränken und eine Überdosis an Chinin haben mir nicht geholfen. Ich musste es also meinen Eltern sagen. Denn weder mein Freund noch ich hatten das Geld, die teure Abtreibung (zwischen 3000 und 5000 Lei) zu bezahlen. 'Glücklicherweise war meine Mutter mit einem Frauenarzt befreundet. Er hat mir die Abtreibung, nachdem die Klinik geschlossen war, in seinem Arbeitszimmer umsonst gemacht. Die Angst, erwischt zu werden, war bei allen — Mutter, Tochter, Arzt und Krankenschwester — sehr gross. Damit nichts Unvorhergesehenes passiert, hatte er mir nur eine leichte, lokale Anästhesie gemacht; die Operation tat sehr weh, dauerte aber nur fünf Minuten und wurde von allen Anwesenden gut überstanden. Am Ende habe ich mir (und Mutti) versprochen, diesmal wirklich aufzupassen, da ich jetzt wusste, wie schlimm es andernfalls wäre...

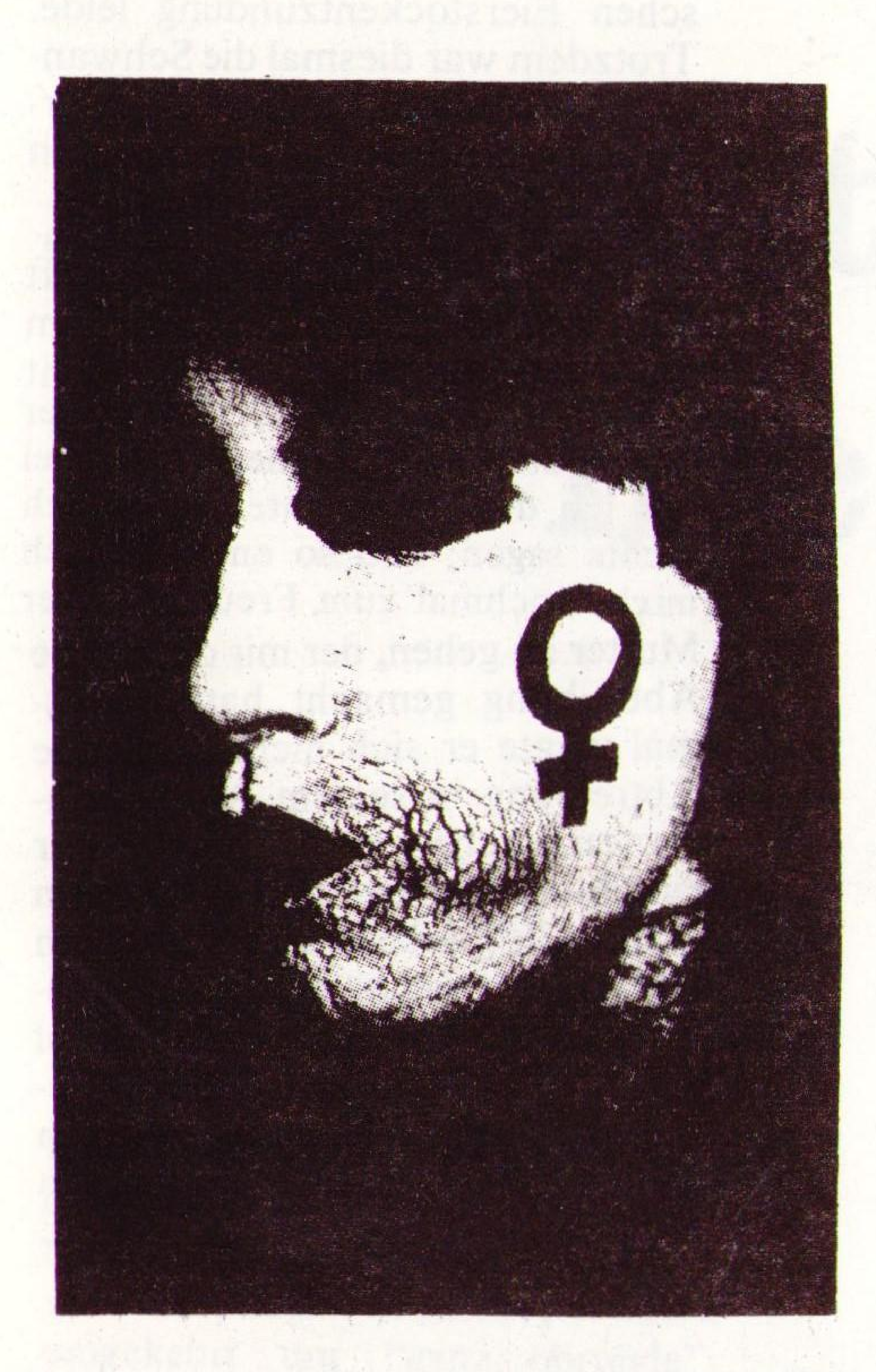
DIE DRITTE UND DIE VIERTE SCHWANGERSCHAFT

Das Versprechen habe ich ein ganzes Jahr gehalten. Im Frühjahr 1970 war ich wieder schwanger.

Ich ging zu einem Arzt von der Sonderklinik (nur für ehemalige Untergrundkämpfer und deren Familien) und bat ihn um Rat und Hilfe. Er verschrieb mir wieder Spritzen (die ich übrigens bei der zweiten Schwangerschaft schon versucht hatte) und dazu Bestrahlungen im Unterleibsbereich. Nach drei Tagen täglicher Bestrahlung und Spritzen habe ich die Schwangerschaft «verloren». Ich hatte in dieser Zeit und noch lange danach Angst, dass sich bei mir Bartwuchs entwickeln könnte, da die Spritzen auf männlichen Hormonen basieren. Ausserdem warnte mich der Arzt jedesmal davor, sofort nach der Bestrahlung ins Freie zu gehen, da ich sonst eine schlimme Entzündung der Eierstöcke bekommen könnte. Das ist damals auch passiert, und zwar so gründlich, dass ich noch heute an einer chronischen Eierstockentzündung leide. Trotzdem war diesmal die Schwangerschaft billig und ohne Schmerzen (davor hatte ich am meisten Angst) unterbrochen worden.

Die vierte Schwangerschaft kam nur drei Monate später, im Juli 1970. Ich habe mich geschämt wieder zu meinem Arzt aus der Klinik zu gehen; meiner Tante, bei der ich damals wohnte, wollte ich nichts sagen; und so entschied ich mich, nochmal zum Freund meiner Mutter zu gehen, der mir die zweite Abtreibung gemacht hatte. Diesmal wagte er sich nicht mehr, die Abtreibung in seinem Arbeitszimmer zu machen. Er hat also bei mir eine Blutung provoziert — ich kann es nicht so gut beschreiben, weil ich nicht genau weiss, wie das funktioniert. Er hat mit einer langen Nadel einen Eingriff in den Uterus gemacht, mich anschliessend nach Hause geschickt und gesagt, ich solle zwei bis drei Tage warten.





Wenn Fieber oder gar kleine Blutungen vorkommen, müsse ich mich sofort in der Klinik melden, denn dann wäre eine Abtreibung aus gesundheitlichen Gründen erlaubt – es hiesse dann, die Schwangerschaft sei verloren. Wenn das Fieber nicht kommt, solle ich mich wieder melden; wir würden dann überlegen, was zu tun wäre.

Das Fieber ist eingetreten... Und was für eines! Ich bin mit 38 Grad in die Poliklinik gegangen. Der Arzt von der Poliklinik sagte, ich solle erstmal nichts gegen das Fieber unternehmen und lieferte mich mit der Diagnose «gefährdete Schwangerschaft» in das Krankenhaus der «alten Untergrundkämpfer» ein, er sagte mir auch, ich solle zusehen, dass ich in das Zimmer des Arztes X komme, der sehr nett sei und verstehen würde, worum es eigentlich geht. Das klappte auch gut.

Der Arzt X konnte mir aber nicht die Abtreibung verschreiben, er hatte die Pflicht, zu versuchen, erst die Schwangerschaft zu retten. In derselben Nacht stieg das Fieber auf 41° und eine richtige Blutung, eine richtige Hemoragie, setzte ein. In den letzten Stunden bis zum Morgen mussten die Schwestern stündlich meine Bettwäsche wechseln; sie war rot von Blut.

Am nächsten Morgen nahm man eine «legale» Abtreibung vor.

DIE FÜNFTE ABTREIBUNG

Heute scheint es mir unglaublich: Im September war ich zum drittenmal im Jahr 1970 schwanger!

Ich war zu müde für eine Suche nach einer kostenlosen Abtreibung, auch wegen der Angst, es würde zu spät werden. Zu einem der Ärzte, die mir schon so oft geholfen hatten, konnte ich auch nicht wieder gehen, ich schämte mich und wollte nicht wieder hören: «Mensch, kannst Du denn nicht aufpassen?!»

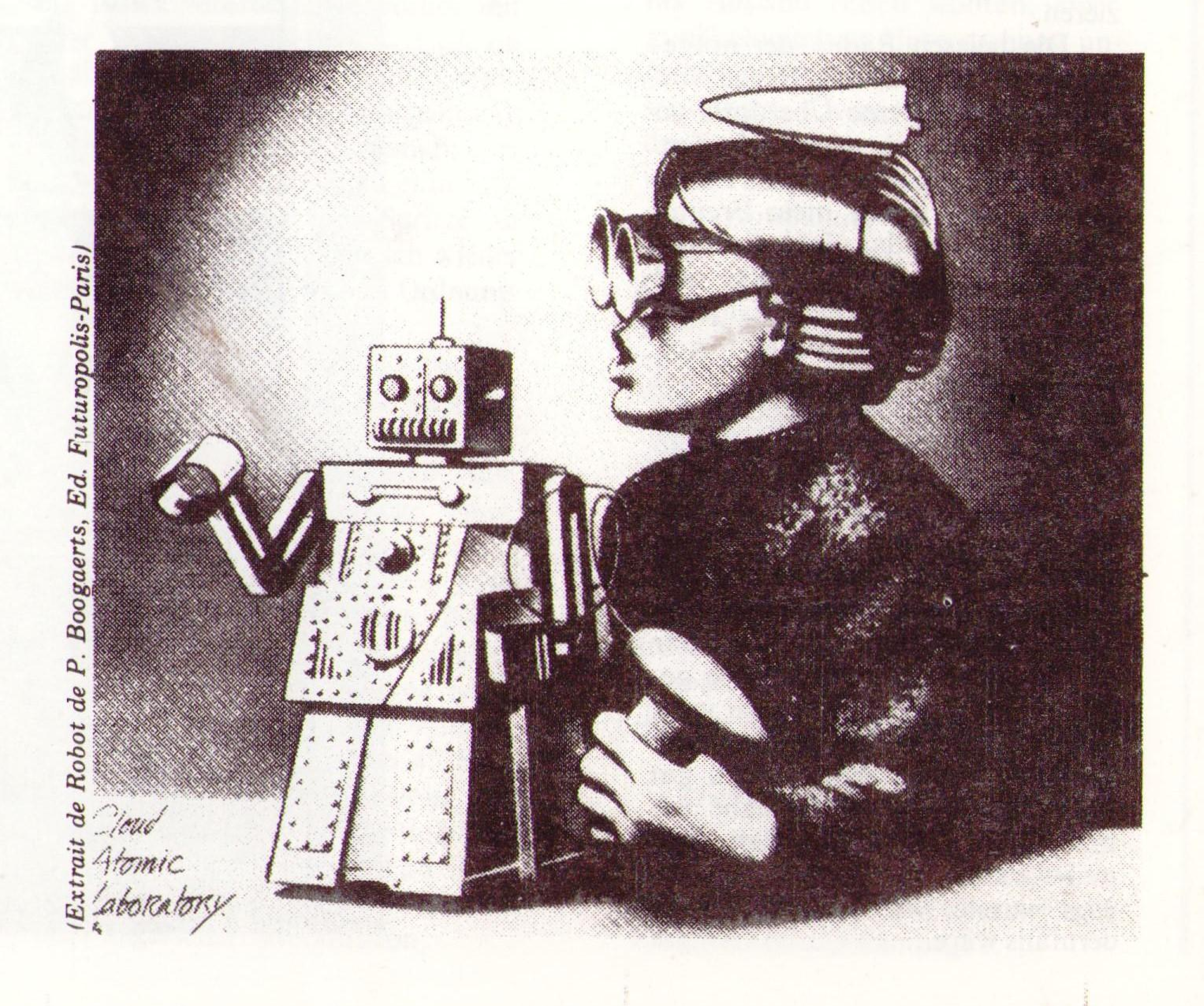
Inzwischen waren schon vier Jahre seit dem neuen Abtreibungsgesetz vergangen. Die illegalen Abtreibungen liefen schon ziemlich gut. Ärzte und Patienten hatten sich in die neue Situation eingelebt und die Maschine funktionierte. Jeder und jede kannte «jemanden»; einen Arzt, eine Hebamme, einen Medizinstudenten. Für einen guten Preis konnte man mit einem erfahrenen Arzt «auf's Sichere» gehen. Also, ich entschied mich...

Ich erzählte meiner Tante, dass ich schwanger sei und 4000 Lei brauchte, um bei einem Arzt, den schon mehrere meiner Freundinnen «ausprobiert» hatten, eine sichere Abtreibung machen zu lassen. Ich bekam das Geld sofort.

Der mir unbekannte Arzt hat erst einmal zwei Termine verschoben. Beim dritten vereinbarten Termin klappte es dann. Alles war neu für mich, was in den letzten vier Jahren für so viele Frauen in Rumänien etwas gewöhnliches geworden war: dass ich allein hingehen sollte, dass mein Freund mich nicht vor dem Haus abholen durfte, sondern vom nächsten Taxistand, dass ich den Namen des Arztes nicht wissen durfte (er machte die Abtreibung in der Wohnung eines Freundes, der dafür einen Anteil bekam), dann diese «Dreimal-schnell-und-einmal-kurz-an-die-Tür-klopfen» - Geschichte usw...

Nachdem ich eingetreten war, fingen die Vorbereitungen an: ich bekam eine Beruhigungsspritze, danach eine lokale Anästhesiespritze. Ein langer, niedriger Wohnzimmertisch wurde zum "Operationstisch", zwei Stühle mußten meine Beine halten. Unter zwei Tischbeine wurden Bücher gelegt, damit dieser eine Neigung hatte. An die niedrigere Seite des Tisches wurde ein Eimer gestellt, der mir sofort Angst machte. Ein Tonbandgerät spielte sehr laute Musik (Adamo war damals bei uns in Mode) - die Operation konnte beginnen. Zwei unbekannte Männer, davon nur einer ein Arzt, machten sich an die Arbeit.

Aus den früheren Abtreibungen wußte ich inzwischen, wie sehr es weh tun würde und besonders, daß alles in fünf bis zehn Minuten vorbei sein würde. Diesmal hat es von Anfang an mehr weh getan .. – und es wollte nicht enden. Der Arzt hat geflucht, sein "Assistent" hielt mir die Hände und versuchte, mich zu beruhigen; das Tonband konnte mein Stöhnen nicht mehr überdecken.



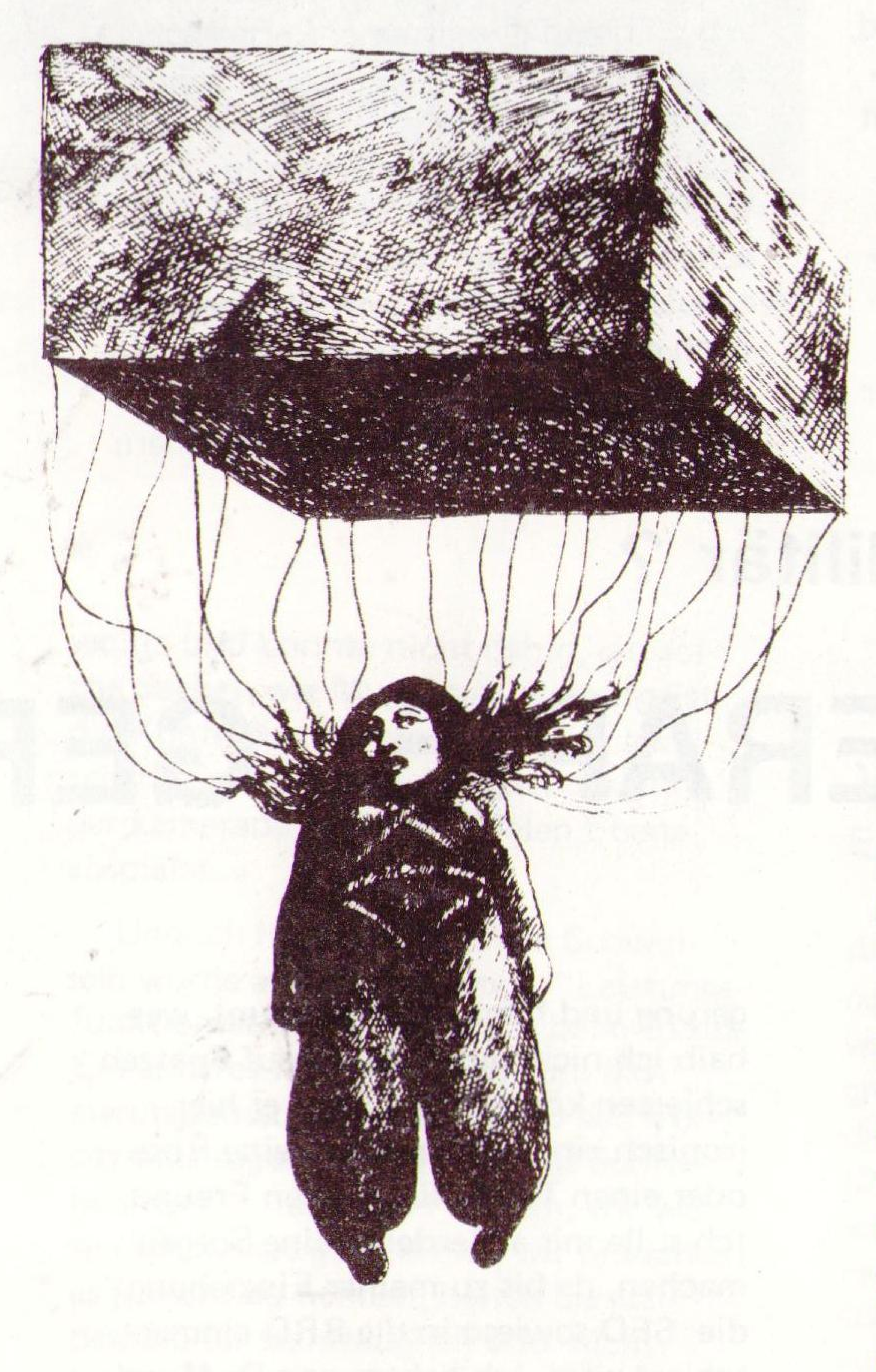
(Extrait de Robot de P. Boogaerts, Ed. Futuropolis-Paris)

Nach einer Ewigkeit – eine halbe Stunde, erfuhr ich später – war es zu Ende. Ich durfte mich noch eine Weile auf das Sofa legen, bevor ich nach Hause geschickt wurde. Im Unterschied zu allen früheren Erfahrungen hatte ich weiter Schmerzen und fühlte mich schlecht. Ich sah fürchterlich blaß aus und hatte am nächsten Morgen Fieber. Das Fieber ging auch am folgenden Tag nicht zurück; ich bekam Angst und ging noch am selben Abend in die Poliklinik, zu meinem Arzt. Schon als er mich sah, sagte er: "Dein Blut ist in den Eimer gegangen." Er untersuchte mich und stellte fest, daß die Küretage nur zur Hälfte gemacht worden war, der Rest war noch drin. Er hat mich sofort in ein Krankenhaus eingewiesn. Ich kam wieder in das "Krankenhaus der alten Untergrundkämpfer", wieder zum Arzt X. Er konsultierte mich, hörte meine Geschichte und sagte:"Hoffentlich ist es kein Uterusdurchbruch, bei deiner Gesichtsfarbe sieht das so aus."

Am nächsten Tag wurde die zweite Kürretage vorgenommen. Die Schwestern haben mir später erzählt, der Arzt sei dabei so weiß geworden, wie ich es vorher gewesen war, hätte sich hingesetzt und nur gesagt:"Perforation des Uterus. Bereitet die Operation vor." Später habe ich erfahren, daß eine Perforatin mit innerer Blutung innerhalb einer halben Stunde operiert werden muß und daß früher Todesfälle bei einer Kürretage wegen Perforation sehr häufig waren. Nun, ich bin wie das Kamel durch das Nadelöhr gekommen.

Der ganze Fall ist so gelaufen, daß keine Zeit blieb, die Sache zu vertuschen. Der Arzt war gezwungen, bereits vor der Operation der Polizei eine Meldung zu machen. Ein offizieller Vertreter der Polizei war dann auch bei der Operation anwesend und bereits eine halbe Stunde nachdem ich aufgewacht war, an meinem Bett. Das erste Verhör begann. Ich habe gesagt, ich wüßte nicht, was passiert wäre, ich würde nichts verstehen. Er sagte, der "Fall" sei so klar, daß man eigentlich gar kein Verhör und kein Geständnis von mir bräuchte, ich solle nur noch angeben, wer den mißlungenen Abtreibungsversuch gemacht hätte.

Nach zehn Tagen wurde ich aus dem Krankenhaus entlassen. Zu Hause lag eine Vorladung. Ich meldete mich bei der Polizei und blieb weiter bei meiner Aussage, ich hätte nichts gemacht und wüßte nicht, wie die Perforation entstanden sei. Ich mußte ungefähr jeden dritten Tag dorthin, immer dieselben mühsamen Verhöre. Einmal bin ich zum "Institutul Medico-Legal" (Institut für Gerichtsmedizin) gefahren worden. Dort traf ich den Arzt, der als offizieller Vertreter der Polizei bei der Operation dabeigewesen war. Er sagte mir, ich hätte keine Chance.



TRIUMPH DER PRIVILEGIEN

Inzwischen war die ganze Familie und der Freundeskreis über alles informiert worden. Mir drohte eine Gefängnisstrafe bis zu drei Jahren. Zusammen mit dem Arzt X suchten wir nach einer Lösung. Ein befreundetes Ehepaar meiner Eltern fand diese endlich. Sie waren (schon in der Zeit der Illegalität) mit einem der höchsten Staatsrichter Rumäniens befreundet. Dieser wurde also angerufen, eingeladen und ihm die Sache erzählt: "Die Tochter von R., du kannst dich doch noch erinnern, mit der wir jahrelang zusammen gekämpft haben, usw., usw., die Tochter ist in Gefahr...". Er versprach, alles zu erledigen.

Beim nächsten Verhör war ein neuer Beamter der Volkspolizei da. Er sagte, daß er – wie übrigens jeder Beamter der Volkspolizei – die Aufgabe hätte, die Fälle im Sinne der Gerechtigkeit und des Betroffenen zu erledigen. "Wir müssen sehen, wie wir die Sache gut zu Ende kriegen." Ich bin mit ihm wieder ins Institut für Gerichtsmedizin gefahren und auch ins Krankenhaus, zum Arzt X. Mit diesem wurde dann eine medizinische Erklärng über die Perforation zusammengebastelt. Am 12. Dezember – 18 Tage vor dem 23. Jahrestag der Gründung der Republik – wurde die Untersuchung als gegenstandslos eingestellt. Mein neuer Untersuchungsbeamter flüsterte mir noch zu, daß, wenn das nicht geklappt hätte, ich sowieso nicht ins Gefängnis gekommen wäre, da zum 23. Jahrestag eine Amnestie erlassen würde.

Er wollte noch wissen, ob ich wirklich unschuldig wäre. Ich habe es ihm versichert. Zu Weihnachten hat er von uns sehr schöne Geschenke bekommen, z.T. aus der BRD, wo meine Eltern inzwischen wohnten.

Wegen des erhöhten Abtreibungsrisikos im Falle einer neuen Schwangerschaft bekam ich vom "Krankenhaus der alten Untergrundkämpfer" kostenlos die Pille – und das zu einer Zeit, in der es die Pille in Rumänien noch immer nicht gab und die Einfuhr aus dem Ausland verboten war. Als nach sechs Monaten die Verschreibung nicht mehr möglich war, bekam ich die Pille "illegal" von meinen Eltern aus der BRD – letztes Privileg vieler "Untergrundkämpfer": in den "freien Westen" ausgewandert zu sein...

Dieser Bericht erschien erstmals im Info Nr. 36/79 des sozialistischen Osteuropakomitees. In diesem Info erscheinen immer wieder interessante Berichte und Analysen über die Geschehnisse im realen Sozialismus und die dortigen Oppositinsbewegungen. Hefte zu bestellen bei: Osteuropakomitee, Postfach 2648, 2000 Hamburg Hamburg 13.

Der ID wiederum entnahm den Bericht der Schweizer Zeitung „tell" Nr. 9, Febr. 80.

Die Homosexuellen in den Niederlanden setzten sich gegen das diskriminierende Gesetz ein, das Homosexuelle nicht zum Wehrdienst zuläßt. Daraufhin wurde dieses Gesetz abgeschafft.

In der BRD bleibt die Situation für Homo- und Bisexuelle aber in Bezug auf Bundeswehr und Zivildienst immer noch problematisch. Derjenige nämlich, der sich z.B. in der Truppe zu seiner Homo- oder Bisexualität bekennt (also "betätigt") darf im Allgemeinen ausscheiden, da er die "innere Ordnung sowie die Disziplin stört". Wieviele von dieser Verfahrensweise betroffen sind, ist nicht bekannt, da diese Zahlen logischerweise nicht öffentlich gemacht werden. Sicher ist, daß die Situation für Homosexuelle beim Bund, in dieser "Supermännerwelt", meistens unerträglich ist, da sie oft unter Repressionen und Diskriminierungen zu leiden haben. Es war Gerard Vinnai, der sagte:

"... Die intensivste Beziehung zwischen Männern in der bürgerlichen Gesellschaft ist, deren ökonomischer Struktur entsprechend, normalerweise die Konkurrenzbeziehung; Männer können sich kaum aufeinander beziehen, ohne auf offene oder versteckte Art miteinander zu rivalisieren. Freundschaften, die diese Neigung neutralisieren, sind die Ausnahme" und

"... Die körperliche Zuwendung ist in der bestehenden Gesellschaft zwischen Gleichgeschlechtlichen fast nur erlaubt, wenn sie durch Aggressivität entstellt ist. Während gewaltsamer körperlicher Auseinandersetzungen ist es erlaubt, Körper gleichgeschlechtlicher Personen anzufassen, von ihnen Besitz zu ergreifen. Sobald zärtliche Strebungen zwischen männlichen Heranwachsenden tabuisiert sind, stellt sich das Bedürfnis nach endlosen Raufereien ein. Fast jeder Wildwestfilm oder Kriminalfilm, der um die Kämpfe zwischen Männern zentriert ist, enthält in symbolischer Verkleidung eine sexuelle Orgie – die Helden holen das Phallussymbol aus dem Halfter und jagen sich die Bleispermien in den Leib". (Quelle s. Ende des Artikels)

Leider war es uns kaum möglich, an Materialien zum Thema "Schwule und Bundeswehr" zu kommen, möglicherweise weil sich die Homosexuellen-Bewegung bisher ziemlich wenig mit dieser Problematik auseinander gesetzt hat (?).

Die hier folgenden beiden Berichte schildern Erfahrungen, die zwei bei der Musterung gemacht haben. Wir hoffen euch durch diese Artikel Anregungen zu geben, damit eine Diskussion in Gang kommt! Sendet uns eure Reaktionen!

Josh v. Soer & Norbert Mayer

Schwule ins Militär ?

THERAPIE GEFÄLLIG ?

„Man gab mir einen Orden,
weil ich zwei Männer tötete,
man hat mich entlassen,
weil ich einen Mann liebte."

USA-Sergant L. Matlovich

Der erste Bericht

Bei der ersten Musterung hatte ich aus Angst meine homosexuelle Veranlagung nicht angegeben. Weil ich mein Schwulsein nicht mehr verheimlichen will, fühlte ich mich nach der Musterung so, als hätte ich mich selbst verleugnet. Ich rief das "Rosa Telefon" (Rosa Hilfe Hamburg 040/4808436) an, um Auskunft über den Amtsweg in der Bundeswehr zu erhalten und um mich zu informieren, was ich gegen die Einberufung tun könne. Bei der zweiten Musterung gab ich meine Homosexualität an, was auch protokolliert wurde. Der untersuchende Arzt, Dr. Mund, wunderte sich darüber, daß ich mein Schwulsein angab, und er bemerkte zynisch, daß es doch egal sei, ob man einen Jungen oder ein Mädchen liebe. Er sah in meiner medizinischen Akte meinen ausserdem laufenden Antrag auf Verweigerung und fragte mich erstaunt, weshalb ich nicht aus SPASS auf Spatzen schiessen könne oder, fügte er hier ironisch ein, auf dem Dom eine Rose oder einen Teddy für meinen Freund. Ich solle mir außerdem keine Sorgen machen, da bis zu meiner Einziehung die SED sowieso in die BRD einmarschiert wäre. Ich bekam von Dr Mund einen Nervenarzt zugeteilt, von dem ich untersucht werden sollte. Als ich bei dem Nervenarzt, Dr. Gienap, eintrat, machte er seinen Zweifel an meiner Homosexualität deutlich, indem er auf meinen Bart verwies. Die nächsten Fragen betrafen meine Intimspäre, ob ich einen Freund habe oder ob ich mit verschiedenen (jüngeren oder älteren) Männern schlafen würde. Am Ende dieses Gespräches bot er mir eine Therapie an, um meine homosexuelle in eine heterosexuelle Veranlagung umzuwandeln. Ich verneinte dieses Angebot seiner „Hilfe".





Unterricht Jahrbuch des deutschen Heeres, 1938

Der zweite Bericht

Schon lange bevor ich meinen Erfassungsbescheid bekam, hatte ich Angst davor, in die repressive Maschinerie der Bundeswehr zu geraten. Einerseits lag das daran, daß ich mein schwules coming-out noch nicht hinter mir hatte und durch die Musterung dazu gezwungen war, mich öffentlich als Schwuler zu bekennen, da ich keinen anderen Weg sah, um aus dem Bund zu kommen und andererseits, weil ich mir so ungefähr vorstellen konnte, was die Kaserne für mich bedeuten würde.

Wenn die "richtigen" Männer unter sich sind, kommt es sehr schnell zu offenen und versteckten Gemeinheiten gegenüber Leuten, die nicht in ihr heterosexuell geprägtes Schema passen. Die Erfahrung habe ich immer dann gemacht, wenn ich nur mit solchen Männern zusammen war (z.B. in der Schule beim Sportunterricht oder auf Klassenreisen).

Kommt, wie beim Bund, auch noch der massive Druck von oben und die Isolation von der gewohnten Umwelt dazu, laden sich Aggressionen noch geballter und skrupelloser ab. Gerade als Schwuler, der ihr Männlichkeitsideal total in Frage stellt und durcheinander wirft, stehst du auf der untersten Stufe der sozialen Hühnerleiter dieser Macher. Auch wenn du dir bewußt machst, daß ihre Angriffe nur dazu dienen, ihre eigene schwule Ader vor den anderen Männern zu maskieren, stehst du doch als einziger offen Schwuler diesen Schikanen erstmal ohnmächtig gegenüber. Davor hatte ich den totalen Horror. Ich wollte und konnte nicht dahin, wo solche Sachen wie Mut, Ehre, Kampfgeist die Köpfe durchdringen und sich zwischenmännliche Beziehungen nur auf der kameradschaftlich-jovialen Ebene abspielen.

Und ich hatte Glück. Mein Schwulsein wurde amtlich bestätigt, "Leistungsfunktionsstörung" heißt das beim Bund. Ein anderes Mal wurde ich zum Musterungsausschuß gebeten, wo der Vorsitzende sagte: "Es betrifft das Schreiben vom . . . und das Problem, wir wissen schon was gemeint ist, wir brauchen es ja nicht zu nennen, halten Sie sich deshalb für wehrtauglich oder nicht? " Ich bestätigte für wehruntauglich und mußte es dann unter den Brief schreiben.

Wurde dann von Musterung zur Musterungskammer weitergeleitet, dort wird entschieden, ob ich hin muß oder nicht.

Kriegsdienstverweigerung?
Oder
Lieber Jahre in den Knast?
Ich warte.
Wenn es nicht klappt, dann Widerspruch, Institut oder Psychologie.

Zum Thema Schwulsein:
Gerard Vinnai "Das Elend der Männlichkeit" rororo 7076 u.a.

Diese beiden Briefe haben wir aus "Graswurzelrevolution" Nr. 46 übernommen:

Vorbereitung zum Entmilitarisierungsmarsch

„Ihr werdet euch noch an die Aktionen der Abrüstungskarane von Brüssel nach Warschau im vergangenen August erinnern. Die größte Publizität erfuhren dabei die Aktionen am Checkpoint Charlie in Berlin... Nicht alle von euch werden wissen, daß die Karawane zu den Internationalen Gewaltlosen Märschen für Entmilitarisierung gehört, die seit 1976 jährlich durchgeführt werden und vorher in Frankreich und Katalonien stattgefunden haben und dort zum Teil ähnlich große Publizität erfahren haben. Für das Jahr 1980 sind nun weitere internationale Aktionen geplant, und es hat sich eine internationale Koordinationsgruppe bereits viermal getroffen."

Die Graswurzel-Werkstatt in 3500 Kassel-Bettenhausen (Steinbruchweg 14, Tel. 0561/ 51 59 53) lädt zu einem Vorbereitungstreffen am 15./16. März in Oberkaufungen bei Kassel ein. Das Treffen findet statt im:

Naturfreundehaus Oberkaufungen, Freiheiter Str. 47, 3504 Kaufungen 1, Tel. 05605/45 61.

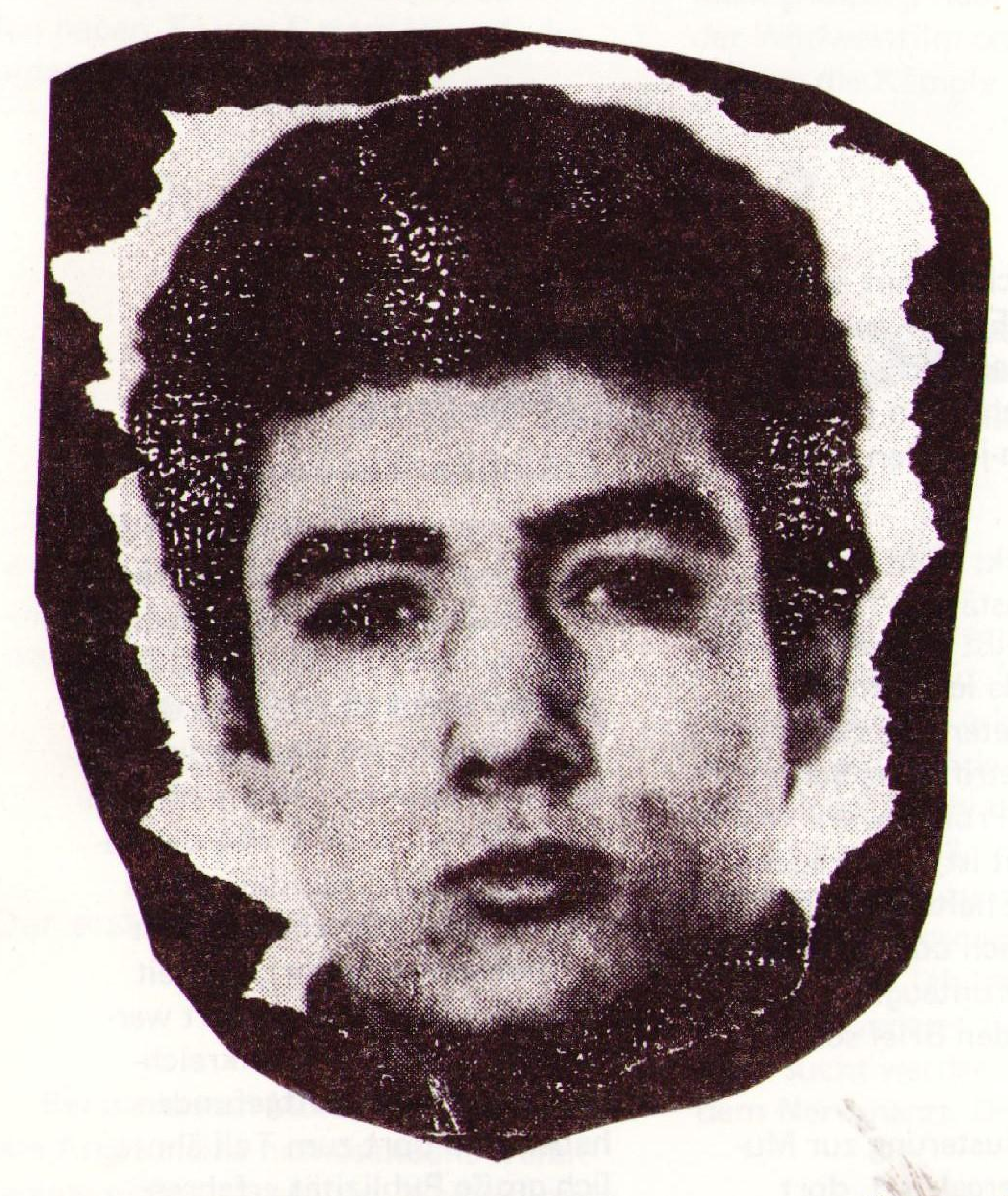
Selbstmord–

EIN ANDERER AUSBRUCH

Paris, 26.Februar 80

Im November letzten Jahres wurde in Frankreich der "Ausbrecherkönig" Jacques Mesrine auf der Straße von der Polizei erschossen (s. ID 307). Am 25. Februar dieses Jahres erhängte sich der Gefangene Taleb Hadjadj, Freund und Mithäftling von Mesrine, im Gefängnis von Clairvaux. Er war vor fünf Jahren wegen eines Bankraubs zu lebenslänglichem Knast verurteilt worden und hatte wegen verschiedener Ausbruchsversuche davon fünf Jahre in den Hochsicherheitstrakten (QHS(in Einzelhaft verbracht.

Folgenden Bericht übernehmen wir aus der "Liberation" vom 26. Februar:



„Ich habe noch vierzehn Jahre mindestens noch vor mir, falls ich mit 40 rauskomme. . . Das bedeutet, ich bin noch zu weiteren vierzehn Jahren Qual und ohne Liebe verdammt. . . Die Person, die ich liebe, wäre fünfundvierzig Jahre alt, wenn ich rauskomme."

Er hat sich entschieden, lieber zu sterben; nach fünf Jahren Kampf gegen die Isolationsfolter.Er und sein Kampfgefährte Mesrine hatten durch Hungerstreiks die Kampagne gegen die QHS initiiert, die vor zwei Jahren begonnen hatte und von Gefangenen- und Anwaltsorganisationen unterstützt worden war. Die Zeitung „Liberation" hat seinen Abschiedsbrief vollständig veröffentlicht, der den Titel hat: „Bleiben wir optimistisch."

Folgendes sind Auszüge:

„Ich mußte eine Entscheidung treffen, ich mußte dieser höllischen ‚Runde' ein Ende setzen. Versteht: ich bin aus Verzweiflung gestorben, aber nicht depressiv. Meine Versuche auszubrechen waren gescheitert, es bleibt mir nur dieser ‚andere Ausbruch'.

Ich habe die totale Erfahrung der Kaputtheit und Brutalität unserer Gesellschaft als vollen Schlag ins Gesicht bekommen. Ich bin an den Schweinereien dieser Gesellschaft verzweifelt und kann mich nicht mit meinem alleinigen Bewußtsein begnügen. Nach fünf Jahren kann ich nicht mehr. Ich habe nicht genügend Laschheit oder Mut, um weiterzumachen. . . . Ihr draußen habt alles, um Erfolg zu haben. Eure Uneinigkeiten sind Resultat eures sozio-kulturellen Erbes. . . Kommt heraus aus euren Löchern. . . Lest die Wahrheit!

Verlaßt das komfortable Leben und versucht, kritische Analysen zu machen! Ich habe zu sehr gelitten, um noch mehr ertragen zu können. Aber ihr, ihr habt recht, weiter zu machen, wenn ihr noch könnt. Ich sterbe, umgeben von Armen, von Leere. Erscheint euch das alles depressiv? Aber nein – ich weiß, daß diese Erde voll von potentiellen Kräften ist. Ich weiß, daß ich, wenn ich frei wäre, etwas aufbauen könnte, ich könnte Ideen haben, ich könnte etwas neues schaffen und glücklich sein. Ich weiß, daß es Leute gibt, die glücklich leben, aber hier, nach 25 Jahren Qual bleiben mir noch 14- 16 Jahre Isolation, Knast, Einsamkeit und Sterilität . . . Dieses ausgekungelte System ist unbarmherzig. . . Und die noblen Ideen wie ‚Demokratie', ‚gewaltlos', ‚Menschenrechte' werden pervertiert, wenn es um den Profit des Monsters geht. Ich habe das Drama verstanden, warum ich jetzt ohne Ausweg bin. Ich bin allein, wir sind allein, weil wir arme unglückliche ‚Komplizen' unserer Misere sind. ‚Ich habe mein Leben verpaßt'. Betrogener, in einer Welt von Betrogenen, wo Verantwortlichkeit und menschliche Beziehungen keinen Wert mehr haben. Ich sterbe jeden Tag, ich habe Schmerzen, fürchterlich, als wenn ein Krebs mich zerfrißt. Ich verlasse euch, voller Haß gegen eure Lüge, Laschheit und Illusion, und voll von Liebe. Voll von Liebe, die ich niemals hatte, die ich verpaßt habe, die ich habe geben wollen."

Liberation druckte zwei Tage nach seinem Tod einen Brief seines Freundes Roger Knobelspieß ab, der ebenfalls in der Isolationshaft sitzt:

„Er hatte sich so sehr gegen die Schweinereien im Gefängnis gewehrt. Er hat mir in den QHS von Fresnes durch die Heizungsschächte zugeflüstert, um gegen die Einzelhaft zu kämpfen, gegen die sensorische Deprivation, gegen den Todesbeton. Er hatte Hoffnung, er sprach von „Liberation", von Foucault (Anti-Psychiatrie) und von CAP (Gefangenenorganisation). Er träumte von der gewaltfreien Aktion in Gefängnis, von kollektivem Kampf, der auch draußen gehört werden sollte. Er kämpfte gegen den Horror der QHS, diese ‚aseptische' Auslöschung der Gefangenen der heutigen Gesellschaft. Er sagte mir: Wir sind an dem Tag angekommen, wo das Gefängnis nicht mehr nur Gefängnis, sondern Verbrechen gegen die Menschheit geworden ist. Es ist die unerträglichste Form der Folter, die existiert, denn sie destilliert das gefangene Wesen jeden Tag in seiner Totalität zum permanenten Schmerz des ‚Nicht-Lebens', des Lebens, daß zu nichts geworden ist. Der innere Körper ist abgestorben, inexistent, entwaffnet und läßt nur die äußere Erscheinung zurück."

Bisher war die einzige Reaktion auf den Selbstmord Hadjadj's die Artikel von Liberation.

Die Journalisten von Liberation fragen sich, wie ein System so weit kommen konnte, und wie in diesem „Fall" ein Jugendlicher von 19 Jahren, der weder getötet noch verletzt hat, zu lebenslänglich verurteilt werden konnte.

KEINE GEMEINSCHAFTLICH BEGANGENE BESCHIMPFUNG UND BÖSWILLIGE VERÄCHTLICHMACHUNG DER BUNDESREPUBLIK

Frankfurt, 5. März

Beim Frühstück heute morgen sprang uns während der üblichen Lektüre der „Frankfurter Rundschau" ein zweispaltiger Artikel ins noch schlaftrunkene Auge, der folgende Schlagzeile trug: KEIN PROZESS WEGEN VORWURF ‚STAATLICHEN MEUCHELMORDS'. Nunmehr hellwach lasen wir weiter, daß der zuständige Richter die gegen uns erhobene Anklage wegen unserer AStA-Presseerklärung vom 10.Mai 1979 (siehe ID 281) zum gelungenen finalen Rettungsschuß in den Rücken von Elisabeth van Dyck abgelehnt hat.

Wir, die drei Frankfurter AStA-Vorsitzenden, haben vom Gericht bis heute nicht den Ablehnungsbeschluß, während die Presse von FAZ bis FR aus diesem Richterbeschluß eifrig zitiert.

Deshalb auch nur kurz was zur Kommentierung:

Während in anderen Fällen Straftaten nach § 90 a StGB (Stammheim-Erklärungen, Flugblätter zu den „Selbstmorden" etc.) mit Geldstrafen geahndet werden, läßt der Frankfurter Schöffenrichter die Anklage gegen uns wegen „gemeinschaftlich begangener Beschimpfung und böswilliger Verächtlichmachung der Bundesrepublik Deutschland. . ." nicht zum Hauptverfahren zu, weil uns ein „absichtliches Handeln hinsichtlich einer niederträchtigen feindseligen Gesinnung und verwerflichen Beweggründen" nicht zu unterstellen sei.

Außerdem sei unsere Erklärung (s.u.) durch den Grundsatz der Pressefreiheit geschützt. Wir als kriminalistische Laien hätten, naiv wie wir nun mal sind, kein Verständnis dafür, „daß es aus der Sicht der Polizeibeamten notwendig und angemessen gewesen sei, bei der Festnahme von Frau van Dyck zu schießen". Der Richter bekundet durchaus Verständnis für unseren nichtsdestotrotz bornierten Standpunkt, Elisabeth van Dyck hätte, nachdem sie wochenlang observiert worden sei, festgenommen werden können, „anstatt sie durch einen Schuß in den Rücken zu erschießen.. (alle Zitate aus dem Gerichtsbeschluß nach FR, Az.: 50 Js 11 682/79).

Durch unsere „polemische Erklärung" haben wir nach Auffassung des Richters sogar Ansätze zu kritischer Reflexion bei den Lesern gefördert, was eben Sinn der Pressefreiheit sei. „Eine polemische Äußerung mit einer Strafe zu belegen, hieße, der Demokratie die Grundlage zu entziehen." FR, 5.3.80

Die hohe Meinung des Richters von den Grundrechten in Ehren — wir vermuten allerdings, daß dieser Beschluß weniger von grundsätzlichen Erwägungen zugunsten der Freiheit diktiert ist, sondern mehr von Befürchtungen, daß in einem Prozeß wegen der Presseerklärung des AStA die Umstände der Erschießung von Elisabeth van Dyck öffentlich und detailliert zur Sprache kommen würden.

In anderen Strafverfahren wegen § 90a mögen andere taktische Überlegungen der Justiz ausschlaggebend gewesen sein.

Das staatliche Kalkül bestimmt immer wieder zur Überraschung der Untertanen, wie weit die Pressefreiheit geht. Für den Frankfurter AStA also im Augenblick weiter, als zum Beispiel für die Fantasia-Drucker oder die Leute vom BUG-Info.

Was jedoch unsere zutiefst staatsfeindliche Gesinnung angeht, die manchmal an Böswilligkeit grenzt, so erlauben wir keinem deutschen Richter irgendwelche diesbezüglichen Zweifel.

Wir werden weiterhin unsere berüchtigten Presseerklärungen veröffentlichen.

Das Beispiel zeigt, wie notwendig ein viel lauterer Protest und Widerstand gegen Todesschüsse, Hochsicherheitstrakte und andere Errungenschaften des „Modell Deutschland" ist, der nicht nur mit Worten die Staatsschutzsjustiz in Verlegenheit bringt.

Manchmal gibt's auch was zu lachen.

Der K(r)ampf geht weiter.

Reinhard i.A. der anderen AStArixe der Uni Frankfurt.







PETER EGLOFF IST FREI – DIE PROZESSE GEHEN WEITER

Frankfurt/Zürich
Anfang März

Nach dreimonatiger „Untersuchungshaft" wurde Peter Egloff Ende Februar freigelassen. Am 19. November 1979 hatte ihn der Oberstaatsanwalt Fritz Ens nach seiner Zeugenaussage im Prozeß gegen Brigitte Heinrich verhaften lassen (ID 309). Egloffs Aussage hatte offenbar nicht den von der Staatsanwaltschaft erwünschten Belastungswert im Sinne der Anklage. Dieses Kidnapping im Gerichtssaal war umso befremdlicher, als dem Schweizer Staatsbürger Peter Egloff ausdrücklich freies Geleit zugesichert worden war. Die Aktion war wohlvorbereitet und fand unter wohlwollender Duldung des Gerichts statt.

Während der gesamten Zeit der Untersuchungshaft fand kein mündlicher Haftprüfungstermin mit Peter Egloff statt, eine Hauptverhandlung wegen der offiziellen Anklage – „uneidliche Falschaussage" schon gar nicht. Der Verteidiger Egloffs versuchte, das Gerichtsprotokoll vom 19. November, dem Tag der Verhaftung, zu bekommen. Es wurde ihm verweigert. Irgendwelche Beweise für die angebliche Falschaussage Egloffs wurden nicht vorgelegt, und so reichte die „Fluchtgefahr" zur weiteren U-Haft.

Die durch seinen Fall in Gang gesetzte juristische Debatte über die Bestimmungen des freien Geleits im „Europäischen Rechtshilfeabkommen" änderte weder etwas an der fortdauernden Haft noch an der Tatsache, daß die ganze Aktion ihr Hauptziel nämlich die Entwertung der eindeutigen Aussage Egloffs im Prozeß gegen Brigitte Heinrich, erreicht hat. Seine „entlastende" Aussage ist „falsch", Städelis „belastende" Aussage dagegen „richtig". So betreibt der Staatsanwalt auf Geheiß der Bundesanwaltschaft schon lange vor der gerichtlichen Beweiswürdigung (ach ja...) seine Wahrheitsfindung.

Die Begründung für Egloffs Freilassung: Die dreimonatige „U"-Haft stehe in einem sehr prekären Verhältnis zu einer zu erwartenden Strafe. Das heißt, es wird schwierig genug, eine Verurteilung zu drei Monaten im nachhinein zu begründen. Am Tage seiner Freilassung versuchte die Justiz noch, ihn zu einem Knast-Arzt zu schleifen. Nach längerem Hin und Her gelang es einem Arzt, Peter im Auto über Frankreich in die Schweiz nach Zürich zu fahren. Sicher ist sicher.

Während Peter aus dem Dicksten raus ist, muß sich sein Anwalt noch vor dem Bundesverfassungsgericht mit Justiz und Bundesregierung rumschlagen. Dort ist noch Peter Egloffs Beschwerde anhängig. Mal sehen, wie die Sache „gelöst" wird. Vielleicht so, wie es ein Gericht bereits praktiziert hat: Ein Zeuge aus Frankreich verweigerte mit Hinweis auf Egloffs Verhaftung die Aussage vor einem deutschen Gericht und wurde daraufhin im Niemandsland auf der Rheinbrücke bei Kehl vernommen.

In all den Berichten über den Justizskandal um das freie Geleit (Frankfurter Rundschau, SPIEGEL usw.) wurde der politische Hintergrund, der Staatsschutzprozeß gegen Brigitte Heinrich, sorgfältig ausgeblendet. Nicht mal ihr Name taucht mehr in diesem Zusammenhang auf (s. SPIEGEL). Noch immer paßt Brigittes Prozeß, der nicht ihrer ist, sondern der aufgrund ihrer politischen Geschichte und Gegenwart gegen sie geführt wird, nicht in das Konzept einer Vorzeige-„Liberalisierung" a la Baum/Mahler. Eben deshalb ist zu befürchten, daß es der Karlsruher Staatsschutzjustiz unter der Oberleitung von Alt-Burschenschaftler Generalbundesanwalt Rebmann gelingen kann, Brigitte – vielleicht noch im März – zu mehreren Jahren Knast zu verurteilen. (Lieber Peter Paul Zahl, ich weiß nicht, woher du die Einschätzung hast, „daß die Freisprüche oder Freilassungen von Brigitte Heinrich, Astrid Proll, Peter Egloff, P.P. Zahl ein Zeichen sein können, eine 'Tendenzwende', ein Atemholen im Kampf..." (Dein Brief an Alexander Schubart/ID 322) Von wegen Freisprüche! Zur „Knast-Kampagne" ein anderes Mal.)

Reinhard/ ID

P.S. Zur finanziellen Unterstützung von Peter Egloff, der total ausgebrannt ist und dessen Verteidiger ebenso, bitte - auch kleine - Geldspenden auf das Konto der „Frankfurter Sparkasse von 1822" Nr. 16 – 13844 Reinhard Mohr

Neue Prozeßtermine von Brigitte: 14.3., 9.00 Uhr, Landgericht Karlsruhe

Einladung zur Vorbereitung einer großen Veranstaltung für alle Eingesperrten ! ! !

„Wir haben die Idee, daß alle diese Gruppen in diesem Jahr gemeinsam eine große Öffentlichkeitskampagne starten, verbunden mit einer großen Musikveranstaltung – wenn möglich in der Gruga-Halle – nicht, weil etwa die Zustände so toll wären, sondern weil diese Gruppen einfach finanzielle Unterstützung brauchen.

Wir, die wir die Idee haben, fühlen uns in der Lage, den kulturellen Teil einer solchen Veranstaltung mitzutragen und mit vorzubereiten, denken aber, daß wir für den politisch inhaltlichen Teil weder kompetent sind, noch verantwortlich sein können.
Wir sind nur der Meinung, daß gerade jetzt im Wahljahr – und sonst eigentlich auch – in dem ein Teil der Linken parlamentarische Ambitionen entwickelt, daß jetzt gesagt und diskutiert werden muß, wie die Maschinerie gegen alle politisch und sozial Ausgesonderten aussieht und funktioniert.

Wir wollen uns am 13.3. – das ist ein Donnerstag – abends um 20.00 in der Kneipe Regenbogen in Essen, Segerothstr. 119 (hinter der Uni) treffen, um zu diskutieren, ob eine solche Kampagne von uns zu tragen ist und wie sie aussehen kann. Wir fändens gut, wenn viele kommen."

Ein paar Leute aus der Essener Szene und dem Regenbogen

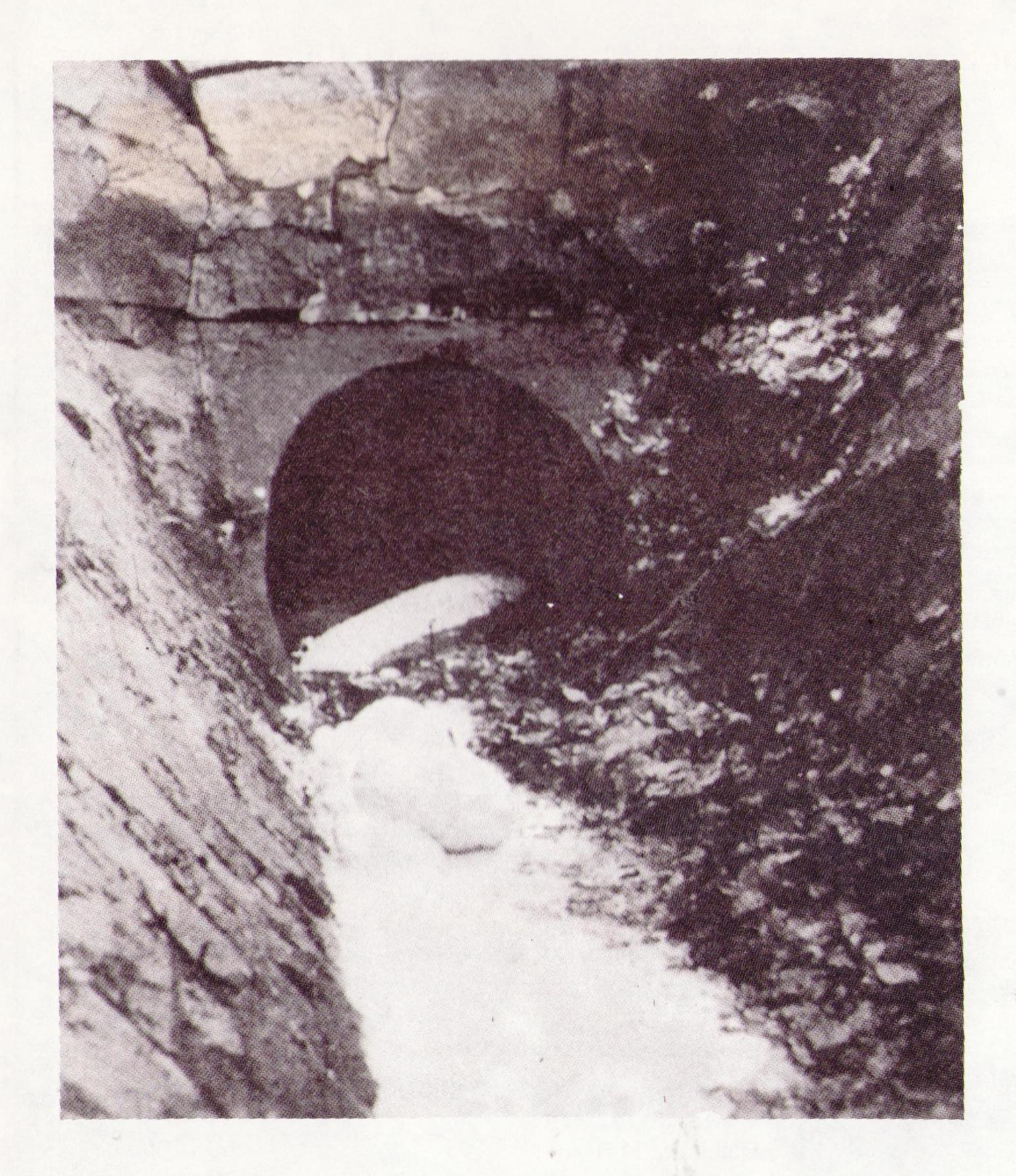
Prozeß gegen Antifaschisten in Hamburg

Die Antifaschistische Initiative Winterhude gab gegen den neonazistischen Freundeskreis Filmkunst e.V., der NS-Filme im Passage-Kino in der Hamburger Mönckebergstr. wiederaufführt, ein Flugblatt heraus, in dem zu dem Anwalt der Neo-Nazigruppe folgendes gesagt wird:

„Der Rechtsanwalt Jürgen Rieger ist in der Öffentlichkeit seit langem als führender Mann in der Rechtsradikalen-Szene bekannt. Früher Mitglied des NHB (Hochschulorganisation der NPD) und Redakteur des „Wikinger", dem Blatt der Wiking-Jugend. Heute Vorsitzender der „Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung", Verfasser einer Rassenlehre, in der „der Kulturniedergang durch Rassenmischung mit Gastarbeitern" beklagt wird.

Anwalt Rieger erhob daraufhin gegen den Verantwortlichen des antifaschistischen Flugblattes Anzeige. Der Prozeß findet erstmalig am 14.März um 9.45 Uhr, Zimmer 858 im Ziviljustizgebäude, Sievekingplatz 1, Hamburg, statt.

Kontakt: Goswin Luksch, Krochmannstr. 10a, 2000 Hamburg 60, Tel.: 040/ 511 94 69.



TATORT: ZAHLBACH AUF DEN LAHNBERGEN. NUR EIN KATZENSPRUNG VOM CHEMISCHEN-INSTITUT DER UNIVERSITÄT ENTFERNT!

Wasserschutzgebiet: Bäche vergiftet

Marburg, 1. März 1980

In einem Wasserschutzgebiet bei Marburg stinken die Bäche zum Himmel. Der folgende Artikel stammt aus der „Marburger Zeitung" Nr. 3/80

Am 8. Februar zogen wir unsere Wanderschuhe, unsere Freizeit-Wander-Wendeanoraks sowie unsere Wanderhosen an, um uns, wie es die AOK empfiehlt, in der Natur zu erholen. Wir freuten uns schon auf den winterlichen Wald mit all seinen kleinen Wundern, den anmutig plätschernden Bächen,als...
Na ja, mit den anmutig usw. Bächen war wohl nichts. Auf dem Kreuzbach (fließt von der Förstereiche in der Nähe des Sanatoriums Sonnenblick in Richtung „In der Badestube") sowie dem Zahlbach schwammen Berge gelblich weißen Schaums. Das Zeug hatte einen unangenehm stechenden Geruch. Und es war viel davon da, sozusagen für jeden etwas.

Am 9. Februar haben wir dann eine Geschmacksprobe zur Polizei nach Cappeln gebracht und noch ein paar Fotos. Die Beamten waren sehr interessiert und der Geruch schien ihnen auch nicht besonders gefallen zu haben.
Am 16. Februar hatten sich die Schaumberge weitgehend abgebaut, jedoch in Richtung Kirchhain, bei Schröck, schien auch noch was davon in dem Bach unterhalb des Elisabeth-Brunnens zu sein. Schade, daß wir nicht eher auf dieser Seite der Lahnberge nachgesehen hatten. Aber wer denkt auch dadran; es handelt sich schließlich um ein Wasserschutzgebiet.
Am 18. Februar haben wir in Cappel bei der Polizei angerufen, um mal zu fragen, was aus der Sache geworden ist. Der ermittelnde Beamte, ein Herr K., teilte uns mit, es seien in der Zwischenzeit noch einige Wasserproben entnommen und an das Amt für Umweltschutz nach Kassel geschickt worden. Erfahrungsgemäß würde der Untersuchungsbericht etwa ein Viertel Jahr auf sich warten lassen. Ohne das Ergebnis der chemischen Analyse könnte zur Zeit nicht weiter ermittelt werden.

Kontakt: Marburger Zeitung, Am Erlengraben 12a, 3550 Marburg

Billige Bestrahlung

Kassel, 12. Februar 1980
Eine DDT/Jupiei-Meldung aus der Marburger Zeitung:

Wie aus gewöhnlich gut unterrichteten Kreisen der Universitätsbürokratie laut wurde, ließen sich beim Bau des Uni-Klinikums ca. 3,2 Millionen DM für den Fall einsparen, daß das im Standortsicherungsplan schon für 1974 vorgesehene Atomkraftwerk in Kirchhain gebaut wird.
Die Kosten für die nuklearmedizinische Abteilung könnten drastisch gesenkt werden; Bestrahlungen könnten auf den oberen südlichen Balkonen des Uniklinikums stattfinden. Mittlerweile soll die Universität in klärende Gespräche mit der Preußischen Elektrizitäts-AG eingetreten sein, um eine Koordinierung der Bauaktivitäten zu ermöglichen.

Für den Fall des Baues einer Atommüllfabrik in Wabern/Borken erübrigen sich nach den Worten eines Mitarbeiters des nuklearmedizinischen Instituts der Universität München sämtliche radiologischen Fachabteilungen in der BRD. Es müßte lediglich dafür Sorge getragen werden, noch gesunde Teile des Körpers vor Strahlung zu schützen. Unter diesen Voraussetzungen könnte die radiologische Behandlung dann während der alltäglichen Verrichtungen, z.B. der Gartenarbeit oder dem Spaziergang, erfolgen.

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
D 1870 CX
Informationsdienst
Postfach 900 343
6000 Frankfurt 90

Nr. 324

Nummer des Abos | bez. bis ID Nr. | Exempl.

HERAUSGEBER:
Frankfurter Informationsdienst e.V.
Hamburger Allee 45, 6 Frankfurt 90, Tel.:0611/704352
Verantwortlicher Redakteur: Waldemar Schindowski

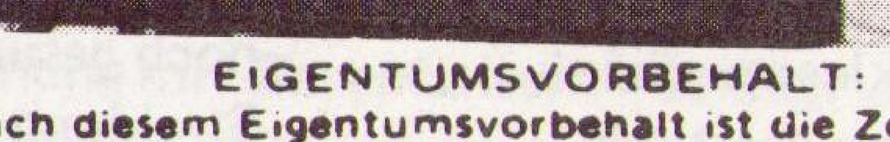
Redaktionsschluß: Mittwoch, 16.00 Uhr
ID-Bilderdienst: 0611 / 70 20 96

ABONNEMENTSBEDINGUNGEN:

Vierteljahr (12 Hefte) :	**30.– DM**
Halbjahr (24 Heftte) :	**60.– DM**
Jahresabo (48 Hefte) :	**120.– DM**

Als Bestellung gilt die Überweisung auf das **Postscheckkonto 52 52 28 – 602, Postscheckamt Frankfurt/Main (Frankfurter Informationsdienst e.V.).**
Auf dem Überweisungsabschnitt bitte entsprechende Stichworte angeben: Neuabo, Verlängerung oder Adreßwechsel. Außerdem LESERLICH die genaue Anschrift und (falls vorhanden) die Abonummer.
Wenn auf dem Adreßaufkleber das Zeichen !?! auftaucht, heißt das, daß das Abo bald ausläuft und daß schleunigst Geld auf unser Konto überwiesen werden muß.

KEIN GELD AUF'M KONTO, KEIN ID IM KASTEN!



EIGENTUMSVORBEHALT:
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. "Zurhabenahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalt. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nichtausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden: